

מדינת ישראל

משרד הממשלה

מס. תיק

משרד

הגנת

גבולות - יחסים
לדינאם עם ישראל
הדרג המשפטי

6/87 - 1/87

מחלקה

הגנת

מס. תיק מקורי

9709/16



שם תיק: גרמניה - יחסים מדיניים עם ישראל בדרג ממשלתי

מזהה פיוז: חצ-9709/16

מזהה פריט: 0004cn9

כתובת 2-120-2-14-5

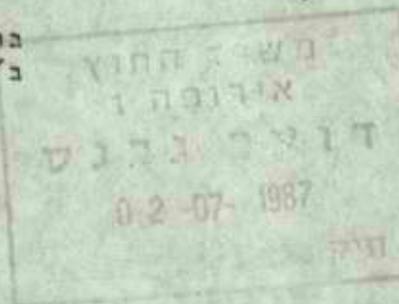
20/02/2017

תאריך הדפסה



בון, 29.6.87
ב"א מנל קהטמ"ז

504-12



אל : מר א. דברח סמנכ"ל האוצר
מאת: היועץ לעניני כלכלה בון

אויכצ / זריק

זכר 103.1

הנדון: קטעי עחונות וועדה הפנים שמיעה מצויים

רצ"כ קטעי עחונות פרסומים על דיוני וועדה הפנים בנושא נפגעי הנאצים
שלא פוצו.
מהפרסומים נראה, שהעחונות עסקה רק בטעוני הקבוצות למינהן, שהופיעו
בפני וועדה הפנים מבלי להגייחם לקבוצות יהודיות, שקופחו מבחינת
"היהודים באו על סוקם".
הגרמנים אף ראגו להטדיר את תכיעת תאומי מנגלה לפני ישיבתה הפומבית
של הוועדה.
בטעוני הקבוצות למינהן ובפיקר נציג הצוענים דרשו "השוואת מעמדם בחוקי
המצויים ליהודים".
הפרוטוקול המלא של הישיבה בדיף הבא.

בברכה

א. זמרן

העחק: אירופה 1



100-100

100-100

100-100

100-100

100-100

100-100

100-100

100-100

100-100

100-100

100-100

100-100

100-100

100-100

Gerechtigkeit für die NS-Opfer

Bundesregierung soll Anhörung bis Oktober auswerten

AP Bonn, 26. Juni

Die Bundesregierung will Problemfälle lösen, die sich bei der Wiedergutmachung an NS-Opfern ergeben haben. In einer Erklärung haben die Koalitionsfraktionen gestern versichert, daß ihnen an einer gerechten und raschen Lösung gelegen sei.

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Johannes Gerster, erklärte vor der Presse, die Bundesregie-

rung sei aufgefordert worden, die in der Anhörung erhobenen Forderungen und umfangreichen schriftlichen Stellungnahmen auszuwerten. Der FDP-Abgeordnete Wolfgang Lüder versicherte: „Wir werden nach Vorlage der Auswertung für eine zügige, rasche Willensbildung möglichst noch in diesem Jahr sorgen.“

Die Koalition reagiert damit auf die Anhörung des In-

26.6.
nenausschusses, in der auch das Schicksal der von der Wiedergutmachung „vergessenen Opfer“ erörtert worden war. SPD und Grüne hatten dabei die Forderungen der Roma und Sinti unterstützt, bei der Entschädigung stärker berücksichtigt zu werden. Der Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma hatte Bundeskanzler Kohl eine Liste mit über 500 neuen Entschädigungsfällen zugeleitet.

FREITAG, 26. JUNI 1987

Tagespiegel

Alle Bundestagsparteien befürworten rasche Entschädigung von NS-Opfern

Entscheidung dieses Jahr angestrebt — Grüne kritisieren Finanzministerium

Bonn (dpa). Alle im Bundestag vertretenen Parteien wollen den bisher nicht oder ungenügend berücksichtigten Verfolgten des Nazi-regimes zu einer angemessenen Entschädigung verhelfen. Dies müsse noch möglichst in diesem Jahr geschehen, erklärten ihre Sprecher gestern nach einer Sitzung des Innenausschusses. Am Mittwoch hatte auf Initiative von SPD und Grünen in Bonn eine eintägige Anhörung von Sachverständigen über die Möglichkeit einer Ausweitung der formal abgeschlossenen Entschädigungsgesetzgebung stattgefunden.

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP haben die Bundesregierung aufgefordert, bis Ende Oktober die Anhörung vor dem Innenausschuß auszuwerten und die dabei erhobenen Forderungen auf Entschädigung zu prüfen. Der CDU-Abgeordnete Gerster und der FDP-Abgeordnete Lüder erklärten, sie würden sich nach Vorliegen der Auswertung um eine zügige Willensbildung bemühen. Sie hofften, daß sie noch in diesem Jahr erfolgen könne. Die bei der Anhörung aufgeworfenen Fragen erforderten eine sorgfältige und seriöse Prüfung und Gewichtung. Nur eine gerechte und abgewo-

gene Lösung könne dem sozialen Frieden dienen.

Bei der SPD ist man der Ansicht, es komme nicht darauf an, das Bundesentschädigungsgesetz zu ändern. Notwendig sei vielmehr eine Übergangsregelung bis zu einer umfassenden Lösung, etwa in der Form einer von den Sozialdemokraten befürworteten Stiftung für bislang unzulänglich entschädigte NS-Opfer. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Renate Schmidt, plädierte dafür, auch nach Lösungen zu suchen, die die Spätfolgen von Verfolgten berücksichtigten.

Nach Auffassung der Grünen-Abgeordneten Antje Vollmer hat die Innenausschuß-Sitzung deutlich gemacht, daß angesichts der dabei zutage getretenen Blockade durch das Finanzministerium die Regierung eine Entscheidung über zusätzliche Entschädigungen erst auf die nächsten Haushaltsberatungen verschieben will. Das früheste Datum für ihre Gewährung wäre damit im Jahre 1989. Frau Vollmer teilte mit, daß die Grünen die Erweiterung des Härtefonds-Beirats um Vertreter der Verfolgten-Organisationen beantragen werden.

Der Bundestag hat...

Mengele-Opfer erhalten Entschädigung

TEL AVIV (Reuter). Rund 80 jüdische Zwillinge, Überlebende der Lager-Experimente des KZ-Arztes Joseph Mengele, erhalten nach mehr als 40 Jahren eine Entschädigung aus Bonn. Der Anwalt der heute zumeist in Israel lebenden Opfer, Arye Ben-Tov, sagte am Dienstag in Tel Aviv, die Betroffenen würden zwischen 20 000 und 25 000 Mark als eine Art moralischer Wiedergutmachung für die physischen und psychischen Qualen erhalten, die sie während der NS-Zeit unter Mengele im Konzentrationslager erlitten hätten. 1985 habe die Bundesrepublik Entschädigungsansprüche der Mengele-Opfer mit der Begründung auf bereits an einige Opfer geleistete Haftkompensationszahlungen abgewiesen, sagte Ben-Tov. Auf sein Bemühen hin hätten die zuständigen Stellen in Bonn jetzt einer Lösung zugestimmt. Der angeblich 1979 in Brasilien verstorbene Mengele hatte als Lagerarzt in Auschwitz bei seinen pseudowissenschaftlichen Menschenversuchen an jüdischen Häftlingen grausame Verstümmelungen vorgenommen. Ein Sprecher des zuständigen Finanzministeriums in Bonn bestätigte das mit Ben-Tov getroffene Arrangement, das auf Einzelvergleichen in rund 80 Fällen beruhe. Es handle sich dabei jedoch nicht um eine Neuregelung, vielmehr seien Grundlage der einvernehmlichen Regelung die bereits 1961 getroffenen Richtlinien über Entschädigungsleistungen nach den sogenannten Menschenversuchen der NS-Zeit.

Sinti und Roma dringen auf eine Entschädigung

Zentralrat wirft Bundesfinanzminister falsche Kostenberechnung vor - Anhörung im Parlament

Von ALFONS PIEPER

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat die Bundesregierung und den Bundestag aufgefordert, allen im Dritten Reich verfolgten Mitgliedern ihrer Volksgruppe eine monatliche Entschädigungsrente von 1000 DM zu zahlen. Einen Tag vor einer entsprechenden Anhörung im Parlament forderte der Vorsitzende des Zentralrats, Rose, Finanzminister Stoltenberg (CDU) auf, nicht länger falsche Angaben über die Höhe der entstehenden Rentenkosten zu verbreiten. Statt der vom Minister genannten 70 Mrd DM entstünden der Staatskasse für rund 1000 anspruchsberechtigte Sinti und Roma im Jahr rund zwölf Mio. DM Kosten.

Der Zentralrat legte eine Liste mit 100 namentlich aufgeführten Opfer-Fällen vor, die Bundeskanzler Kohl übergeben werden. Schon vor einigen Wochen hatte der Rat eine Liste mit 435 Fällen in Bonn den Politikern präsentiert. Rose bezeichnete es als Skandal, daß Stoltenberg aus seinem 20 Mio DM umfassenden Dispositionsfonds für Hardefälle aus der Nazi-Zeit von

1981 bis 1985 nur 500 000 an „laufende Leistungen“ für verfolgte Sinti und Roma bewilligt habe. Es dürfe in der Bundesrepublik nicht länger hingenommen werden, daß ehemalige Nazi-Täter von Staatspensionen lebten und die Opfer immer wieder auf den unwürdigen Gang zu den Sozialbehörden angewiesen seien. Aus einer vom Zentralrat zugleich vorgestellten Doku-

waz BONN
mentation „Bürgerrechte für Sinti und Roma“, ein „Buch zum Rassismus in Deutschland“, geht zugleich hervor, daß Bonn bisher über 77 Mrd DM an Wiedergutmachung an jüdische Opfer der NS-Greuel gezahlt hat. Sinti und Roma dagegen erhielten vielfach keinen Pfennig oder zumeist lächerlich geringe Beträge. 150 DM Entschädigung pro Monat KZ-Haft waren oft die Regel.

WAZ

Bei bundesdeutschen Behörden, so ist in dem Buch zu lesen, kamen Sinti und Roma noch nie gut weg: 1956 unterstellte ihnen der Bundesgerichtshof pauschal, sie neigten zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien. Bei Wiedergutmachungsverfahren von Sinti und Roma bis in die 60er Jahre fungierten nicht selten solche Experten als Gutachter, die während der NS-Zeit für die „Zigeunertransporte“ mitverantwortlich waren.

Die an ihnen begangenen Grausamkeiten werden auch heute noch oft als nicht typisches Nazi-Unrecht eingestuft. Dabei wurden nach Schätzungen eine halbe Mio

Sinti und Roma von den Nazis ermordet, sie wurden gefoltert, gedemütigt, sie waren der Willkür ausgesetzt. Heute leben in der Bundesrepublik rund 50 000 Angehörige dieser Volksgruppe. Sie sind zu 98 vH deutsche Staatsbürger.

Die SPD hat eine Stiftung von 250 Mio DM angesetzt, um allen NS-Verfolgten zu helfen, die bisher keine oder nur eine unzureichende Entschädigung erhalten haben, wie z. B. den Sinti, den Zwangssterilisierten, den Homosexuellen. Die Sache ruht in den entsprechenden Ausschüssen. Betroffene Sinti argwöhnen, die Regierung spekuliere wohl darauf, daß die „Überlebenden der Vernichtungslager wegsterben“.

Südd. nach Wiedergutmachung

Bonn (AP)

Zeit
24. VI

Der Zentralrat deutscher Sinti und Roma hat erneut kritisiert, daß die Wiedergutmachungsleistungen an alle in der NS-Zeit geschädigten Sinti und Roma oder ihrer Angehörigen nicht so erfolgten, wie es gerecht wäre. Am Vortag der Expertenanhörung im Innenausschuß des Bundestages leitete die Organisation 100 weitere Fälle „vorenthaltener Entschädigungsrenten für Sinti und Roma“ Bundeskanzler Kohl zu. „In der Praxis der Wiedergutmachungsämter wurden in Zusammenarbeit mit den ehemaligen Organisatoren des Völkermords die rassistischen Gründe bei der Verfolgung der Sinti und Roma geleugnet“, kritisierte die Organisation in Bonn. Die Rechtsprechung bis zum Bundesgerichtshof bestätigte die Praxis mit Formulierungen vom „primitiven Urmenschen“ und dem „ungehemmten Okkupationstrieb der Zigeuner“. Der Zentralrat appellierte an die Bundesregierung und an den Bundestag, zugunsten aller noch lebenden NS-Opfer menschenwürdige Regelungen für Mindestentschädigungsrenten sofort einzuführen. Der Zentralrat verlangte ferner für die 535 der Bundesregierung jetzt vorliegenden Fälle von Sinti und Roma umgehend Renten nach den geltenden Gesetzen.

von Mengele jetzt Entschädigung zu

TEL AVIV (rtr)

80 jüdische Zwillinge, die die Lager-Experimente des KZ-Arztes Mengele überlebten, bekommen jetzt Wiedergutmachung aus Bonn. Der Anwalt der Opfer sagte am Dienstag in Tel Aviv, jeder Betroffene erhalte zwischen 20 000 und 25 000 Mark als „Wiedergutmachung“. Ein Sprecher des Bundesfinanzministers bestätigte die Übereinkunft. Der angeblich 1979 in Brasilien verstorbene Mengele hatte als Arzt in Auschwitz Verstümmelungen an jüdischen Häftlingen vorgenommen. *WAZ*

24. VI

Mittwoch, 24. Juni 1987

Sinti und Roma beklagen Praxis der Wiedergutmachung

Bonn (dpa, ap) – Eine monatliche Entschädigungsrente in Höhe von mindestens 1000 Mark für alle im Dritten Reich verfolgten Mitglieder ihrer Volksgruppe hat der Zentralrat der deutschen Sinti und Roma am Dienstag in Bonn gefordert. Einen Tag vor der Expertenanhörung im Innenausschuß des Bundestages zur Wiedergutmachung für rassisch Verfolgte warf der Vorsitzende des Zentralrats, Romani Rose, Bundesfinanzminister Stoltenberg vor, in der Entschädigungsfrage mit unrealistischen und ungerech-

ten Summen zu operieren. Es sei ein Skandal, daß der Minister aus seinem 20 Millionen Mark umfassenden Dispositionsfonds von 1981 bis 1986 nur 500 000 Mark an „laufenden Leistungen“ für verfolgte Sinti und Roma bewilligt habe.

Nach den vom Zentralrat errechneten Zahlen entstünden dem Bundeshaushalt durch

neue Entschädigungsrenten für rund 1000 anspruchsberechtigte Sinti und Roma neun Millionen Mark Mehrbelastungen. Bonn müsse endlich die Versäumnisse in der Wiedergutmachungspraxis nach der „Härteregelelung für nichtjüdische Verfolgte“ von 1961 zur Kenntnis nehmen und Abhilfe schaffen. Es sei nicht akzeptabel, daß ehemalige Täter von Staatspensionen lebten, die Opfer dagegen auf die Sozialbehörden angewiesen seien, erklärte der Zentralrat.

Opfer von einst wollen Gerechtigkeit statt Mitleid

24. VI

47 Jahre Warten auf Entschädigung – Gestern Solidaritätsaktion „5 vor 12“

(hl) „Im Mai 1945 wurde ich befreit und ins Lager von Hannover nach Hause. Zu Fuß, sechs Wochen. Im Häftlingskleid, mit einer Z-Decke und einem Stück Brot. Und dem, was freundliche Menschen mir unterwegs aben.“ Der Pole Michal Pietrowski fügt hinzu: „Das war alles, was ich für fünf Jahre Z bekommen habe.“

Pietrowski war einer der vielen Sprecher gestern Abend bei der Solidaritätsaktion „5 vor 12“. Dazu hatten zehn Vereinigungen ins Haus der Evangelischen Kirche eingeladen, die Aktion Sühnezeichen wie der Bundesverband Homosexualität, der Dachverband psychosozialer Hilfsvereinigungen wie Verbände von Opfern des Nationalsozialismus. Ihnen allen ging es darum, auf die Opfer von einst aufmerksam zu machen, die bis heute, 47 Jahre nach Ende des Naziregimes, durch die Lächer aller Entschädigungsgesetze fallen.

Anlaß für die Aktion gestern war die Anhörung heute im Innenausschuß des Deutschen Bundestags zur gesetzlichen Regelung der Entschädigung bisher nicht berücksichtigter Gruppen.

Pietrowski war 16, als er im August 1940 auf der Straße in Warschau von Deutschen verhaftet, zwei Tage später als Zwangsarbeiter verschleppt wurde, zunächst nach Auschwitz. Auf Einladung des Evangelischen Kirchentages kam er jetzt in die Bundesrepublik. Er habe nicht mehr viele Schicksalsgefährten in Polen, sagt er, „und in fünf oder zehn Jahren werden die meisten von uns gestorben sein. Ich habe das moralische Recht, für uns zu sprechen.“

„Das schlimmste Argument ist: Dafür ist kein Geld da“, sagte Robert Kempner, Ankläger in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen. Der 88jährige nahm aus

Rücksicht auf seine Kräfte per Video-Aufzeichnung an der Solidaritätsaktion teil.

Der Jurist Ingo Müller, Autor des jüngst erschienenen Buches „Furchtbare Juristen – Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz“, erläuterte, wie der Gesetzgeber Täter und Opfer von damals mit zweierlei Maß messe: Hohe Pensionen und Renten für die einen, selbst Nachzahlungen für ihre Haftjahre nach dem Krieg; für die Opfer Unterscheidung in Würdige und Unwürdige, ohne Rücksicht auf ihre Leiden in der Nazizeit, nach Nazi-Justiz.

Hans Frahs vom Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten: „Ein Leben lang haben wir diese Last tragen müssen... Wir waren oft krank und haben nicht arbeiten können. Entsprechend gering ist unsere Altersversorgung... Wir wollen kein Mitleid, wir wollen Gerechtigkeit.“

Entschädigung von NS-Opfern

AP Bonn, 25. Juni

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestag hat sich gestern mit der Frage der Ausweitung von Entschädigung und Versorgung von Opfern der NS-Zeit befaßt.

Bei der öffentlichen Anhörung ging es vor allem um die Frage, nach welcher Grundkonzeption der Bundesgesetzgeber bisher die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts vorgenommen hat. SPD und Grüne plädierten für die Forderungen der Roma und Sinti, mehr als bisher bei der Entschädigung berücksichtigt zu werden.

Am Vortag hatte der Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma eine Liste mit über 500 Entschädigungsfällen an Bundeskanzler Helmut Kohl geleitet und darum gebeten, daß diese „vergessenen Opfer“ endlich ihre Entschädigungen und Renten erhalten.

Kritik an ^{25.6.} Berl. *Maer* Entschädigungsämtern

Bei den Betroffenen handelt es sich nach Angaben des Zentralrates um Menschen, die in Konzentrationslagern gequält, zwangssterilisiert oder zu Zwangsarbeiten gezwungen worden waren. Er kritisierte die Haltung von Entschädigungsämtern, daß die Zigeuner nicht aus rassischen, sondern aus kriminellen Gründen von den Nationalsozialisten verfolgt worden seien.

Der Ausschuß unter Vorsitz des SPD-Bundestagsabgeordneten Gottfried Benrath hörte zahlreiche Sachverständige. Bei der Anhörung plädierte die Mehrheit der Sachverständigen für eine rasche Regelung der Versorgungsansprüche der bisher nicht oder unzureichend berücksichtigten NS-Opfer.

Sie waren keine Menschen mehr

26. VI

Klara Nowak war „erschüttert“ über die Ausführungen des Psychiatrie-Professors Helmut Ehrhardt, der mit wissenschaftlich-distanzierten Worten darauf bestanden hatte, daß die von den Nationalsozialisten angeordnete Sterilisierung angeblich erbkranker Menschen nicht unbedingt nationalsozialistisches Unrecht gewesen sei. Es komme darauf an, so der Psychiater am Mittwoch vor dem Innenausschuß des Bundestages, ob die Sterilisierungen im Rahmen des sogenannten Erbgesundheitsgesetzes oder außerhalb dieses von den Nationalsozialisten noch aus der Weimarer Zeit übernommenen Gesetzes angeordnet worden seien.

Mit derlei formaljuristischen Unterscheidungen mochte sich Klara Nowak vom „Bund der Euthanasie-Geschädigten und Zwangssterilisierten“ nicht abfinden, ist sie doch ebenso wie ihr Bruder als Jugendliche gegen ihren Willen unfruchtbar gemacht worden, weil die Nationalsozialisten sie wie Hunderttausende anderer Menschen für nicht wert befanden, sich fortzupflanzen. Unter diesen Menschen waren keineswegs nur schwer Geistesranke, sondern psychisch kranke und taubstumme Menschen, aber auch viele Kinder aus Waisenhäusern, wie Frau Nowak am Mittwoch als Sachverständige während der Anhörung über die bei der Entschädigung „vergessenen“ Opfer des NS-Regimes berichtete. Bis heute litten die noch etwa 80 000 Zwangssterilisierten in der Bundesrepublik unter dem Gefühl, nicht als vollwertige Menschen angesehen zu werden. „Unser Leben war beschnitten. Die Diskriminierung war schwer zu verkraften. Aber es fehlt an Verständnis der Bevölkerung für uns.“ Die psychischen und körperlichen Folgeschäden seien beträchtlich, sagte Frau Nowak.

Da aber das sogenannte Erbgesundheitsgesetz bis heute nicht als typisches NS-Unrecht anerkannt wird — die Grünen haben dies bisher vergeblich verlangt — wurde den Opfern dieser Gewaltmaßnahme auch bis vor wenigen Jahren keinerlei Entschädigung gewährt. Die seit kurzem mögliche einmalige „Entschädigung“ von ganzen 5000 Mark nannte Frau Nowak wohl zu Recht als „fast beleidigend“. Sie verlangte deshalb eine umfangreichere, schnelle und unbürokratische Hilfe.

Nicht anders als diesen Opfern des Rassen- und Erbgesundheitswahns der Nationalsozialisten erging es auch anderen Gruppen aus ebenfalls kaum verständlichen Gründen. Auf einer Veranstaltung am Abend vor der Anhörung des Innenausschusses hatte

ein Sprecher des Bundesverbandes Homosexualität auf das Schicksal der von den Nationalsozialisten in die Konzentrationslager eingelieferten Homosexuellen aufmerksam gemacht und auf die „Tausenden von Ermordeten unter ihnen“. Ebenso wie Klara Nowak war er empört über die kaltherzige Feststellung im Entschädigungs-Bericht der Bundesregierung, daß nämlich die Bestrafung homosexueller Handlungen „weder US-Unrecht noch rechtsstaatswidrig“, sondern bis 1973 auch in der Bundesrepublik strafbar gewesen sei.

Mit dieser Begründung aber wurde den Homosexuellen jegliche Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz verwehrt. Allenfalls wäre eine Entschädigung nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz in Frage gekommen. Aber der Antrag darauf, so der Sprecher, wäre schließlich einer „Selbstanzeige“ gleichgekommen. Und nach der Reform des Paragraphen 175 Strafgesetzbuch seien die Fristen für Anträge abgelaufen gewesen...

Ein besonders dunkles und „unbewältigtes Kapital in der mörderischen Geschichte des Nationalsozialismus ist die Zwangs- und Sklavenarbeit. Der Pole Michal Pietrowski war eigens aus Warschau zu der abendlichen Veranstaltung gekommen, um über sein fünfjähriges Martyrium in Auschwitz und Neuengamme und als Zwangsarbeiter am Elbkanal zu berichten. Im Jahre 1940 sei er — zusammen mit 1600 anderen Polen — als 16 Jahre alter Junge von den Nationalsozialisten auf der Straße verhaftet und nach Auschwitz verschleppt worden. Dort habe er eine Nummer anstelle seines Namens bekommen. Pietrowski: „Wir waren keine Menschen mehr.“ Die meisten dieser Polen des ersten Transports seien „durch Arbeit vernichtet worden“.

In Polen lebten heute noch 700 000 ehemalige Zwangsarbeiter, die von den deutschen Konzernen keine Entschädigung für ihre Sklavenarbeit bekommen hätten, sagte Pietrowski. Er bitte deshalb Politiker und damals beteiligte Industriefirmen, Entschädigung und „moralische Wiedergutmachung“ zu leisten. Es sei zwar spät, aber „noch nicht zu spät“.

Die ehemaligen deutschen Zwangsarbeiter schlagen — ebenso wie die Grünen im Bundestag — vor, einen Fonds zu schaffen, den die Bundesregierung vorfinanzieren, in den aber die beteiligten Konzerne wie zum Beispiel Daimler-Benz einzahlen müßten. Daraus sollten dann die ehemaligen Sklavenarbeiter — es waren während des Krieges etwa sieben Millionen! —

eine kleine Entschädigung bekommen.

Zu den auch nach dem Ende der NS-Diktatur bis heute benachteiligten Opfern gehören schließlich die Sinti und Roma, also die sogenannten Zigeuner, von denen etwa 500 000 ermordet worden sind. Noch in den 50er Jahren hatte sich der Bundesgerichtshof trotzdem nicht geschämt, zu behaupten, die „Zigeuner“ seien erst ab 1943 — also nach dem Auschwitz-Er-laß Himmlers — aus rassistischen Gründen verfolgt worden, zuvor aber „nur“ wegen ihrer angeblichen „asozialen“ Eigenschaften. Das Gericht im Jahr 1956: Den Zigeunern ist „wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen...“ Erst 1963 rückte das Gericht teilweise von dieser „Rechtsprechung“ ab.

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralverbandes Deutscher Sinti und Roma, plädierte deshalb während der Anhörung für die Errichtung einer Stiftung — so wie dies auch die SPD vorgeschlagen hat und viele Sachverständige empfahlen —, aus deren Mitteln die bisher gar nicht oder unzureichend entschädigten Sinti und Roma eine monatliche Rente von 1000 Mark erhalten sollten. Soforthilfen aus dem bestehenden Härtefonds sollten im übrigen erleichtert werden.

Auf bisher weitgehend vergessene Opfer der Nationalsozialisten machten andere Sachverständige aufmerksam: Entsprechend ihrer perversen Herrenmenschen-Ideologie verfolgten die Nazis auch unangepaßte Menschen wie zum Beispiel Bettler, Landstreicher, Prostituierte, „Arbeitscheue“ und zwangen sie in Arbeitshäuser, aber auch in Konzentrationslager. Ein anderer Experte verwies auf die etwa 25 000 Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“, die mit Terrorurteilen bestraft wurden. Auch diese Menschen hatten in der Regel — ebenso wie Kommunisten aus politischen Gründen — keinen Anspruch auf Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz.

Viele Experten und ehemalige Opfer appellierten während der Anhörung an die Abgeordneten, für schnelle und unbürokratische Hilfe zu sorgen, sei es mit einer Stiftung, sei es mit „Ehrenrenten“ für alle NS-Opfer, wie es die Grünen vorgeschlagen haben. Doch das Bundesfinanzministerium und auch die Regierungsfaktionen verzögern — trotz schöner Worte, — eine Hilfe weiter durch Ankündigung neuer Prüfungen und Berichte. Dabei wird es bald zu spät sein für die oft schon alten „vergessenen“ Opfer.

DIRK CORNELSEN

Frau Rued

26. VI.

8-
ie
h
f-
n
e
r-
i.
a

Entschädigung für Mengele-Opfer

Tel Aviv/Bonn (Reuter). Rund 80 jüdische Zwillinge, Überlebende der Lager-Experimente des KZ-Arztes Mengele, bekommen jetzt Wiedergutmachung aus Bonn. Der Anwalt der heute zumeist in Israel lebenden Opfer, Ben-Tov, sagte gestern in Tel Aviv, die Betroffenen erhielten jeweils zwischen 20 000 und 25 000 Mark als „moralische Wiedergutmachung“ für das ihnen angetane Leid. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums in Bonn bestätigte das mit Ben-Tov nach langwierigen Verhandlungen getroffene Arrangement. 24.11

Die Übereinkunft mit den Opfern beruht nach Angaben des Sprechers auf Einzelvergleichen in rund 80 Fällen, wobei bereits im Jahr 1951 getroffene Richtlinien über Entschädigungsleistungen veranschlagt worden seien.

Umfassende Entschädigung für alle NS-Opfer gefordert

Bonn (Reuter). Zahlreiche Gruppen von Verfolgten des Nazi-Regimes und unabhängige Gutachter haben in Bonn umfassende Entschädigungsregelungen für alle überlebenden NS-Opfer gefordert. In einer öffentlichen Anhörung des Bundestags-Innenausschusses, in der mehrere Experten und Sprecher der betroffenen Gruppen für die von der SPD vorgeschlagene Einrichtung einer Stiftung zugunsten der Opfer plädierten, ging es vorwiegend um bisher nur unzureichend oder gar nicht entschädigte Gruppen. In einer von der Katholischen Kirche mitgetragenen Erklärung forderten der Zentralrat der Sinti und Roma, der Bund der Euthanasie-Geschädigten und Zwangssterilisierten, der Bundesverband Homosexualität und Vertreter von jüdischen Verfolgten und Zwangsarbeitern die sofortige Einführung einer Mindestentschädigungsrente von 1000 Mark für alle in der Bundesrepublik lebenden und bisher von Wiedergutmachungszahlungen ausgeschlossenen NS-Opfer vom 60. Lebensjahr an. Auf eine solche Rente hätten nach Auffassung der Organisationen in der Bundesrepublik nur noch etwa 10 000 Menschen Anspruch, die zum Teil zugleich von anderen öffentlichen Leistungen unabhängig würden. Dadurch würde der Bundeshaushalt entgegen weit höheren Schätzungen nur mit jährlich 45 bis 50 Millionen Mark im Jahr belastet. Um diesen Betrag müsse der „Härtetfond für nichtjüdische Verfolgte“ beim Bundesfinanzminister aufgestockt werden.

viele NS-Opfer nicht genügend entschädigt

Experten-Anhörung im Bundestag: Noch viel zu viele Lücken

NRZ-Nachrichtendienst

BONN. Lücken und Ungerechtigkeiten der nominell abgeschlossenen, Milliarden umfassenden Entschädigungsgesetzgebung der Bundesrepublik für Nazi-Verfolgte offenbarte gestern eine Sachverständigenanhörung des Innenausschusses des Bun-

destages. Sie machte deutlich, daß noch Hunderttausende von Nazi-Verfolgten, insbesondere von Sinti und Roma, von Zwangssterilisierten und Homosexuellen, von Kommunisten und Zwangsarbeitern ohne ausreichende Entschädigung sind.

Die rund 25 Sachverständigen der Justiz, der Wissenschaft und der Verfolgten-Verbände, die zu einem Katalog von 50 Fragen Stellung nahmen, brachten zum Ausdruck, daß auch in der Ausführung des Bundesentschädigungsgesetzes Ungerechtigkeiten zu verzeichnen waren. Für die Sinti und Roma war, wie einer von ihnen erklärte, die „Entschädigungspraxis eine zweite Verfolgung“. Zahlreiche der Sachverständigen befürworteten in ihren zum Teil umfang-

Mehr Entschädigung für NS-Opfer verlangt

Nachmann: Juden nicht ausreichend berücksichtigt

Köln. Vor seinem Redakteur Heinz-Joachim Melder Bonn - Eine völlige Neuregelung der Entschädigungsansprüche von Opfern der Nationalsozialisten forderten Sachverständige am Mittwoch in der Anhörung des Bundestagsinnenausschusses. Härtere Regelungen etwa für „Sinti und Roma“, Zwangssterilisierte, Opfer der Euthanasie, Homophile und andere Gruppen, die zum Teil nicht als anspruchsberechtigt anerkannt sind, reichten nicht aus. Nach der erheblichen Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse sei sogar zu fragen, ob die eher bescheidenen Entschädigungen der 50er Jahre nicht nachträglich aufgestockt werden müßten, statt eines finanziellen Schlußstrich ziehen zu wollen.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Nachmann, sagte, auch die Juden seien nicht ausreichend entschädigt worden. Es habe ohnehin keine Wiedergutmachung an Juden gegeben, sondern nur für verfolgte Juden. Auch Nachmann forderte wie viele andere Sachverständige die Berücksichtigung der neuen Wirtschaftskraft.

Einhellig wurde von den Sachverständigen die Meinung vertreten, die Grenzen für Entschädigungen seien zu eng gezogen worden. Insbesondere hätten die Betroffenen es schwer gehabt, ihre Verfolgung nachzuweisen. Der mit Entschädigungsprozessen vertraute Rechtsanwalt Haas forderte eine Novellierung der Schlußgesetz-

gebung. Es sei unerträglich, wenn Opfern zugemutet werde, bestimmte Fristen einzuhalten, den Nachweis für Verfolgungen und Verfolgungsschäden auch im Hinblick auf Rentenansprüche zu erbringen oder die deutsche Volkszugehörigkeit beweiskräftig zu dokumentieren. Auch das Mitglied des Auschwitzkomitees Garai zählte Fälle auf, in denen Betroffene ihre Ansprüche durch Formalien des Gesetzes verlieren hätten. So sei es kaum möglich, Gesundheitschäden als „Verfolgungsbedingung“ nachzuweisen. Würden die Behörden diese Schäden als altersbedingt abweisen.

Besonderes Schwergewicht der Anhörung lag auf dem Schicksal der Sinti und Roma. Ihr Sprecher Rose sprach von einem Völkermord an 600 000 Zigeunern, der dem Holocaust an den Juden vergleichbar sei. Rose beklagte, die Sinti und Roma würden auch heute noch von den Behörden diskriminiert. Der Frankfurter Richter Dax sprach von einer skandalösen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs über die Verfolgung der Sinti und Roma. Der BGH habe in einer Entscheidung von 1956 behauptet, die Zigeuner seien vor 1943 nicht kollektiv verfolgt worden. Dem Bundestag liegen verschiedene Gesetzentwürfe zur Entschädigung bisher nicht einbezogener Gruppen und der Einrichtung einer Bundesstiftung vor.

NRZ 25.11

reichen schriftlichen Stellungnahmen eine ausreichende ergänzende Entschädigungsgesetzgebung.

Grundlage der Anhörung bildeten Gesetzesinitiativen der Oppositionsparteien SPD und Grüne, in denen eine angemessene Entschädigung für die bisher leer ausgegangenen Nazi-Verfolgten gefordert wird. Ihre Zahl wird von den Grünen auf etwa 600 000 geschätzt. Die Sozialdemokraten setzen sich darüber hinaus für die Schaffung einer Stiftung ein.

Lücken bei Entschädigung für NS-Opfer

Betroffene fordern unbürokratische Hilfe / Expertenanhörung in Bonn

25. VI.

Fb. Rund

Von unserem Mitarbeiter Dirk Cornelsen

BONN, 24. Juni. Längst nicht alle Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes in Deutschland sind wenigstens finanziell für ihre Leiden entschädigt worden. Das bestätigten am Mittwoch Sachverständige bei einer Anhörung des Innenausschusses des Bundestages.

Als Beispiele erwähnte Heinz Düx, Richter am Oberlandesgericht in Frankfurt, unter anderem die von den Nationalsozialisten als „Asoziale“ bezeichneten Menschen, die Homosexuellen, die Kommunisten und die Zwangsarbeiter, die für die „Zwangsarbeit als solche“ in der Regel keine staatliche Entschädigung bekommen hätten, sondern allenfalls eine Haftentschädigung für die Zeit im Kon-

zentrationenlager. Düx verwies auch auf die unzureichend oder gar nicht „entschädigten“ Sinti und Roma, also die sogenannten Zigeuner, denen der Bundesgerichtshof in den 50er Jahren bescheinigt habe, sie seien bis 1943 nicht aus rassistischen Gründen verfolgt worden, sondern wegen ihrer angeblichen „asozialen“ Eigenschaften. Von diesem Urteil sei das gleiche Gericht erst 1963 teilweise abgerückt. Die Abneigung gegen sie habe in den Behörden fortbestanden. Deshalb müsse der Gesetzgeber jetzt tätig werden, um Versäumnisse bei der Entschädigung der Sinti und Roma auszugleichen.

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates der Sinti und Roma, erinnerte

in diesem Zusammenhang daran, erst Bundeskanzler Helmut Schmidt habe 1982 anerkannt, daß die Nationalsozialisten auch an den Sinti und Roma Völkermord begangen hätten. Rose bat deshalb, nicht von „Wiedergutmachung“ zu sprechen, weil die Ermordung seiner Großeltern beispielsweise nicht „wiedergutmacht“ werden könne.

Professor Klaus Dörner, Psychiater am Westfälischen Landeskrankenhaus, verwies auf die Hunderttausende von Menschen, die von den Nationalsozialisten meist gegen ihren Willen zwangssterilisiert worden seien und erst vor wenigen Jahren einen Anspruch auf die geringfügige „Entschädigung“ von 5000 Mark bekommen hätten. „Vergessen“ wurden bei der Entschädigung nach Angaben anderer Sachverständiger auch die damaligen Kriegsdienstverweigerer und Fahnenflüchtigen, die homosexuellen Männer und Frauen sowie die große Gruppe der wohnungslosen Menschen, die von den Nationalsozialisten als „asozial“ abgestempelt worden seien.

Auch der vor wenigen Jahren geschaffene „Härtefonds“ gelte nur für solche Opfer, die schon bisher nach dem Bundesentschädigungsgesetz berücksichtigt worden seien, weil Antragsfristen nicht hatten eingehalten werden können. Mehrere Sachverständige plädierten in diesem Zusammenhang dafür, schnell und „unbürokratisch“ zu helfen.

Lücken in Entschädigung der NS-Opfer

Anhörung im Innenausschuß / „Nicht Wunden aufreißen, sondern Vergessenen helfen“

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der NS-Verfolgung (BEG) vom 1. Oktober 1953, das als „Schlußstrich“ der Wiedergutmachung gedacht war, soll für alle unberücksichtigt gebliebenen Gruppen neu aufgelegt werden. Das forderten gestern in Bonn anlässlich einer öffentlichen Anhörung vor dem Innenausschuß des Bundestages nicht nur Repräsentanten der Verfolgtenorganisationen, sondern auch die meisten der 25 geladenen Sachverständigen aus Justiz, Medizin und Kirchen.

Mit dieser Sitzung wolle man „nicht alte Wunden wieder aufreißen, sondern den Menschen helfen, die aus dem Blickfeld der Politik geraten waren“, sagte zu Beginn der ganztägigen Veranstaltung der Ausschußvorsitzende und Bundestagsabgeordnete

Gottfried Bernrath (SPD). Verschiedener Meinung waren Abgeordnete von SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen über die Tatsache, daß die Sachverständigen sich in Bonn am Vorabend der Anhörung, wie der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch sagte, „abgestimmt“ hätten. Die Anträge, über die sich die Experten äußern sollten, zum Beispiel zur Verbesserung der Situation der Sinti und Roma oder zur Errichtung einer Stiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“, stammen von den Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen. Bei einer „Solidaritätsveranstaltung“ am Vortag hatten Organisationen von Opfern des Nationalsozialismus diese Form der unbürokratischen Hilfe befürwortet. Basis der Beratung war auch der Bericht der Bundesregierung über die Wiedergutmachung vom 31. Okto-

ber 1986, der zum Stichtag 1. Januar 1986 mehr als 77 Milliarden Mark aufgrund des BEG und anderer Regelungen gezahlte Leistungen nachweist.

Der Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht Frankfurt, Heinz Düx, der sich seit 40 Jahren mit Wiedergutmachungsfragen beschäftigt, trug vor, daß bei Inkrafttreten des BEG „zahlreiche Personengruppen“, die vom NS-Regime verfolgt worden waren, „offenbar zur Entlastung des Fiskus einer Entschädigung nicht für würdig“ befunden worden seien. Bei den Ausgeschlossenen habe es sich unter anderem um Wehrkraftzersetzer, Homosexuelle und sogenannte Arbeitsscheue gehandelt, aber auch um Astrologen, Wünschelrutengänger oder Angehörige des Tannenbergbundes.

Das letzte Kapitel für die Opfer des NS-Regimes? *Stüttgen Z*

Parlamentarier aller Parteien wollen einmütig die letzten verfolgten Gruppen des Dritten Reiches entschädigen / Von Ada Brandes *25 n*

Dies war nun, so hoffen alle Beteiligten, das letzte Kapitel der traurigen und beschämenden Geschichte über die „vergessenen“ Opfer der Nazi-Herrschaft. Zwar hatte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU), wie am Rande der Ausschusssitzung zu hören war, vor Beginn der Anhörung allen Koalitionsmitgliedern vorsorglich die Mahnung zukommen lassen, keine Beschlüsse mit finanziellen Konsequenzen zu fassen – daß aber die vom Innenausschuß des Bundestages am Dienstag veranstaltete Expertenanhörung über eine Entschädigung aller Opfer nationalsozialistischer Verfolgung nicht ohne Folgen bleiben kann, darüber scheinen sich die Parlamentarier aller Parteien immerhin jetzt einig zu sein.

Der Tatbestand, daß große Verfolgten-Gruppen – Homosexuelle, Zwangssterilisierte, Kommunisten, Zwangsarbeiter, Opfer von Menschen-Versuchen, Sinti und Roma, aber auch Anspruchsberechtigte, die irgendwelche Stichtage verpaßt haben oder psychisch nicht in der Lage waren, vom deutschen Staat eine Entschädigung einzufordern – durch die Maschen der Entschädigungsgesetze und Härtefonds-Regeln gefallen sind und vergeblich auf eine wenigstens finanzielle Entschädigung für Verfolgung und Folter gehofft haben, ist seit Jahren bekannt und immer wieder beklagt worden. Die Beratung von Gesetzesinitiativen der SPD und der Grünen im 10. Bundestag, mit denen eine Entschädigung auch der „vergessenen“ Opfer erreicht werden sollte, wurde immer wieder verschoben und schließlich durch das Ende der Legislaturperiode gegenstandslos.

Sie sind in diesem Frühjahr, also zu Beginn der 11. Legislaturperiode, wieder eingebracht worden, und am gestrigen Dienstag hat nun auch die lange geplante Experten-Anhörung stattgefunden. Geladen waren dazu Vertreter der Verfolgten-Organis-

sationen, aber auch Juristen und Wissenschaftler anderer Disziplinen. Die meisten von ihnen würdigten die Leistungen des Bundesentschädigungsgesetzes, nahezu alle legten aber auch – teilweise anhand von erschütternden Schilderungen einzelner Schicksale – dar, daß in tausenden von Fällen Überlebende der Nazi-Verfolgung auch heute noch unter den ihnen zugefügten physischen und psychischen Qualen leiden, ohne daß sie eine Entschädigung erhalten haben.

Mehrere Gutachter betonten, daß die Nicht-Entschädigung von den Betroffenen als eine Fortdauer der Verfolgung, zumindest aber als Diskriminierung empfunden werde. In dem Gutachten des Historikers und Psychiaters Professor Dörner heißt es: „Die allgemeine gesellschaftliche Mentalität in der Bundesrepublik gegenüber Randgruppen, die in der Nazizeit als Minderwertige etikettiert waren, hatte sich in der ersten Nachkriegszeit nicht grundlegend ändern können. Aus diesen Gründen hatten Zwangssterilisierte, noch mehr aber Homosexuelle und sozial Verfolgte kein Vertrauen, daran zu glauben, daß Entschädigungsansprüche von ihnen überhaupt vertreten werden dürften.“ Dörner in der Anhörung: „Die Diskriminierung dauert an. Die meisten Gruppen, die damals verfolgt worden sind, laufen auch heute noch Gefahr, diskriminiert zu werden.“

Anhand besonders drastischer Beispiele schilderte Romani Rose vom Zentralrat der Sinti und Roma die Vorurteile und Widerstände, mit denen die ehemals von den Nazis als „Zigeuner“ Verfolgten auch heute noch zu kämpfen haben. Die Entschädigungspraxis in der Bundesrepublik sei für die Sinti und Roma „eine zweite Verfolgung“ gewesen, sagte er. Nach den Schilderungen Roses haben in etlichen Fällen dieselben Personen, die während der Nazi-Diktatur für die Verfolgung ganzer Perso-

nengruppen unmittelbar oder mittelbar verantwortlich waren, auch noch nach 1945 über den Anspruch dieser Opfer auf finanzieller Entschädigung entschieden.

Aufsehen erregte in der Anhörung das Gutachten des Direktors des Instituts für Gerichtliche und Sozialpsychiatrie der Universität Marburg, Professor Helmut Ehrhardt, der von der CDU/CSU eingeladen worden war. Ehrhardt äußerte sich als Sachverständiger zu den Themen „Sterilisation“ und „Euthanasie“ und vertrat unter anderem die Auffassung, es sei „falsch und irreführend, wenn heute immer wieder Euthanasie und Sterilisation in einem Atemzug als zusammengehörende NS-Verbrechen genannt werden.“ Bei Sterilisation im Rahmen des Erbgesundheitsgesetzes aus dem Jahr 1933 könne man „nicht pauschal von Zwang sprechen“. Ehrhardt weiter: Der durch die Sterilisation gesetzte Schaden sei „der Verlust der Zeugungsfähigkeit, der bei gesunden und sensiblen Menschen zu auch längerdauernden depressiven und neurotischen Reaktionen führen“ könne. „Es geht also um immaterielle Folgen eines staatlichen Eingriffs, dessen Entschädigung schon nach allgemeinen Haftungsgrundsätzen recht problematisch ist.“ Dazu komme heute ein „tiefgreifender Umbruch des Wertbewußtseins hinsichtlich des Schwangerschaftsabbruchs wie auch der Sterilisation“. Und Professor Ehrhardt an anderer Stelle: „Nimmt man dazu das Faktum von 150 000 oder noch mehr Abtreibungen pro Jahr, dann erhält die Diskussion um die Sterilisation in der Nazizeit einen Anschein des Anachronistischen, ja des Gespenstischen.“

Die SPD-Abgeordnete Renate Schmidt nannte solche Sätze später einen „Schlag ins Gesicht aller Opfer des Nationalsozialismus“. Frau Schmidt forderte entsprechend dem von der SPD-Fraktion vorgelegten Gesetzesentwurf die Errichtung ei-

ner Stiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“, damit bisher nicht oder nur ungenügend entschädigte Opfer endlich eine – wenn auch späte – Entschädigung erhalten könnten. Die Kosten für die Stiftungslösung werden von der SPD mit 250 Millionen Mark im laufenden und jeweils 150 Millionen Mark in den Jahren 1988 bis 1990 beziffert.

Die Grünen haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem den Nazi-Opfern eine Rente zugewilligt werden soll. Die Höhe dieser Rente soll so bemessen sein, daß sonstige Einkommen bis zur Höhe eines „durchschnittlichen Industriearbeiterlohnes in der Metallindustrie“ ergänzt werden, also auf etwa 2 000 Mark netto. Die Grünen-Abgeordnete Antje Vollmer hatte zu Beginn der Anhörung, an deren Zustandekommen sie entscheidend mitgewirkt hat, gesagt, die Bundesrepublik habe gegenüber allen Opfern des Nazi-Regimes eine „Bringschuld“. Diese Opfer dürften nicht länger „mit himmelschreienden Begründungen“ um ihre Anerkennung als Verfolgte betrogen werden.

Auch der SPD-Abgeordnete Gottfried Bernrath, der als Ausschußvorsitzender die Anhörung leitete, forderte die Bundesregierung auf, ein „Zeichen der Menschlichkeit“ zu setzen. Es gehe nicht darum, neue Wunden aufzureißen, sondern darum, denen zu helfen, die bisher abseits gestanden hätten und die immer noch auf die Anerkennung des ihnen zugefügten Unrechts warteten.

Die Anhörung soll während der jetzt beginnenden Sommerpause ausgewertet werden. Wenn es nach dem Willen der im Ausschuß vertretenen Parlamentarier geht, dann wird im kommenden Herbst endlich ein Gesetz zugunsten der „Vergessenen“ unter den Nazi-Opfern verabschiedet werden.

„Viele NS-Opfer bisher nicht entschädigt“

Anhörung in Bonn: Experten sprechen von Ungerechtigkeiten – Kirche: Nicht verdrängen

BONN (dpa) – Bei der Milliarden umfassenden Entschädigungsgesetzgebung für Nazi-Verfolgte sind Hunderttausende bisher nicht berücksichtigt worden.

Insbesondere Sinti und Roma, Zwangssterilisierte und Homosexuelle, Kommunisten und Zwangsarbeiter blieben ohne ausreichende Entschädigung. Auf entsprechende Lücken und Ungerechtigkeiten machten gestern Sachverständige bei einer Anhörung im Innenausschuß des Bundestages aufmerksam. Die rund 25 Sachverständigen der Justiz, der Wissenschaft und der Verfolgten-Verbände, die zu einem Katalog von 50 Fragen Stellung nahmen, brachten zum Ausdruck, daß auch in der Ausführung des Bundesentschädigungsgesetzes Ungerechtigkeiten zu verzeichnen waren.

Für die Sinti und Roma war, wie einer der Experten erklärte, die „Entschädigungspraxis eine zweite Verfolgung“. Zahlreiche der Sachverständigen befürworteten in ihren zum Teil umfangreichen schriftlichen Stellungnahmen eine ausreichende ergänzende Entschädigungsgesetzgebung.

Grundlage der Anhörung bildeten Gesetzesinitiativen der Oppositionsparteien SPD und Grüne, in denen eine angemessene Entschädigung für die bisher leer ausgegangenen Nazi-Verfolgten gefordert wird. Ihre Zahl wird von den Grünen auf etwa 800 000 geschätzt. Die Sozialdemokraten setzen sich darüber hinaus für die Schaffung einer Stiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“ ein. Der Anhörung ging eine Solidaritätsveranstaltung voraus.

Der SPD-Abgeordnete Gottfried Bern-

rath, der die Anhörung leitete, sagte, es gehe nicht darum, neue Wunden aufzureißen, sondern denen zu helfen, die bisher abseits gestanden hätten. Die Bundesregierung müsse ein „Zeichen der Menschlichkeit“ setzen. Die Abgeordnete der Grünen, Antje Vollmer, die zu den Initiatoren der Gesetzesinitiative ihrer Fraktion gehört, sagte, die Bundesrepublik habe eine „Bringschuld“ gegenüber allen Opfern des Nationalsozialismus, die nicht weiterhin „mit himmelschreienden Begründungen“ um ihre Anerkennung als Verfolgte betrogen werden dürften. Die Evangelische Kirche in Deutschland erklärte: „Die Versuchung, nach mehr als vier Jahrzehnten die Fragen auf sich beruhen zu lassen und einen Schlußstrich zu ziehen, ist groß.“ (Kommentar „Beschämend“ Seite 4)

Beschämend

Beschämend war die Anhörung, die gestern vor dem Innenausschuß des Bundestages über die Bühne ging. Beschämend weniger wegen der Fakten, die dabei vorgetragen worden sind – sie sind seit langem mehr oder weniger bekannt. Beschämend war die Anhörung vor allem deshalb, weil sie überhaupt stattfinden mußte, weil dieses düstere Kapitel nach wie vor nicht abgeschlossen ist: Mehr als 42 Jahre nach dem Ende von Krieg und Nazi-Herrschaft sind Hunderttausende von NS-Opfern noch immer ohne ausreichende Entschädigung.

Mit finanziellen Mitteln ist ganz bestimmt nicht gutzumachen, was damals angerichtet worden ist: Jahre des Leidens, der Qual, der Verfolgung mit Geld aufzuwiegen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Doch darum geht es auch nicht. Es gilt zum einen dafür zu sorgen, daß die Opfer wenigstens heute frei von materiellen Sorgen sind. Und es geht zum zweiten um die Anerkennung der Tatsache, daß es Unrecht war, was diesen Menschen damals im Namen des deutschen Volkes widerfahren ist. Und an der Bereitschaft gerade dazu hat es jahrzehntelang gefehlt. Waren die Grauen der Judenverfolgung nicht wegzudiskutieren, hat man die Berechtigung der Ansprüche dieser Gruppe anerkannt, so wurde auf anderen Gebieten der Kopf so tief wie möglich in den Sand gesteckt. Frei nach dem berüchtigten Motto „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“ wurde beispielsweise den Sinti und Roma die Anerkennung als rassistisch Verfolgte verweigert, wurde auch die Gesetzesgrundlage für die Zwangssterilisation juristisch nicht in Frage gestellt. Für die Betroffenen hieß das ganz konkret: Die Verfolgung durch die Nazis war überstanden, die Diskriminierung aber, die Schikane blieb.

Gut, daß die Sachverständigen gestern kein Blatt vor den Mund genommen haben – jetzt sind die Politiker gefordert. Die sollten mittlerweile alle begriffen haben, daß Vergangenheitsbewältigung nicht mit Beiseiteschieben und Verdrängen zu verwechseln ist. Joachim Volk

25. VI. Täglich. Nachrichten

Noch immer warten viele Werfolgte auf Entschädigung

Der Versuch der materiellen Ersatzleistung für Nazi-Opfer wurde in zahlreichen Fällen nicht einmal halbherzig in Angriff genommen

Von unserem Mitarbeiter Dieter Wonka

DNN - „Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und zu Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe in Achtung vor fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationsinstinct eigen ist.“ So urteilte im Jahr 1936 der Bundesgerichtshof – ganz in der Sprache und in der Ideologie des Nationalsozialismus.

Die Zigeuner, wie Rassenforscher schon 1883 erklärt hatten, „Asoziale“, „Kriminelle“, in jedem Fall aber „Spione“ seien, wurde ihnen auch im Nachkriegs-Deutschland der Entschädigungsanspruch als rasch Verfolgte bestritten. Zwar wurde in der jüngeren Vergangenheit mancher Sprachgebrauch geändert, sind Härtefonds eingerichtet worden, und die Kanzler Schmidt und Kohl haben anerkannt, daß in der NS-Zeit aus rassistischen Gründen an Sinti und Roma Völkermord betrieben worden ist; doch die Wiedergutmachung wurde mehr als halbherzig angepackt. Was für Juden in einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung möglich war – der Versuch der materiellen Ersatzleistung – ist für Sinti und Roma, Homosexuelle, Zwangsarbeiter und Zwangssterilisierte nicht gelungen. Vor der heute stattfindenden Expertenanhörung im Bundestagsinnenausschuß zur Wiedergutmachung für nichtjüdische Verfolgte meldete sich der Zentralrat der deutschen Sinti und Roma zu Wort: Ihr Vorsitzender Romani Rose

Sinti und Roma betonen: Es geht nicht ums Geld

fordert eine monatliche Entschädigungssumme von 1000 Mark für alle betroffenen Mitglieder seiner Volksgruppe. Dabei betont Rose, daß es nicht ums Geld geht, sondern: „Es darf nicht anerkannt werden, daß die ehemaligen Täter von Staatsopfern leben und die Opfer immer wieder auf den unwürdigen Gang zu den Sozialbehörden angewiesen sind.“

Die Regelungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) sind längst auslaufen. Der Knackpunkt: Der Verfolgungstatbestand nach dem BEG war für Zigeuner nur in seltenen Fällen nachzuweisen, denn sie wurden im Dritten Reich als Kriminelle eingestuft, womit der politische Tatbestand ebenso wegfiel wie der rassistische. Für die Homosexuellen galt bis in die sechziger Jahre hinein, daß ihre Neigung unter Strafe gestellt war: Hätten sie ihren Entschädigungsanspruch geltend gemacht, hätten sie sich selbst kriminalisiert. Auch die Zwangssterilisierten konnten nur in Ausnahmefällen Ansprüche stellen: Das sogenannte Erbgesundheitsgesetz der Nazis wurde in der Bundesrepublik nicht als Unrechtsgesetz behandelt.

Mit inzwischen 535 konkret belegten Fällen, in denen Sinti und Roma bis heute keinerlei Entschädigungsmittel erhielten, verzweifelt sich der Zentralrat jetzt Gehör zu verschaffen: Trotz schwerster Gesundheitsschäden in Konzentrationslagern wurden Renten verweigert. Kritisiert wird auch die geltende Härteregelung. Während der 400-Millionen-Mark-Fonds für jüdische Verfolgte seit 1980 unter Beteiligung jüdischer Organisationen verwaltet wird, sind für den 100-Millionen-Fonds aus dem Jahr 1981 für „nichtjüdisch Verfolgte“ Roma und Sinti von der Mitverwaltung ausgeschlossen.



Mit dem Ende des Kriegs war die Leidenszeit der Sinti und Roma nicht vorbei

Das Ende des Kriegs bedeutete zwar das Ende der systematischen Verfolgung von Sinti und Roma – aber nicht das Ende der Diskriminierung. Und anders als den Juden wurde ihnen kein Entschädigungsan-

spruch als rassistisch Verfolgte zugebilligt, weil sie im Dritten Reich als Kriminelle eingestuft waren. Vor dem Bonner Innenausschuß findet heute eine Anhörung zu diesem Themenkreis statt. Foto: Möll

sen. 20 Millionen davon stehen für Renten zur Verfügung, genehmigt aber wurden bis heute gerade 25 Renten zu jeweils 500 Mark. „Das reicht dann ohne Verzinsung für 130 Jahre“, rechnet Romani Rose bitter vor. Die anderen 80 Millionen Mark werden durch den Kölner Regierungspräsidenten verwaltet. Der hatte noch 1985 behauptet, Zigeuner seien keinerlei rassistisch begründeten Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt gewesen, es sei denn im Rahmen von „Präventivmaßnahmen gegen Kriminelle“. Der Regierungspräsident mußte diese Erklärung zwar zurücknehmen, das Mißtrauen bei Sinti und Roma aber ist geblieben.

Der FDP-Politiker Burkhard Hirsch erhofft sich deshalb von der heutigen Bundestagsanhörung Aufschlüsse. „ob bei der bisherigen Wiedergutmachungsgesetzgebung gegen die Absicht des damaligen Gesetzgebers bestimmte abgrenzbare Gruppierungen schlechter behandelt worden sind, als das der Gesetzgeber gewollt hat“. Letztlich könne es freilich nur darum gehen, einen Härtefonds vernünftig zu dotieren und zu organisieren. Die SPD erhofft sich dies über ein Stiftungsgesetz, dotiert mit zunächst 250 Millionen Mark, wobei für die Zwangsarbeiter eine eigenständige Regelung gefunden werden soll.

24. VI. Stuttgarter Nachrichten
Wann ist Schluss mit Diskriminierung der Zigeuner?

Ist Wiedergutmachung für Verfolgte in ausreichendem Maße geleistet worden?

Eine Anhörung in Bonn / Vier Parlamentsinitiativen

ban. BONN, 24. Juni. Nach langwierigem Tauziehen zwischen Koalitionsmehrheit und Opposition, bei dem Oppositionspolitiker CDU und CSU Verschleppungsstrategie vorhielten, ist es am Mittwoch zu einer Anhörung über die „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ im Bundestagsinnenausschuß gekommen. In deren Vordergrund stand die Frage, welche Gruppen von Opfern, die unter dem nationalsozialistischen Unrechtsregime gelitten hatten, etwa Zigeuner, Zwangssterilisierte, Euthanasiegeschädigte, Homosexuelle, damals sogenannte Asoziale, Fahnenflüchtige und Kommunisten, bis heute keine oder nur eine „unangemessene materielle Entschädigung“ erhalten hätten oder bei der Gewährung von Wiedergutmachungsleistungen berücksichtigt worden seien. Jüdische Organisationen, der „Zentralrat der deutschen Sinti und Roma“, Vertreter der „Weißen Rose“, der Kirchen und Juristen waren als Sachverständige zu einer „der schwierigen Anhörungen“ geladen worden, wie es der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestags, Bernath (SPD), formulierte. Nicht neue Wunden sollten aufgerissen werden, sondern es sei denen zu helfen, die lange aus dem Blickfeld der Politik geraten seien.

Vier Parlamentsinitiativen waren Anlaß der Anhörung. Die Grünen hatten einen Gesetzesentwurf vorgelegt, zufolge dessen „alle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung“ einen daraus resultierenden Rentenanspruch erhalten sollten; in einem zusätzlichen Antrag forderten die Grünen Entschädigung für alle „Zwangsarbeiter während der Nazizeit“. Die SPD hatte einen Gesetzesentwurf vorgelegt, welcher eine

Stiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“ und Mittel für Härtefälle vorsieht; in einem Antrag forderte die SPD eine Verbesserung der Situation der Zigeuner. Dem SPD-Entwurf dürften sich die Grünen nicht verweigern, weil sie wissen, daß ihr Gesetzentwurf eine Mehrheit nicht finden wird. Familienministerin Süßmuth forderte, daß aus einem seit 1981 bestehenden Fonds für Härtefälle Nichtjuden, die trotz Verfolgung – wegen des Abschlusses der gesetzlichen Entschädigungszahlungen im Jahre 1965 – Mittel nicht oder nur in geringem Umfang erhielten, mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Von den 20 Millionen Mark dieses Dispositionsfonds seien bisher nur 500 000 Mark abgerufen worden, heißt es. Das sei auf Bundesfinanzminister Stoltenberg zurückzuführen, lautet der Vorwurf der Opposition.

Gleich zu Beginn der Anhörung wurde die Sensibilität des Tages in einer Nebensächlichlichkeit deutlich. Er wolle es nicht kritisieren, aber doch darauf hinweisen, sagte der CDU-Abgeordnete Gerster, daß es am Abend vorher zu einem Vorbereitungstreffen einiger Sachverständiger im Hause des Kommissariats der katholischen Bischöfe in Bonn gekommen sei. Der FDP-Abgeordnete Hirsch sagte, es sei eine interessante Information, daß sich Sachverständige zu einer Absprache getroffen hätten. Obgleich beide Politiker der deutsch-jüdischen Verständigung verbunden sind, kam heftiger Widerspruch auf: Frau Vollmer von den Grünen sprach von „Denunziation“, Prälat Bocklet verteidigte das Treffen. Es habe noch andere Zusammenkünfte gegeben; viele Sachverständige seien „verunsichert“ gewesen darüber, was ihnen bevorstehe.

Wer gilt als Opfer?

Sind Wiedergutmachungsleistungen in genügendem Maße geleistet worden oder nicht? Die Auffassungen der Fachleute darüber gingen auseinander, auch wenn sie übereinstimmend feststellten, daß nicht alle von den Nationalsozialisten verfolgten Gruppen ausreichend entschädigt worden seien. Die einen erklärten es mit den begrenzten finanziellen Möglichkeiten des Staates in den fünfziger Jahren, die anderen hielten dem entgegen, es seien politische Umstände gewesen, eine noch fortbestehende „Ausgrenzung“ solcher Empfängergruppen wie etwa die der Homosexuellen. Daraus wurden unterschiedliche Konsequenzen gezogen. „Eine Regelung, um allen NS-Opfern eine angemessene Versorgung zu verschaffen, erscheint mir weder finanziell möglich noch technisch durchführbar“, sagte der „Wiedergutmachungs-Referent“ im rheinland-pfälzischen Finanzministerium, Kleinen, und sprach sich gegen einen Rentenanspruch, aber auch gegen den SPD-Vorschlag einer neuen Stiftung aus. Das sah der Sprecher der Zigeuner, Rose, anders. Er verlangte eine monatliche Rente von 1000 Mark.

Die gegensätzlichen Auffassungen wurden in Äußerungen Professor Dörners vom Landeskrankenhaus Gütersloh und des Vorsitzenden Richters am Oberlandesgericht Frankfurt, Düx, sowie des Richters am Bundesgerichtshof Fuchs besonders sichtbar. Fuchs sagte, nach dem Bundesentschädigungsgesetz gälten „Fahnenflüchtige, Homophile, sogenannte Arbeitsscheue und Asoziale, Berufsverbrecher und sonstige Hangtäter, die im Dritten Reich ebenfalls Gewaltmaßnahmen ausgesetzt waren“, nicht als Verfolgte. Sie und die Opfer der Euthanasie und Zwangssterilisation seien nicht als Opfer im Sinne des Gesetzes anerkannt worden, „weil die gegen sie gerichteten Maßnahmen nicht als typisches nationalsozialistisches Unrecht angesehen wurden und werden“. Die Opfer des Widerstands gegen Hitler und der nationalsozialistischen Rassenideologie seien in dem Gesetz „bewußt herausgehoben“ worden. Der Marburger Professor Ehrhardt ergänzte das mit dem Hinweis: „Eugenik und Sterilisation aus eugenischen Gründen sind keine nationalsozialistische Erfindung.“ Das Erbgesundheitsgesetz der Nationalsozialisten sei auch nach Ansicht der westlichen Alliierten kein „typisches Unrechtsgesetz nazistischer Prägung“ gewesen. Dörner hingegen ver-

wies darauf, daß die Sachverständigen in den fünfziger Jahren, die Zwangssterilisierte und Euthanasiegeschädigte von der Wiedergutmachung ausgeschlossen hätten, zum Teil dieselben gewesen seien, die während der NS-Zeit „zu den Tätern gehörten“. Es sei erst in den letzten Jahren deutlich geworden, was die Nationalsozialisten mit der „Endlösung der sozialen Frage“ bezweckt hätten. Diese Gruppen seien, von wenigen Ausnahmen abgesehen, „bei der Gewährung von Wiedergutmachungsleistungen nicht berücksichtigt worden“. Homosexuelle seien fast immer und überall in der Gefahr, diskriminiert zu werden. Dörner bezeichnete das nationalsozialistische Erbgesundheitsgesetz als Grundlage aller Vernichtungsmaßnahmen, weil in Deutschland seit der Machtergreifung der wissenschaftliche Widerspruch gegen die auch anderswo bestehende „eugenische Bewegung“ unterdrückt worden sei. Franz Josef Müller von der „Weißen Rose“ sagte, die politisch Verfolgten seien damit zufrieden gewesen, als solche anerkannt zu werden. Aber man dürfe jene nicht mehr „ausgrenzen“, die damals vergessen worden seien.

Der Sprecher des Zentralrats der Juden in Deutschland, Nachmann, wies darauf hin, daß es auch viele Juden gegeben habe, die nicht die ihnen zustehende Wiedergutmachung erhalten hätten. Das israelische „Auschwitz-Komitee“ nannte dazu mehrere Beispiele. Die „Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime“ wünschte eine „Grundversorgung auf Rentenbasis“; die bisherigen gesetzlichen Regelungen seien den betroffenen Zwangsarbeitern nicht gerecht geworden. Der „Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten“ kritisierte, daß die getroffene Härteregelung „in keinem Verhältnis zu dem uns zugefügten Schaden“ stehe und „fast eine Beleidigung“ sei. Eine Professorin, Ilse Kokula, merkte an, die in die Konzentrationslager verschleppten Homosexuellen seien nicht als politisch Verfolgte anerkannt und deshalb von der Wiedergutmachungsleistung ausgeschlossen worden. Pastor Busch von den Bodenschwingischen Anstalten schrieb: „Wir wissen, daß wir auch heute empfänglich sind für den Geist der Gewalt und der Vergeltung. Wir halten es für einen gefährlichen Irrtum zu meinen, daß die Menschen in einer Zeit schlechter sind als zu anderer Zeit.“

אשר

הכנסת ישראל י"ב ק"ל
גראמיה ארבע אלף
צורה בארבע אלף
האוסב בנסיון אפוסט. י.
אוסט אל
בן אלטר

~~אשר~~
~~אשר~~
~~אשר~~
~~אשר~~
~~אשר~~
~~אשר~~
~~אשר~~
~~אשר~~
~~אשר~~
~~אשר~~

ז"ל

אלטר בן אלטר

שנת ה'תש"ב

בשנת ה'תש"ב
אלטר בן אלטר
האוסב בנסיון אפוסט. י.
אוסט אל
בן אלטר

~~10/10~~
 10/10
 10/10
 10/10

2 7 2 8 7 8 1 8
 77 77... 77... 77...
 77 77... 77... 77...
 77 77... 77... 77...
 77 77... 77... 77...
 77 77... 77... 77...

מבטחה עמאל - דודו

196 - 10
 191 - 07

10: 10, 10, 10, 10, 10
 10: 10, 10, 10, 10, 10

10/10 10/10 10/10 10/10 10/10

10

10/10
 10/10
 10/10

10/10 10/10 10/10 10/10 10/10 10/10 10/10 10/10

10 10 10 10 10

186
→ P1 - 63 2
3

Chirac told Syria was framed

By Arnaud de Borchgrave
THE WASHINGTON TIMES

PARIS — French Premier Jacques Chirac was informed by West German Chancellor Helmut Kohl and Foreign Minister Hans-Dietrich Genscher that Syria was not involved in the plane bomb incident that was averted by alert security guards at London's Heathrow Airport April 17.

Mr. Kohl and Mr. Genscher told Mr. Chirac that their conclusion was that the near-disaster in London was a provocation organized jointly by Israel's Mossad intelligence service and renegade elements in Syrian President Hafez Assad's entourage.

The objective, as Mr. Chirac understands it, was to embarrass President Assad and bring down his regime.

Britain broke diplomatic ties with Syria on Oct. 25, saying it had evidence that Syria masterminded the attempted bombing and supplied the explosives. Britain's decision

followed a London jury's conviction of Jordanian-born Nezar Hindawi, sentenced to 45 years in prison for trying to place the bomb aboard an Israeli airliner by hiding it in a suitcase carried by his unsuspecting Irish fiancée.

Mr. Chirac, in a lengthy interview in French with this reporter on Tuesday, agreed that his views be made public though he did not wish to be quoted directly. Mr. Chirac's views appear here as summarized. The 90-minute exchange was tape-recorded with Mr. Chirac's knowledge.

If the London bomb — which had been handed by Hindawi to his pregnant fiancée, Ann Marie Murphy, just before she boarded an El Al flight to Israel — had exploded in mid-air, 376 people would have been killed. This presumably would have triggered the kind of retaliatory action against Syria that — according to what Mr. Chirac said the West German leaders had told him — would

have caused the collapse of the Assad regime.

Mr. Chirac pooh-poohed evidence produced by Britain's intelligence services with a shrug of his shoulders and a dismissal of all Western intelligence services as worthless. He believes they have all been penetrated by moles — from the CIA to France's own DGSE. But he conceded he did not know the real truth about the London incident as he had not seen the complete dossier of the case.

German leaders, however, believe that the plotters, whoever they were, had instructed Hindawi to report to the Syrian Embassy after delivering the bomb to his girlfriend. This, in turn, was designed to compromise the Syrian government.

Mr. Chirac indicated that he shared German skepticism. He has talked to people who know the former Syrian ambassador to London, Lautof Haydar, who was expelled by Britain after the Hindawi verdict. And he

said they were all convinced that Mr. Haydar is the kind of diplomat who would never accept being part of any terrorist plot and that the British accusation is implausible.

Mr. Chirac described the many different Syrian secret services as a can of worms and expressed the view that some of President Assad's enemies, both foreign and domestic, may be manipulating some of these agents against him.

The French premier does not doubt that Syria has sponsored a number of terrorist actions, either directly or indirectly, but that France has no evidence whatsoever that Syria was implicated in any terrorist incident on French soil. But to sever diplomatic relations with Syria, as Britain did following the Hindawi verdict, is tantamount to barking in the dark.

In the judgment of the man who is the conservative front-runner to succeed Pres-

see CHIRAC, page 10A

196, 191 $\frac{3}{7}$

CHIRAC

From page 1A

ident François Mitterrand in the 1988 elections, Syria remains the key to a peaceful solution in Lebanon. So to refuse to deal with Mr. Assad and to try to exclude Syria from the solution would be an act of diplomatic folly.

There is only one ticking bomb the Western world should be alarmed about — the spread of virulently anti-Western Moslem fundamentalism throughout the Middle East. Next to this, Mr. Chirac thinks, the terrorist bombs that explode in Western capitals are mere firecrackers.

Mr. Chirac argued that since the United States and its allies do not have the political and military will to act decisively and collectively to subdue the states that sponsor terrorism, the only sensible alternative is to talk and deal with them.

The United States, after all, is now reported to be dealing with Iran, a country that regards the United States as the abominable Satan, even offering the Khomeini regime military spare parts as a gesture of friendship. France, on the other hand, is not selling arms to Syria. Reports to the contrary, he said, are pure disinformation.

When he became premier after his party won the March 16 national election, Mr. Chirac learned that France had signed two arms contracts with Syria in 1982 and 1984. He ordered their suspension. French arms sales to Iraq, Syria's erstwhile rival in the region and an ally of Iran, have continued without interruption since the mid-70s and throughout the Iran-Iraq war.

This reporter pointed out to Mr. Chirac that when the United States demonstrated the will to act and ordered air strikes against Libya last April 14, France refused overflight permission for U.S. bombers. Mr. Chirac categorized these U.S. strikes as totally counterproductive.

If Libyan strongman Col. Muammar Qaddafi was relatively quiescent last spring and summer, Mr. Chirac explained, it was because he had a serious problem with his own army, and it was not in any way related to the U.S. raid.

The Libyan military had been shaken to its foundations by Col. Qaddafi's ongoing and ill-fated mili-

tary adventure in neighboring Chad, according to Mr. Chirac's information, and the Libyan leader had even felt compelled to execute his own cousin, Col. Hassan Ishkal. The cousin was one of his close cronies, a leader of his own tribe and a comrade-in-arms since the first day of the revolution in 1969.

France sent elite troops to Chad twice in three years to check Libyan intervention and requested and received U.S. logistical support for these operations.

Col. Qaddafi, Mr. Chirac explained, made the same mistake, albeit on a smaller scale, as Iraq's President Saddam Hussein when he attacked Iran in 1980. Mr. Chirac had heard about Iraq's plans a few days ahead of time, and since he had

Mr. Chirac is confident that when France meets again with its European Community partners Monday, wiser counsels will prevail. He believes a common position toward terrorism will emerge.

known Mr. Hussein well for several years, he sent him a secret message begging him to cease and desist.

The Iraqi leader replied that his own intelligence indicated the Iranian army was thoroughly demoralized, that the Arab minority in Iran would rise up and greet the Iraqis with open arms, and that it would all be over in a week.

And what happened after more than six years of carnage? Mr. Chirac asked.

Saddam Hussein, he feels, rendered a tremendous service to his enemy Ayatollah Khomeini by helping him consolidate his regime, by creating the kind of regional destabilization that suits the Soviet Union, and radicalizing the spread of fundamentalism from the Gulf to the Atlantic.

By the same token, the Americans, with farcical air strikes

against Libya, merely retarded the destabilization of Mr. Qaddafi's regime and enabled the mercurial colonel to remobilize his restless army and people against the United States, he said.

Mr. Chirac believes such actions as the U.S. air strikes undermine the moderate pro-Western regimes of the Arab world, which are dangerously fragile and vulnerable. Public opinion in the souks and bazaars of these countries invariably identify with what it perceives to be the Arab victim.

It is in the interest of all Western countries to nurture and safeguard the moderate countries like Egypt, Jordan, Saudi Arabia, Lebanon, the Gulf states, Morocco and Tunisia, he said.

That should be the common Western objective, beginning with the restoration of a peaceful Lebanon, which must, by definition, be worked out in cooperation with Syria, Mr. Chirac said. But such a policy will have to remain balanced precariously on the foundations of an easily aroused Arab public opinion, which is only too willing to be fanaticized by calls to Holy War.

All the more reason, Mr. Chirac explained, for Western countries to refrain from fanning the flames.

Mr. Chirac pointed out that despite the fact that Iraq was the aggressor against Iran, all other Arab countries closed ranks with Iraq. Their principal concern now is to prevent an Iranian victory and a fundamentalist stampede that would sweep away all the West's moderate friends.

But Mr. Chirac sees Britain, Israel and the United States helping Iran and digging a deeper grave for Western civilization. So when he is accused of lack of solidarity over the latest incident in London, he cannot restrain sarcasm over the cynicism of his allies.

Still, Mr. Chirac is confident that when France meets again with its European Community partners Monday, wiser counsels will prevail. He believes a common position toward terrorism in general and toward Syria in particular will emerge.

The French premier has informed President Assad that if he ever comes upon evidence that Syria has been involved in acts of terrorism in Europe, France's reaction will not be a verbal one. He did not elaborate on what other means would be used.

** נכנס
**
**
**

שמור

חוזם: 7,3883

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 46, תא: 060787, זח: 1700, דח: ר, טג: ש

נד: @

9
24.7.103

שמור/רגיל

אל : סטרומינסקי, האוצר

זע : דברת האוצר, אירומה 1

מאת: היועץ לעניני כלכלה בון

נפגעי הנאצים שלא פוצו לשאלותין במברקן 1521 מ-3/7.

1. פרושים להצעות החוק של ה-ט.פ.ד והירוקים בנושא הם ספקולציה שאין לה בסיס. שכן וועדת הפנים כלל לא עסקה ובדברי הטיכום אף לא הובטח לדון בהצעות חוק חדשות לפיצוים אלא ביצירת קרן לפיצווי עד-הוק חד-פעמי לנרדפים אזרחי גרמניה שלא פוצו כלל.

2. מאותה סיבה ה-ט.פ.ד והירוקים לא ויתרו על הצעותיהם פשוט לא דנו בהן. ולהערכת המבינים אף לא ידונו בהצעות החוק בעת כינוס הוועדה בסתיו.

3. המפתח הוא בידי הרוב בוועדה ה-צ, ד.א.ו וה-צ.ט.א.ו. יהיה זה בלתי רציני לענות לשאלה זו יהיה רשאי לקבל פיצוי מאותה קרן אם תקום.

4. הוועדה תשוב ותתכנס לאחר הפגרה ואין לצפות להערכת אנשי וועידת התביעות שייצגו את העניין היהודי בשיבה לתוצאות גדולות לנרדפים יהודים שלא פוצו.

זמרן.

===אג.

MEMORANDUM FOR THE DIRECTOR

RE: [Illegible]

[Illegible]

[Illegible]

[Illegible]

[Illegible]

[Illegible]

[Illegible]

[Illegible]

משרד החוץ - מחלקת הקשר
טו די

יוצא **

**

**

**

חוזם: 7,3711

אל: בון/125

מ-: המשרד, תא: 060787, זח: 1649, דה: ר, ט: ג: ט

@: ד: ט

זרמ ו.103.10

טרוי/רגיל

אל: השגריר בון

דע: זר' ביילין משה'ח, ענוג משה'ח, לשכת הנשיא

מאת: דברת משה'א

הנדון: קרן שיקלית.

לשלן נר 22

א. כפי שהברקתי לך בזמנו, הסכים שר האוצר להזמין את השר קליוין לבקר בארץ, בתקופת הסתיו. הוסכם אז, שהזמנה רשמית תועבר אליכם לאחר שיתברר לוח הזמנים של קליוין.

ב. לא ברור לנו למה הזכיר השגריר, בהתאם למכתבו של מר גלוסקא, את השר פת כמזמין אפשרי. לפי מיטב ידיעתי אין קשרי עבודה בעלי משקל של משרד המדע שלנו עם המשרד הגרמני לש'פ'. נושאי הסיור, הפיצויים וניהול החוב לממשלת גרמניה הם הנושאים הכלכליים המרכזיים של ישראל במגעים עם המשרד לש'פ'. אי לכך, נראה לי שיש להמשיך בכיוון הפעולה שהתחלנו בו, כלומר - שהמזמין יהיה שר האוצר.

ג. עד כה לא ערבנו את השגריר הגרמני בנושא. לאחר שהוא גילה התעניינות ולפי עצת מנהל לשכת הנשיא לימור, אנו מתכוונים לעדכן את השגריר ערב יציאתו לגרמניה.

ד. אנא העבר אלינו פרטים על שיחת שר החוץ עם קוהל בכדון.

OFFICE

DATE

MEMORANDUM

TO: SAC, NEW YORK

FROM: SA [Name], NEW YORK

SUBJECT: [Subject]

REFERENCE IS MADE TO

YOUR LETTER OF [Date]

RE THE MATTER OF [Name] AND [Name]

ADVISING THAT [Name]

IS CURRENTLY [Status]

IT IS REQUESTED THAT YOU

ADVISE THE BUREAU OF ANY DEVELOPMENTS THAT MAY OCCUR IN THE COURSE OF YOUR INVESTIGATION OF THIS MATTER.

YOUR COOPERATION IN THIS MATTER IS APPRECIATED. PLEASE ADVISE THE BUREAU OF ANY DEVELOPMENTS THAT MAY OCCUR IN THE COURSE OF YOUR INVESTIGATION OF THIS MATTER.

VERY TRULY YOURS,
[Signature]

ENCLOSURE



סודי

1

משרד החוץ
אירופה ו
זרוע נכנס
07-07-1987
תיק מס'

ח' בתמוז התשמ"ז
5 ביולי 1987
יב/489

אל: השגריר, בון

זרוע 103.1

הנדון: סיוע למכון האפרו-אסיאני

במהלך ביקורו של המנכ"ל המדיני לפני חודשים אחדים עלה הנושא בשיחה שקיים ד"ר ביילין עם שר המדינה במשה"ח, הלמוט שפר. המנכ"ל המדיני הבטיח להעביר לשפר חומר על המכון האפרו-אסיאני ועל פעילותו בקרב השחורים בדרא"פ. החומר הגיענו רק לאחרונה והוא מצורף בזאת.

עיקר פעילותו של המכון האפרו-אסיאני בדרא"פ מתבטאת באירגון קורסים עבור משתלמים מן האיגודים המקצועיים. עלות קורס אחד המתקיים בישראל (לכ 15-20 משתתפים) היא כ-90,000 דולר. המכון מתכנן כרגע גם מספר קורסים מסוג זה בדרא"פ עצמה אשר עלותם תהיה, מטבע הדברים, קטנה בהרבה.

נודה לך אם תוכל לדאוג להעברת החומר לשר המדינה במשה"ח, בצרוף בקשת המנכ"ל המדיני לסייע לפעילות המכון.

יב/489
אלון ליאל

העתק: גב' מרים שמרת, אירופה 1

2141

תאריך : 03.07.87 **החוק-מחלקת הקשר**

שמו

נכנס

**
**
**
**

חוזם: 7,2141

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 22, תא: 020787, זח: 1800, דר: טג: ש

נד: @

Handwritten signature/initials

5

103-1

שמו/רגיל

אל: סמנכל דברח

זע: דר ביילין המנכל המדיני, י. ענוג, המשנה למנכל
עמי גלוסקא לשכת הנשיא, סמנכל מינרבי

מאת: השגריר, בון

פעולה ליצירת קרן שקלית.

למכתב המזכיר האישי לנשיא המדינה 27-12-87 מ-24 ביוני.

ידוע לכם בוודאי שדובר עם השר על ביקורו בארץ (ראו
שלי 179 מ-20 במאי) השר קליין יגיד לנו הצעתו
למועד הביקור. הנושא המעלה גם על ידי מ.מ. רה"מ
בעת ביקורו האחרון ברפ"ג. בביתו של הקנצלר.

בן-ארי

תפ: שהח, מנכל, ממנכל, אירא, מינרבי, כלכליתב', דברח, אוצר,
לשכת הנשיא

Handwritten notes:
N
242
242
5.7
16

1954-1955

1955-1956

1956-1957

1957

1958

1959

1960

1961

1962

1963

1964

1965

1966

1967

1968

1969

1970

1971



בון, 30.6.87
ג' תמוז תשמ"ז

508-12



אל : מר א. דברת סמנכ"ל האוצר
מאת: היועץ לעניני כלכלה בון

Handwritten: ארנא, 103.911

הנדון: הדיון בוועדה הפנים נפועי הנאצים שלא פוצו

לאחר שנוכחתי משך כל ישיבת השמיעה, ומשנבנת עם אנשי וועידת התביעות, להלן תמצית החרשמותי האיטית מהדיון והשמיעה בוועדה הפנים של הבונדסטאג מיום 24.6.87.

1. למרות שהושמעו טענות והשגות מצד נציגי וועידת התביעות היחודיות, ונציגים של נרדפי יהודיים שונים כמו נציגי קבוצות לא יהודיות לגבי חוקי הפצויים הקיימים, אין כל כוונה או הצעה בוועדה הפנים לשנות או לתקן את חוקי הפצויים הקיימים.
2. הצעות ה- ס.מ.ד. והירוקים שהוגשו לבונדסטאג (שאף הן כידוע אינן עונות על דרישותינו) אינן מבחינת הצעות חוק שהועברו לוועדה הפנים לדיון והכרעה אלא הנושא של נרדפי נאצים שלא פוצו כלל הועבר לדיון בוועדה הפנים ולגבי הנושא נחקימה השמיעה.
3. הנימה הכללית בדיון בעיקר תשובות המוסחים לעניני פצויים, עו"ד, נציגי המדינה העוסקות בעניני פצויים כמו משפטנים שהובאו ע"י משרד האוצר הרמני היחה חד משמיעה.
 - א. אין לגעה בחוקי הפצויים הקיימים.
 - ב. התחרון לנרדפי נאצים שלא פוצו כלל בהחלט לחוקי הפצויים הוא אולי ביצירת קרן מיוחדת חד פעמית זוטית שלא תהיה כטופה לבירוקרטיה, ערעורים, בחי משפט וכו' אלא תמצא דרך מהירה לפצויי חד פעמי של נסגעים, כגון, צוענים, הומוסקסואליים, אסוציאליים.
 - ג. נקבע כי המדובר באזרחים גרמניים בלבד ואין כל סגמה אפילו תקום הקרן להרחיב פעולתה לגבי נרדפים שלא פוצו אזרחי מדינות שונות בעולם.



SI-002

10.08.50
10.08.50

Вопрос о возможности
применения в целях

Секретно: проект постановления Совета Министров СССР

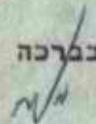
103-473

Вопрос о возможности применения в целях
применения в целях применения в целях

1. ...
2. ...
3. ...
4. ...
5. ...
6. ...
7. ...
8. ...



- 4. נציגי הקבוצות השונות ובעיקר הצוענים דרשו בדבריהם "השוואת" מעמדם לנפגעים היהודיים שכן הם נרדפו בחקופת הנאצים כגזע. גם בדברי קבוצות הנפגעים האחרות נשמעה הקביעה שהיהודים באו על ספוקם בחוקי הפצויים, ומבחינה זו טוב שנשמעו דברי הנציגים היהודיים בדיון, שחזרו על זוועות הנאצים כלפי העם היהודי והצביעו על חוקי הפצויים הקיימים אשר לא מאפשרים לרבים מהנפגעים היהודים לקבל פצויי כלשהו.
- 5. וועדת הפנים חשוב והדון בנושא בסתיו, המפתח למעשה בידי נציגי ה- C.D.U. וה- C.S.U. ומשרד האוצר הגרמני באיזו מידה יהיו מוכנים להעמיד כספים לרשות אותה הקרן המוצעת.
- 6. אנו נקיים כאן מגעים עם חברי בונדסטאג מידידינו לקראת הדיונים בסתיו. אנשי וועידת התביעות מקווים לכל היותר ואף הציעו זאת, להקציב סכום נוסף מעבר ל- 400 מליון מ.ג. שקבלו בעבר על מנת לסייע לנפגעים יהודיים שלא פוצו כלל.
- 7. בדיון ובהצעות הסיעות לא היתה דרישה או ערעור על ההסכמים עם מדינות.

בברכה

 א. זמרן

העמק: אירופה 1
 מר סטרומינסקי האוצר



4. ...
5. ...
6. ...
7. ...

משרד המשפטים
 תל אביב

משרד המשפטים
 תל אביב

משרד החוץ-בחלקת הקשר

כנס **
**
**
**

קודם: 7,316

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 266, תא: 300637, ח: 2000, דח: מ, ט: ג

נד: 8

כא (106.)
אז 103.1



רודי/מידוי

אל : אמריס דברת, טמנכל' האוצר

דע : לשכת שהח', מנהל אירונה 1

מאת: השגריר בון

המלווה

יגור פה, תושב סגנוס
כין



1. בשיחה עם הקנצלר קוהל העלה ממרוחה' ושהח' בעית החובות הנדבועים מהמלווה השנתית. מר פרס תאר אבדן ערן הסכס שנקבע לפני שנים רבות וחוסר ההגיון והחזר סכומים הגבוהים בהרבה מהסכום של המלווה שניתן לנו. כן התיחס להתבטאויות גרמניות בכלל ושל הקנצלר קוהל בפרט ביחס לחובה לסייע למדינות המתפתחות ולרוח שיחות בן-גוריון/אדנאור.

2. הקנצלר אישר שאמנם זו בעיה המעסיקה אותו והתיחס עם לרצון ארהב' להפוך את דפג' במנוע של כלכלת העולם וכי הנושא בכללותו הוזכר גם במגישותיו עם ראשי מדינות. עיין בתיק שהוכן לקראת המגישה עם מר פרס והעיר שאין לו מסמן בנדון (או לא מצא אותו). קוהל העיר שימשיך להתעניין בנדון ויעמוד במגע עם משרד לשתוף מעולה כלכלי.

בן-ארי

===מ

ת: שהח, דרהמ, טמנכל, ממנכל, אירא, דברת, אוצר

14764

100-1001

100-1001



25.6.1987

5

זכרון דברים

103.1

לגמ

הנדון : קבלת פנים מטעם שגריר רפ"ג בעמאן
BARTELS בכנסיות המושיע בעיר העתיקה

1, בעקבות ידיעה בג'רוסלם פוסט (19.6), לפיה הזמין השגריר הגרמני בעמאן לקבלת פנים בעיר העתיקה התקשר המשנה למנכ"ל ענוג עם השגריר האס טלפונית,

2, מר ענוג אמר:

א, שאין אנו יכולים לראות את מעשהו של השגריר אלא כחריג, היה יותר מקובל שה-PROBST יזמין לכבודו של השגריר,

ב, הדבר תמוה שכן רפ"ג, ככל המדינות מלבד פאקיסטאן ובריטניה, לעולם לא הכירה בסיפוח הירדני,

ג, שאנו נשאלנו במהלך הבקר ע"י עתונאים בנושא ויש להניח שבתדרוך היומי לעתונאים ידרש דובר המשרד לנושא ותיתכן השתלשלות נוספת,

3, השגריר הגרמני האס הבהיר שהמדובר באירוע חברתי אליו גם הוא ואנשי השגרירות הוזמנו ואילמלא היה זה אירוע חברתי, לא היה יכול להשתתף.

צידן שההזמנה אמנם בשם השגריר אך אין עליה ה-Bundesadler, מביין שאם דובר המשרד ידרש לנושא יצטרך להבהיר עמדת ישראל,

4, מהלך הדברים הועבר טלפונית לבון ליהודי קינר,

נרשם : ע"י מרים שמרת,

העתק : השגרירות בבון,



א ל : במחלקה לקשרי ציבור

סי' 103-1

מאת : השגרירות, בון

103.1 זרת

הנידון : בריתות תאומות ואגודות ידידות עם רפ"ג

קיימתי שיחה ממושכת עם הורסט דלהאוס, מראשי "המרכזיה הפדראלית לחינוך פוליטי" ומפעיליה העיקריים של "אגודת גרמניה - ישראל", שבבקבות ביקורו האחרון בארץ ביקש לדווח לנו על המוצאות אותו.

דלהאוס מעוניין לקדם את ענין הקמת הקשרים ובריתות בין מועצות איזוריות בישראל לבין הרשויות המקבילות ברפ"ג, ה"לאנדקריוזה". לשם כך יזם, במסגרת הפעילות הרגילה של "המרכזיה", ביקור מאורגן בארץ של כ- 40 ראשי רשויות כנ"ל ופקידים בכירים שלהן. הביקור אמור להתנהל על פי המתכונת המקובלת על "המרכזיה" אליה יתווסף עוד נושא הבריתות.

לצורך זה הבקר הקבוצה, שדלהאוס עצמו מתכוון להנהיגה, במספר מועצות איזוריות ישראליות ויתקיים דיון על הנושא בשיתוף מרכז השילטון המקומי.

הביקור מיועד לתאריכים 15.11.87 - 31.10

שוחחנו גם על המפגש השנתי של אגודות הידידות הדו-לאומיות, שעל פי הנוהג היה אמור להתקיים השנה בארץ, אלא שהוחלט לקיים את המפגש בארץ במסגרת הגיגות ה- 40 ולפיכך בוטל למעשה המפגש של שנה זו (1987) והמפגש הבא יתקיים בארץ בתאריכים 23.3.88 - 19.

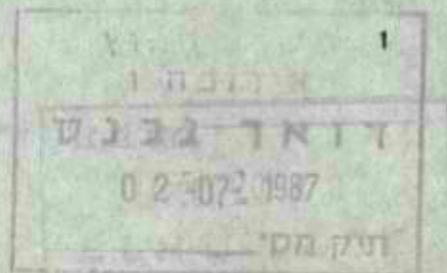
מאחר ושוחחנו גם על מפגש הערים התאומות, גילינו, שתאריכיו חופפים כמעט את תאריכי מפגש אגודות הידידות (19.3.88 - 13) ולפיכך מתכוון דלהאוס לקיים שני האירועים.

לבסוף - "המרכזיה" קיבלה החלטה להגדיל את מספר הקבוצות שהיא משגרת לישראל מידי שנה מ- 5 ל- 6 וזאת החל משנה זו.

ב ב ר כ ה,

גד כהן

העתק: אירופה





TO : DIRECTOR, CIA

FROM : SAC, [illegible]

NOV 21 1952

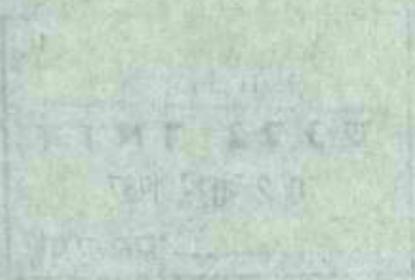
SUBJECT: [illegible]

[Faded paragraph of text]

[Faded text]

[Faded text]

[Faded text]



15323

משרד החוץ-מחלקת הקשר

תאריך: 26.06.87

נכנס **

שנדר

**
**
**

חודש: 6/15323

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 211, תא: 250687, זח: 1800, דח: ר, טג: ש

נד: @

קמ 1.101
9

שנדר/רגיל

אל: א. זרת סמנכל האוצר

דע: אירומה 1

מאת: היועץ לעניני כלכלה בון

ועדת הפנים שמיעה פיצויים.

וועדת הפנים קיימה שמיעה ברהבית בנושא נכגעי הנאצים שלא פרצו. ביום הישיבה המרטונית התקיימה ב-24/6 מ-10.00 בבוקר עד השעה 20.00.

נציגי כל קבוצות נכגעי הנאצים השמיעו טיעוניהם. חלקם תקנו את המגבלות השונות בחוקי הפצויים הקיימים ואחרים ואחרים על שלא פרצו כלל.

השתתפו בדיון נציגים ויחידים, עורכי דין רמטחיים לעניני הפיצויים שכו לשאלות חברי הוועדה. כן היו נוכחים נציגי האוצר, המשרד לשילומים, וחברי בודסטאג רביס.

בנציגי קבוצות יהודיות הנמישו :-

- א. נחמן בשם הקהילות היהודיות רועידת התביעה.
- ב. מנשה רוזנטל משראל בשם ארגון נני הנאצים.
- ג. ד"ר ישרי בשם ניצולי אושוויץ.
- ד. ד"ר גרה יהודי ניצול שואה מהונגריה שהגיע משראל לדיון.
- ה. קלאוס כון מינכאוזן חברמן שדיבר כנציג ארגונים יהודיים.

בטוב הסכום וההצאות היתה אהדות דעים בין כל המשתתפים שהמטרון האפשרי לפיצויי הקבוצות

41 1 11

מושרד החוק-מחלקת הקשר

המקומות הוא ביצירת קרן מיוחדת, שכן אין אפשרות לתקן את חוקי הפצויים הקיימים. מר נחמן עמד בדגליו על קבוצות יהודיות רבות, שקומתו והציע את שרותי וועדות התביעות לפיצויים באמצעות קרן נוספת שתועמד לרשותה. כך הציע הסדר לנפגעים יהודים שלא נוצר החיים בישראל באמצעות מדינת ישראל. נציגי טיעות הבונדסטאג בוועדת הפנים הביעו תקוותם והמליצו על ביצוע במליאה לקראת הסתיו. ברוטקור ישיבת השמיטה ורשימת המשתתפים השונים בזיב.

זמין.

===אג.

תפ: ממנכל, אירא, מינרבי, כלכליתב'י, דברת, אורז

נכנס **
**
**
**

טודי



חידוש: 6/13758

אל: הנשרד

מ-: בון, נר: 200, תא: 230687, זח: 1800, דח: מ, סג: ט
נד: 8

103.1 זר

טודי/מיד

אל : י. שנוג / המשנה למנכ"ל

דע : ד"ר י. אלטר, הועדה לאנרגיה אטומית

מאת: השגריר, בון

בהמשך לשלי 135 מ-13 במרץ

לשלך 833

אני במגע על מנהל חדרת BBC בבון המשמש גם קצין קשר למרפ"ג וידיד קרוב של נדומטור פרוץ לוויילר, יו"ר הנהלת BBC שוויצריה. אני מבין שיש עתה נכונות להעברת טכנולוגיות מתקדמות HTGR ומכירה פריטי החשמל שאין לגביהם כל הגבלה. מאחרי שיקול הנהלת BBC עומד הרצון להינות כתמורה מטכנולוגיות מתקדמות של אמצעי לחימה ובעיקר אלקטרוניקה ומזל"טים. יעסיקו לקשר עם ישראל קצין בנייר בדימוס המתמצא בעסקי החברה וביחסים עם ישראל (כנראה וורסט, מי שהיה מפקד כוחות היבשה).

האם היו כבר מגעים בנדון בארץ ?

בן-ארי

===נ/ש

מסמך מס' 103.1

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
DIVISION OF THE PHYSICAL SCIENCES
DEPARTMENT OF CHEMISTRY

REPORT OF THE
COMMISSION ON THE
STRUCTURE OF THE
ATOMIC NUCLEUS

BY
R. F. B. AND OTHERS

CHICAGO, ILLINOIS, 1952

** נכנס

שנור

**

**

**

חוזם: 6/12500

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 186, תא: 220687, זח: 1300, זח: ר, טג: ש

נד: פ

שמור/רגיל

אל : ו. סטרומינסקי האוצר

זע : דברת סמנבל האוצר

מאת: היועץ לעניני כלכלה בון

דיון בוועדת הפנים מצויים

למברקן 782 מ-18/6

התזכיר מ-8/6

1. השמיעה של וועדת הפנים בנושא נכבדי הנאצים שלא פוצו מוגבלת גם לפי הצעות ה.ס.פ.ד. והירוקים לנוכחים שלא פוצו כלל כגון צוענים, עובדי כמיה הומוסקסואלים וכו'. אין מדובר בנכבדים יהודים פרט לנוכחים רמזאים בהם תאומי מנגלה, שבנתיים ענינם בא על פתרון. לצערינו אין בהצעות כל כסיון לתקן או לשנות את חוקי המצויים הגרמניים.

2. גם יודינו בוועדת הפנים אינם מוכנים להעלות כל הצעה שיש בה לשנות את החוקים הקיימים. הערותין והשגותין במברקן ובתזכיר נכונות ורצויות לנו אולם אינן על סדר היום של דיוני הוועדה והצעות ה- ס.פ.ד. והירוקים.

3. הציר והח"מ נכבשים מחר עם הירש מה- F.C.P. למדינות

100-101

משרד החוץ-מחלקת הקשר

בזכור אין כל מעמד בשמיטה וגם לדעת כגן וקצנשטיין
אין לצפות לגדולות מהדיון.

זמין.

====אג.

תפ: ממנבל, אירא, מינרבי, כלכליתב, אוצר, דברת



כ' בסיון התשמ"ז
17 ביוני 1987
811

5
103-1
קני

אל : מ. בבלי, מנהל אירופה I
מאת: רוז פרזאור.

הנדון : דו"ח ביקור בישראל של יו"ר ועדת החוץ
של הבונדסטאג ונשיא ה-I.P.U.
DR. HANS STERCKEN ורעייתו.

7-11.6.87

נלווה לזוג שטרקן : מר WOLFRAM MAAS (איש משה"ח, עוזר אישי לנשיא ה-I.P.U.).

כללי : מעורף לדו"ח זה תוכנית הסיוור בארץ ונאום הברכה לכבוד ד"ר שטרקן במליאת
הכנסת ע"י יו"ר הכנסת שלמה הלל. השינוי בתוכנית : 1) יום ג' 9.6 - שיחה עם מר ענוג
לא התקיימה, 2) יום ד' 10.6 - הביקור בבית התפוצות לא התקיים.

- *****
- * עיקרי הדברים של ד"ר שטרקן בביקורו בארץ. *
 - * (חזר עליהם בכל שיחותיו). *
 - * *
 - * א. תומך ומאמין גדול בהידברות. כנשיא ה-I.P.U. הדגיש שפרלמנטרים צריכים *
 - * לדבר אחד עם השני PARLARE. *
 - * ב. כנשיא ה-I.P.U. הוא מודע לקושי בקבלת החלטות קונסטרוקטיביות בגוף *
 - * שרובו מורכב ממדינות לא דמוקרטיות. אף על פי כן לא מאמין בניסיון *
 - * להקים גוף שיכלול רק את המדינות הדמוקרטיות בתוך ה-I.P.U. רואה בארגון *
 - * כלי להדברות ודיאלוג ומודע למגבלותיו. *
 - * ג. רואה בשת"פ כלכלי דרך לחיזוק הקשרים בינינו לבין העולם הערבי. הדגיש *
 - * שבהיסטוריה אף קונפליקט לא הסתיים רק ע"י חתימה על חוזה שלום. צריך *
 - * לדאוג למרקם יחסים כלכליים בין מדינות. מוכן כנשיא ה-I.P.U. לקדם *
 - * שת"פ מטולט ישראל גרמניה ומדינות שליטיות. *
 - * ד. לדעתו ישראל צריכה לשנות את מדיניות ההסברה שלה. צריכים להפסיק עם *
 - * מה שהוא מכנה "EVERGREENS" - התגוננות בנושאים כגון יו"ש ורמת הגולן - *
 - * הפרלמנטרים עוזפים מנושאים אלה ומכירים אותם היטב. הוא ממליץ להפסיק *
 - * להגדר אחר ההקפות הערבים ולהעציג את ישראל כדמוקרטיה היחידה באיזור *
 - * וכתורת קונסטרוקטיבית להסדר שלום עם שכנותיה. *
- *****



. /2/ .

תמצית שיחותיו בארץ.

שיחה עם אריה לורן:

לורן פתח בניתוח מקיף על מלחמת המפרץ והשפעתה על המזה"ת. המלחמה הפכה לבינלאומית ומעורבות המעצמות גוברת. מרכז הכובד השתנה והפחד "מהטד" האיראני הופך לדומיננטי. לדעתו בתקופה הנוכחית טמון פוטנציאל ללא תקדים להגיע להבנה בין עמי האיזור. לדעתו הסיוע הסורי לאיראן הופך את המלחמה למלחמה נגד "הלא מאמינים" ולא נגד כל העולם הערבי.

שטרקן דיבר על נסיעתו הצפויה לעיראק (בסוף יוני) ולסוריה (בנובמבר) כנשיא ה-I.P.U. מדגיש שבשיחותיו עם יועצי או"ם באיראן כולם היו בדעה שהמלחמה תמשך עוד שנים רבות ותסתיים רק לאחר נצחונה של איראן. שטרקן חושש ממהפכה איסלאמית בתוניסיה לאחר מות בורגיבה ומדגיש שהייבים להפסיק את מלחמת איראן עיראק המערערת את היציבות בכל איזור אגן הים התיכון. ייחס חשיבות רבה לפיתוח דיאלוג בין ישראל לשכנותיה. סיסמתו: פרלמנטרים צריכים לדבר האחד עם השני "PARLARE".

בעקבות הכנס האחרון של ה-I.P.U. במנגואה שטרקן טוען שאנו הישראלים נגררים אחר התקפות הערבים במקום להציג את ישראל כדמוקרטיה היחידה באיזור ולהסביר איך ישראל רואה הסדר שלום אפשרי. הוא ממליץ לא להגרר שוב ושוב להכחשות על התקפות הערבים בארגון כי חברי הארגון מכירים את העובדות ואין צורך לחזור עליהן. הוא ינסה בכנס הבא של ה-I.P.U. שיערך באוקטובר בבנגקוק לשכנע לקבל החלטה לעצור אספקת נשק לאיראן ועיראק כאחד; אך מודע לעובדה שיהיה קשה ליישם זאת.

שיחה עם המנכ"ל טמיר (נוכחים: מינרבי ושגריר גרמניה בישראל).

בשיחה זו הציג מר טמיר את עמדותיו בנוגע לתהליך השלום וועידה בינלאומית והגדיר את התקופה הנוכחית כמכרעת ביחסינו העתידיים עם שכנינו. בשיחה הועלתה הבקשה להגדיל ולהרחיב את שת"פ המטולש עם גרמניה (כפי שאנו עושים זאת עם ארה"ב והולנד), שמוגבל היום רק למחקר מדעי. הודגשה מומחיותנו בחקלאות השקיה - טפטפות. מר שטרקן הבטיח לטוחח על הנושא הנ"ל עם הטר לש"פ כלכלי (קואפרציה) מר קליין בטובו לגרמניה והשגריר הגרמני המליץ להזמין את מר קליין לביקור בארץ כדי לקבל מידע ממקור ראשון ולקדם את הנושא.

ד"ר שטרקן הדגיש שהוא מודע לחשיבות שת"פ כלכלי והוסיף שאף קונפליקט ביסטוריה לא הסתיים רק ע"י התיימה על הוזה שלום. הוא רואה בקניה, סומליה, ניגריה ומצרים מדינות פוטנציאליות לשת"פ מטולש. וסבור ששיחותיו ב-I.P.U. שעקב השת"פ הכלכלי של ישראל בניגריה ובקניה יש סיכוי לחידוש היחסים הדיפלומטיים.

. /3/ .



,/3/.

שיחה עם טדי קולק - שיחה לבבית בין שני מכרים והיפים, לדעת קולק הגיע הזמן שהפעולות שהוא עושה למען כל הדתות בירושלים יקבלו הכרה בינלאומית. שיחות התודה בארבע עיניים לא הורמות למאמציו, ד"ר שטרקן הבטיח לקדם את הנושא הנ"ל הן בגרמניה והן כנשיא ה-I.P.U.

שיחה עם השר ארנס

בשיחה עם השר ארנס הוצגו הנימוקים והחששות שבבסיס התנגדות הליכוד לכינוס ועידה בינלאומית, מר ארנס הדגיש שישראל חייבת לדאוג לכך שהדרך לטלום תהיה חד סיטרית ולא התאפשר חזרה לחוסר יציבות ולמצב מלחמה, ד"ר שטרקן הדגיש שיצירת קשרים הרבותיים, הקלאיים, היירותיים והקשרים אקדמיים נחוצים כדי לעבות את השלום עם מצרים בפרט ועם שאר מדינות האיזור בכלל.

שיחה עם אבן

השיחה עם אבן נסובה על תהליך השלום, הוא הציג את עמדותיו והסיבות לתמיכתו בוועידת שלום בינלאומית, לדעתו חוסיון זקוק לוועידה הרבה יותר מישראל כדי לקבל לגיטימציה מהעולם הערבי לויתורים שיאלץ לעשות, ירדן הסכימה לראשונה להגיע לשולחן הדיונים ללא תנאים מוקדמים, שטרקן אמר שלדעתו הקונפליקט האמיתי במזב"ת הוא על הדמוקרטיה והדגיש שוב את הצורך בהידברות, הוא סיפר על תוכניתו להפגיש ב-FOREIGN COMMITTEE של ה-I.P.U. בין נציגי ישראל ונציגי ירדן וביקש את עזרתו של מר אבן בנושא זה.

שיחה עם שה"ח שמעון פרס

שה"ח הציג את עמדותיו בנושאים הבאים:

ועידה בינלאומית - ישראל צריכה לתמוך בנייר העבודה האמריקאי בנושא הירדני, הירדנים התנהגו בצורה מאוד סובלנית בהתחשב בהדלפות הרבות - אין לשכוח שהם עומדים מול אש"פ קיצוני יותר, הוא פוסל את הטיעון שוועידה בינ"ל סוללת את הדרך למעורבות סובייטית במזה"ת מכיוון שלדעתו הסובייטים כבר מעורבים באופן מלא באיזור, הוא רואה בתקופה הנוכחית הזדמנות גדולה לדיאלוג- וצריך לנעלה.

האספקט הכלכלי, - סיסמתו "Peace for Economy", לדעתו גורל המזה"ת הלוי במעב הכלכלי (התייחס לאיראן, עיראק וסוריה) והאספקט הכלכלי הופך למכריע, ישראל צריכה להחליט אם יש ביכולתה להגדיל את הבטחון על חשבון הכלכלה והעמיחה באזרחות.

מעורבות המעצמות באיזור - הוא עושה קטעים שיערים הקונגרס על מעורבות אמריקאית לצד כוונת ולהערכתו המשך ההתמודדות בין שהי המעצמות הן במספרן והן על הטלטה בההליך המדיני באיזור.

,/4/.



.14/.

שטרקן סיפר שהנציג הכרוזתי ב-I.P.U. היה בעבר מתוך ואילו עכשו פלסטינאי משמש כנציג כרוזית. לדעת שטרקן הוא מאוד קיצוני ביחסו לישראל, 40% - 50% מחברי הפרלמנט הכרוזתים הם פלסטינאים, הוא ערך הקבלה בין המצב במערב אירופה, שהציעה בזמנו את "אופעיית האפס" להגבלת הטילים באירופה לבין ישראל המחפשת שלום ושתיהן נרתעות מהסיכונים הכרוכים במימוש יעדיהן הן. לדעתו יש בטני המקרים ליטול את הסיכונים כדי למצות את הסיכונים.

הצעות אופרטיביות בעקבות הביקור.

א. שטרקן יבקר כנשיא ה-I.P.U. בנובמבר השנה בסוריה ויפגש לשיחה עם אסאד - לדעתי יש לבדוק עם שטרקן אפשרות העלאת נושא הנעדרים שלנו בשיחה.

ב. WOLFRAM MAAS עוזרו האישי של שטרקן התלווה אליו בביקורו בארץ הינו איש משה"ח הגרמני, התגלה במהלך הביקור כידידותי מאוד, מסיים את עבודתו עם שטרקן באוקטובר 1987, לדעתי מן הראוי להמשיך ולטפח עמו קשרים היכולים להניב פירות בעתיד.

ג. בעקבות שיחת טמיר - שטרקן בנושא שת"פ משולש יש לבדוק אפשרות להזמין ארצה את השר קליין לשת"פ כלכלי כדי שיקבל מידע ממקור ראשון.

סיכום

במהלך הביקור כולו הפגין ד"ר שטרקן ידידות כנה כלפינו וידע מעמיק על הנעשה באזורינו וניכר רצונו לתרום תרומה אישית מוחשית הן כיו"ר ועדת החוץ של הבונדסטאג והן כנשיא ה-I.P.U. לקשרים בין 2 המדינות.

בברכה,

ד. ברוך
רון פרוטסאור.

העתק : לשכת השר

אריה לויין - טמ"ד

טגרירות בון

ארב"ל I

טאו"ר.

EMBASSY OF ISRAEL
AMBASSADE VAN ISRAEL



שגרירות ישראל

P.O. BOX/POSBUS 180
CAPE TOWN/KAAPSTAD 8000
TEL. 43-1779

קייפטאון
יט' בסיון התשמ"ז
16 ביוני 1987
104

ש מ ר

103-103

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
29-06-1987
תיק מס'

אל : מר גבי פדון, הציר, בון
מאת: דוד אריאל, קייפטאון

5

גרי הולץ

הנדון: שגריר רפ"ג בדרא"פ

תודה על מכתבך 831 מ- 26 במאי, 1987.

בינתיים פגשתי את דר' סטאברייט, השגריר הגרמני החדש כאן. כדברייך הוא אינו ליבראלי מדי וגישתו לממשלת דרא"פ, כפי שהוא מגדירה בראשית דרכו, עניינית ומקצוענית. אני משער שימלא את תקוות שולחיו כפי שתארת.

לפי מועדי בואו לדרא"פ ופגישתו עמי אני חייב להסיק, שטרח להעמיד את ישראל במקום גבוה ברשימת פגישותיו עם העמיתים.

בברכה, אמו
213 ארוז
דוד אריאל
2327

העתק: מר א. ליאל, לשכת המנכ"ל המדיני
אירופה 1

מר מ. פדון, פריטוריה

** נכנס

טרדי

103.1.1

חוזט: 6,8757

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 134, תא: 150687, זח: 1355, דח: מ, טג: ט

נד: &



טרדי/מידוי

אל: מנהל אירופה 1

דע: לשכת שר החוץ

מאת: השגריר - בון/בן ארי

ביקור שר החוץ

שלכם 670

1. נאמר לי לפני כמה ימים שוילי ברנדט ייצא ב-26 למקום חופשתו בצרפת. אשאל פעם נוספת. הצעתי על דעת נימרוו נרביק, פגישה עם היו"ר החדש פוגל שבוזאי יאשר זאת.

2. מוזיאונים קלן. מעוניינים גם לבקר בקומפלקס מבחוץ (כאשר המוזיאונים סגורים) בעיקר לראות את עבודתו של דני קרוון?

3. לקביעת שדה התעופה זקוק בדחיפות לסוג המטוס הפרטי.

הבריקונא.

בן-ארי.

===שן

תפ: שהח, ממנכל, ממנכל, אירא

RECEIVED
ATTORNEY
STATE DEPARTMENT OF JUSTICE
WASHINGTON
D.C.

DEFENDANT
AND DEPENDENTS
THE STATE OF TEXAS
VS. [Name] - [Address]

ORDER OF PAY

\$100.00

1. I, [Name], do hereby certify that the above named defendant is a resident of the State of Texas and is entitled to the benefits provided by the State of Texas.

2. I, [Name], do hereby certify that the above named defendant is a resident of the State of Texas and is entitled to the benefits provided by the State of Texas.

3. I, [Name], do hereby certify that the above named defendant is a resident of the State of Texas and is entitled to the benefits provided by the State of Texas.

Witness my hand and seal
this [Date] day of [Month], 19[Year].

BY: [Signature]

** נכנס

שמור

**
 **
 **
 **

ת"ן קהילה
 103-1
 בית המדרש
 קהילתי

חוזם: 6,7621

אל: המשרד

מ-: רינה, נר: 76, תא: 140687, זח: 1000, דח: מ, טג: ש

נד: 8

2

שמור/מיוזי

אל: מזאר

יוצא מחר ה- 14.6 במכרנית לברלין. שגריר הולנד
 במזרח ברלין קבל הודעה על מעברנו ואפנה אליו במקרה
 הצורך. אשוב לורשה ב-16 או ב-17 זנא.

פלצור

תפ: ממנכל, אירג



משרד החוץ-מחלקת הקשר

אל: בון, נר: 670, מ: המשרד
דח: מ, סג: ס, תא: 120687, רח: 1900

103.1
גלח

מיידית/סודי

השגריר

ביקור שהח

א. נודה לך אם תסודר פגישה עם וילי בדנדה ב. אם יהיה זמן
מתאים ישמח השד לפגוש את סגל השגרירות המורחב לפגישה תדונה
וכן לבקר בקוטסקס המוריאונים החדש (שליד מחנה הרבנות)
מנהל אירופה 1

סף

תפ: שהח, מנבל, ממנבל, אירא



בז' 5.6.87
ח" סיון השמ"ז

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
1-8-06-1987
תיק מס' _____

496-7

המס' 1031
הס' 1031

אל : מר א. דברת סמנכ"ל האוצר
מאח: היועץ לעניני כלכלה בז'

זמן 1031

הנדון: עודפי פרעון חובות סיוע

- 1. רצ"ב פרסומים רשמיים בנושא שמיטת חובות ועודפי פרעון של ארצות מהפחתות על חקבולי סיוע.
- 2. פרסום ה-B.M.Z על החלטה ממשלת רפ"ג משנת 1978 על שמיטת חובות בסך 4 מליארד מ.ג. למדינות העניות ביותר.
- 3. הצעה החלטה של ה- ס.פ.ד. מיום 25.11.85 בין היתר הצעה ליצירת קרן מעודפי הפרעון במטבע מקומי בארצות המקבלות סיוע.
- 4. שאילתה גב' וולטר מהירוקים בנושא גם כאן הצעה ליצירת קרן במטבע מקומי.
- 5. תשובת הממשלה על שאילתת הירוקים מיום 6.8.86.
- 6. שאילתת חוזרת של הירוקים בעקבות תשובת הממשלה מיום 19.8.86.

בכל הפרסומים נהונים כללים בלי להתייחס לארצות השונות. נהונים מפורטים חסויים ואמורים להמסר רק בוועדת הסיוע של הכונדסטאג.

אפגש בקרוב עם מר קרייז האחראי להכנון במשרד לש"פ כלכלי ואנסה לדלוח פרטים על הארצות השונות.

מהחומר הגלויי אנו למדים שממשלת רפ"ג מודעה לבעיה, המחרון בכל מקרה אינו גלובלי אלא נהון למו"מ עם כל ארץ בנפרד.

עכ"פ כל הסדר מוצע עמנו חייב להיות נדון בדרג מינסטריאלי.

ראה הצעות השגריר בן-ארי בנדון.

בברכה
א. זמרן

העמק: אירופה 1



1954



1954

משרד המשפטים

משרד המשפטים

Handwritten notes in Hebrew: "לפי" and "אשר"

המשרד הממונה על ידי הממשלה

1. המשרד הממונה על ידי הממשלה
2. המשרד הממונה על ידי הממשלה
3. המשרד הממונה על ידי הממשלה
4. המשרד הממונה על ידי הממשלה
5. המשרד הממונה על ידי הממשלה

משרד המשפטים

Grundsätze für die Umwandlung von Darlehen

der finanziellen Zusammenarbeit an die am wenigsten entwickelten Länder in Zuschüsse

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit teilt mit:

Anlässlich des Beschlusses des Bundeskabinetts über „Grundsätze für die Umwandlung von Darlehen der finanziellen Zusammenarbeit an die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) in Zuschüsse“ teilt der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit:

1. Verzicht auf Kreditrückzahlungen der ärmsten Länder

Das Bundeskabinett hat beschlossen, daß die in früheren Jahren den am wenigsten entwickelten Ländern zugesagten Entwicklungshilfedarlehen für den Rest ihrer Laufzeit nach Prüfung des Einzelfalls in Zuschüsse umgewandelt werden können, wenn das betreffende Land dies beantragt. Diese Länder können damit bis über vier Milliarden DM zusätzlich verfügen, die sonst bis zum Jahre 2028 als Tilgungen und Zinsen gezahlt werden müßten.

Die am 4. Oktober 1978 beschlossene Verfahrensregelung betrifft die Gruppe der 30 sehr armen Länder, wie sie von den Vereinten Nationen festgelegt wurde. Sie werden als „least developed countries (LLDC)“ bezeichnet und leiden unter besonders großen strukturellen Entwicklungsproblemen. So hat dort die Bevölkerung beispielsweise ein Jahreseinkommen von unter 200 Mark, lesen und schreiben können weniger als 20 Prozent der Menschen, der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt liegt unter 10 Prozent. In diesen Ländern leben 12 Prozent der Bevölkerung der Dritten Welt.

Die Regelung wird frühestens zum 31. Dezember 1978 wirksam werden. Sie wird sich auf die an diesem Stichtag und die danach fälligen Tilgungs- und Zinszahlungen erstrecken.

2. Fall-zu-Fall-Regelung

Die bestehenden Darlehen werden nicht pauschal umgewandelt, es wird in jedem Einzelfall sorgfältig geprüft. In den Genuß unserer Aktion können diejenigen am wenigsten entwickelten Länder kommen, die von uns neue Hilfe erhalten.

Die Umwandlung selbst wird nach einem Antrag des jeweiligen Landes in einer Regierungsvereinbarung geregelt. Auf dieser Grundlage werden die schon geschlossenen Darlehensverträge durch Zusatzverträge entsprechend geändert. Die Bestimmungen über die Verwendung der Mittel, über Projektbindung, bestimmte Auflagen und Kontrollen, werden nicht berührt.

3. Grundlagen des Beschlusses

Mit ihrer Entscheidung kommt die Bundesregierung einer EntschlieÙung des Rates der VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 11. März dieses Jahres nach. Diese EntschlieÙung geht davon aus,

daß die meisten Industrieländer im Laufe der Zeit Entwicklungshilfe zu immer günstigeren Bedingungen gegeben haben. Die Bundesregierung hat im Frühjahr 1978 beschlossen, denjenigen LLDC, die von ihr Entwicklungshilfe erhalten, die neue Hilfe – also auch die Mittel der finanziellen Zusammenarbeit – in der Regel als Zuschuß zu geben. Unsere Technische Hilfe geben wir allgemein schon immer unentgeltlich.

Großbritannien, Kanada, Niederlande, Norwegen, Schweden und Schweiz haben bereits ähnliche Maßnahmen beschlossen, die USA bereiten sie vor. Die Bundesregierung verbindet mit ihrer Entscheidung die Erwartung, daß auch die anderen Geberländer, einschließlich der nicht dem Kreis der westlichen Industrieländer angehörenden Geber, mit gleichen oder gleichwertigen Maßnahmen folgen werden.

4. Die Situation der Entwicklungsländer

Die Verschuldungssituation vieler Entwicklungsländer hat sich in den letzten 10 Jahren, insbesondere aber nach der Ölpreiserhöhung 1973, wesentlich verschärft. Eine Erleichterung dieser Situation zählt deshalb zu den wichtigen Verhandlungsgegenständen im Nord-Süd-Dialog. Die UNCTAD-Konferenz im März 1978 hat hier – unter maßgeblicher Beteiligung der Bundesregierung – zu einer Annäherung der Standpunkte von Industrie- und Entwicklungsländern geführt und den Weg für eine sachbezogene pragmatische Lösung geebnet.

Die von der Bundesregierung vorgesehene Erleichterung der Verschuldungssituation wird sich – gemäß den Ergebnissen der Genfer Konferenz – auf die Entwicklungsländer konzentrieren, die sich strukturell in einer besonders ungünstigen wirtschaftlichen Situation befinden. Diese ist charakterisiert durch

- hohe absolute Armut,
- hohe Abhängigkeit von öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen,
- große Abhängigkeit von Importen, die für die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz notwendig sind,
- vergleichsweise starker Belastung durch Schuldendienstleistungen.

5. Finanzierung der Schuldenregelung

Die Entlastung der LLDC von Tilgungs- und Zinszahlungen bedeutet Mindereinnahmen für den Bundeshaushalt. Sie werden 1978 bis rd. 43 Millionen DM und in den darauffolgenden vier Jahren im Schnitt bis zu rd. 80 Millionen DM betragen. Diese Mindereinnahmen finden Berücksichtigung bei der Aufstellung des Einzelplans für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Gleichwohl sind in der Mittelfristigen Finanzplanung auch für die kommenden Jahre überdurchschnittliche Steigerungen im Entwicklungshilfe-Etat vorgesehen.

Die Mindereinnahmen führen nicht zu einer Reduzierung der Ansätze für die betroffenen LLDC. Vielmehr wird nicht nur deren angespannte Verschuldungssituation erleichtert, sondern auch der Nettozufluß an Entwicklungshilfe erhöht. Dies verbessert die heute sehr begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten dieser Länder.

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1986
hier: Einzelplan 23

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit
— Drucksachen 10/3700 Anlage, 10/4168, 10/4180 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Haushaltsausschuß und dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages bis zum 30. April 1986 Lösungsvorschläge zur zukünftigen Verwendung von Tilgungs- und Zinsrückflüssen aus der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) im Rahmen des Einzelplans 23 vorzulegen.

Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, zu prüfen, ob dafür die Bildung eines deutschen Entwicklungsfonds bei der KfW oder die Schaffung nationaler revolvingender Entwicklungsfonds in geeigneten Entwicklungsländern, die aus Rückflüssen der bilateralen FZ gespeist werden und an deren Finanzierung sich die Nehmerländer in angemessenem Umfang beteiligen, eine geeignete Maßnahme sein können. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung aufgefordert, zu prüfen, ob zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht werden müssen.

Bonn, den 25. November 1985

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland als führende Industrienation verpflichtet sie zu größeren Anstrengungen beim Aufbau einer leistungsfähigen und gerechten Weltwirtschaftsordnung. Dieser Aufgabe wird das herkömmliche Instrumentarium der Entwicklungszusammenarbeit am Ende der dritten Entwicklungsdekade immer weniger gerecht, weil erhebliche Rückzahlungen für teilweise fehlgeschlagene Projekte aus der Anfangszeit der Entwicklungszusammenarbeit die nationalen Haushalte der Entwick-

lungsländer belasten und dadurch die notwendigen Handlungsspielräume für wirtschaftliche Reformmaßnahmen einengen. Bereits jetzt werden 45 % der deutschen FZ aus Rückflüssen der Entwicklungsländer finanziert. Dieser Anteil wird zukünftig weiter ansteigen. Die Substanz der deutschen Entwicklungshilfe verliert dadurch zunehmend an Wirksamkeit. Eine umfassende und dauerhafte Lösung dieses Problems ist im wohlverstandenen Eigeninteresse der Bundesrepublik Deutschland und ihrer internationalen Zusammenarbeit unausweichlich.

Durch den Antrag soll erreicht werden, daß die entwicklungspolitische Zweckbindung früher gewährter FZ-Darlehen in vollem Umfang erhalten bleibt, zusätzliche Wachstumsimpulse im beiderseitigen Interesse von Geber- und Nehmerländern ausgelöst werden und die Verschuldenssituation solcher Entwicklungsländer, die Nettozahler geworden sind, spürbar erleichtert wird.

Die zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel – im Rahmen der Fonds-Lösung – sollen insbesondere zur Strukturanpassung und zur Erleichterung wirtschaftlicher Reformen in Entwicklungsländern beitragen.

Der Antrag zielt auf eine gesamtpolitische Initiative aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland, die aus der Verantwortung vor der eigenen Geschichte und den Lehren der Weimarer Republik Entwicklung und Frieden in der Dritten Welt durch einen der deutschen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angemessenen Solidaritätsbeitrag sichern wollen.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Eid, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Rückflüsse aus der bundesdeutschen Entwicklungshilfe

Die Rückflüsse (Zinsen und Tilgungen) aus der bundesdeutschen Kapitalhilfe werden 1986 und in den kommenden Jahren deutlich in die Höhe gehen. Entsprechend deutlich verringern sich die öffentlichen Nettoleistungen an die Entwicklungsländer. Schon heute betragen die Rückflüsse ca. 50 % der gesamten Kapitalhilfe. Nach Bundesbankgewinn und Abführung der Deutschen Bundespost bilden die Rückflüsse den drittgrößten Einnahmeposten des Bundeshaushaltes nach den Steuereinnahmen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch waren die Rückflüsse aus der bundesdeutschen Kapitalhilfe im Zeitraum 1975 bis 1985 (jährliche Zahlenangaben für Zinsen und Tilgungen getrennt), die
 - a) von den Entwicklungsländern an die Kreditanstalt für Wiederaufbau gezahlt wurden,
 - b) von der Kreditanstalt an die Bundeskasse überwiesen wurden?
2. Wie hoch sind die entsprechenden Werte aus Frage 1 für 1986 und 1987 und im Rahmen der mittelfristigen Rahmenplanung angesetzt?
3. Um wie viele Prozentpunkte verringerten bzw. verringern sich die jährlichen Werte für die bundesdeutsche öffentliche Hilfe (ODA) für den in den Fragen 1 und 2 angegebenen Zeitraum aufgrund der Tilgungen aus der Kapitalhilfe?
4. Welche Länder sind schon jetzt bzw. werden künftig zu Nettozahlern in der Kapitalhilfe (d. h. die Rückflüsse sind höher als die FZ-Zusagen), und um welche Beträge handelt es sich jeweils für die Jahre
 - a) 1985,
 - b) 1986,
 - c) 1987,
 - d) 1988?

5. Trifft es zu, daß Bundesminister Dr. Warnke von Bundesminister Dr. Stoltenberg die entwicklungspolitische Wiederverwendung der Rückflüsse gefordert hat? Wenn ja, mit welchem Erfolg?
6. Warum hat die Bundesregierung ihre Zusage an den Haushaltsausschuß und den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages nicht eingehalten, bis Ende Mai einen Bericht zum Problem der Rückflüsse und entsprechende Lösungsvorschläge vorzulegen?
7. Welches Modell favorisiert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Wiederverwendung der Rückflüsse?
8. Welche Entwicklungsländer haben der Bundesregierung Vorschläge für die Wiederverwendung der Rückflüsse gemacht, und wie sehen diese Modelle aus?
9. Wie steht die Bundesregierung zum Modell der GRÜNEN, sämtliche Schulden aus der bundesdeutschen Entwicklungshilfe zu streichen und – in geeigneten Fällen – die Rückflüsse in einheimischer Währung in revolvierende selbsthilfeorientierte Entwicklungsfonds zu leiten, die von Basisorganisationen in den Entwicklungsländern kontrolliert werden?
10. Wann wird die Bundesregierung eigene Lösungsvorschläge für das Problem der Rückflüsse vorlegen, und wie werden diese aussehen?

Bonn, den 23. Juli 1986

Eid

Volmer

Borgman, Hönes und Fraktion

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Eid, Volmer und der Fraktion
DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/5876 —

Rückflüsse aus der bundesdeutschen Entwicklungshilfe

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat mit Schreiben vom 6. August 1986 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Wie hoch waren die Rückflüsse aus der bundesdeutschen Kapitalhilfe im Zeitraum 1975 bis 1985 (jährliche Zahlenangaben für Zinsen und Tilgungen getrennt), die
 - a) von den Entwicklungsländern an die Kreditanstalt für Wiederaufbau gezahlt wurden,
 - b) von der Kreditanstalt an die Bundeskasse überwiesen wurden?

Zu a)

Die Zins- und Tilgungszahlungen auf Darlehen der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern an die Kreditanstalt für Wiederaufbau betragen (in Mio. DM):

Jahr	Zins	Tilgung
1975	396,785	443,713
1976	436,851	474,800
1977	441,072	570,996
1978	410,777	521,430
1979	422,278	615,607
1980	459,451	640,818
1981	435,569	751,901
1982	482,036	597,968
1983	452,561	524,027
1984	517,516	660,908
1985	475,536	659,301

Zu b)

Die Zins- und Tilgungseinnahmen betragen gemäß der jeweiligen Haushaltsjahresrechnung (in Mio. DM):

Jahr	Zins	Tilgung
1975	293,9	26,1
1976	311,9	26,1
1977	350,1	26,2
1978	354,3	26,3
1979	324,0	359,4
1980	336,4	447,9
1981	381,4	503,3
1982	333,4	505,1
1983	387,7	488,6
1984	354,5	441,5
1985	571,7	840,5

Die Differenzen zwischen Einnahmen der KfW und des Bundes beruhen auf der teilweisen Verwendung dieser Mittel für sonstige Verpflichtungen, die mit der Finanzierung der Kapitalhilfe im Zusammenhang stehen (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 23 02 Titel 166 01 und Titel 186 01). Im Jahre 1985 wurden die Abführungstermine der KfW an den Bundeshaushalt verändert, so daß sich eine einmalige Kumulation ergab, die zu Zins- und Tilgungsmehreinnahmen in Höhe von 400 Mio. DM geführt hat.

2. Wie hoch sind die entsprechenden Werte aus Frage 1 für 1986 und 1987 und im Rahmen der mittelfristigen Rahmenplanung angesetzt?

Die Einnahmen von Zinsen aus Darlehen der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit sind im Haushaltsplan 1986 bei Titel 23 02/166 01 mit 477 Mio. DM, im Entwurf des Haushaltsplanes 1987 mit 510 Mio. DM veranschlagt.

Die Einnahmen aus Tilgungen von Darlehen der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit sind im Haushaltsplan 1986 bei Titel 23 02/186 01 mit 701 Mio. DM, im Entwurf des Haushaltsplans 1987 mit 790 Mio. DM veranschlagt.

Den Veranschlagungen im Haushaltsplan lagen folgende Schätzzahlen der KfW für Zahlungen der Entwicklungsländer an sie zugrunde (in Mio. DM):

Zins	Tilgung
1986: 601	1986: 817
1987: 638	1987: 877

Der mittelfristige Finanzplan des Bundes bis 1990 enthält keine Angaben über die Entwicklung einzelner Einnahmen.

3. Um wie viele Prozentpunkte verringerten bzw. verringern sich die jährlichen Werte für die bundesdeutsche öffentliche Hilfe (ODA) für den in den Fragen 1 und 2 angegebenen Zeitraum aufgrund der Tilgungen aus der Kapitalhilfe?

Aufgrund der Tilgungen aus der Kapitalhilfe verringerte sich bzw. verringert sich voraussichtlich der Anteil der deutschen öffentlichen Hilfe (ODA) am Bruttosozialprodukt wie folgt:

- 1975 um 0,05 Prozentpunkte
- 1976 um 0,04 Prozentpunkte
- 1977 um 0,05 Prozentpunkte
- 1978 bis 1987 um jeweils 0,04 Prozentpunkte

4. Welche Länder sind schon jetzt bzw. werden künftig zu Nettozahlern in der Kapitalhilfe (d. h. die Rückflüsse sind höher als die FZ-Zusagen), und um welche Beträge handelt es sich jeweils für die Jahre
 - a) 1985,
 - b) 1986,
 - c) 1987,
 - d) 1988?

Eine vertrauliche Länderliste wird dem zuständigen Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt.

5. Trifft es zu, daß Bundesminister Dr. Warnke von Bundesminister Dr. Stoltenberg die entwicklungspolitische Wiederverwendung der Rückflüsse gefordert hat? Wenn ja, mit welchem Erfolg?
6. Warum hat die Bundesregierung ihre Zusage an den Haushaltsausschuß und den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages nicht eingehalten, bis Ende Mai einen Bericht zum Problem der Rückflüsse und entsprechende Lösungsvorschläge vorzulegen?
7. Welches Modell favorisiert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Wiederverwendung der Rückflüsse?
10. Wann wird die Bundesregierung eigene Lösungsvorschläge für das Problem der Rückflüsse vorlegen, und wie werden diese aussehen?

Die Parlamentarischen Staatssekretäre Dr. Voss und Dr. Köhler haben die zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages am 20. Juni 1986 und am 25. Juni 1986 darüber informiert, daß die Meinungsbildung der Bundesregierung über die Frage der Rückflüsse noch nicht abgeschlossen ist. Sobald dies erfolgt ist, wird sie die Ausschüsse unterrichten. Lösungsvorschläge zu schwierigen Problemen dieser Art müssen in Ruhe ausdiskutiert werden.

8. Welche Entwicklungsländer haben der Bundesregierung Vorschläge für die Wiederverwendung der Rückflüsse gemacht, und wie sehen diese Modelle aus?

Der Bundesregierung liegen keine ausgearbeiteten Vorschläge von Entwicklungsländern für die unmittelbare Verwendung der Rückflüsse vor.

9. Wie steht die Bundesregierung zum Modell der GRÜNEN, sämtliche Schulden aus der bundesdeutschen Entwicklungshilfe zu streichen und – in geeigneten Fällen – die Rückflüsse in einheimischer Währung in revolvingierende selbsthilfeorientierte Entwicklungsfonds zu leiten, die von Basisorganisationen in den Entwicklungsländern kontrolliert werden?

Die Bundesregierung hat aufgrund von Einzelfallprüfungen den ärmsten Entwicklungsländern (LLDC) FZ-Schulden in Höhe von rd. 4,2 Mrd. DM erlassen. Ein genereller Schuldenerlaß wird nicht als sachgerechte Lösung von Schuldendienstproblemen angesehen. Die Bundesregierung lehnt deshalb den Erlaß sämtlicher Schulden aus der deutschen Entwicklungshilfe ab.

Mit der Frage von Fonds zur Förderung von Selbsthilfe befaßt sich eine spezielle Arbeitseinheit im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Eid, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Rückzahlungen der Entwicklungsländer an die Bundesregierung

In ihrer kürzlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN „Rückflüsse aus der bundesdeutschen Entwicklungshilfe“ (Drucksache 10/5912) hat die Bundesregierung Auskunft über die Rückflüsse aus der bundesdeutschen Kapitalhilfe gegeben. Zinsen und Tilgungen müssen die Entwicklungsländer an die Bundesregierung aber nicht nur für die Kredite der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ), sondern auch für empfangene Zahlungen bei anderen entwicklungspolitischen Instrumenten aufbringen. So weist der Jahresbericht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) für 1985 (der Presse vorgestellt am 24. Juli 1986) Rückflüsse für bilaterale Kredite und sonstige Kapitalleistungen – hier sind wohl ausschließlich Tilgungen gemeint – von insgesamt 1,362 Milliarden DM auf (1984 waren es nur 902 Millionen DM). Da die Tilgungen aus der Kapitalhilfe (an die Kreditanstalt für Wiederaufbau) für 1985 nur 659 Millionen DM betragen, entfielen über 700 Millionen DM auf Tilgungen außerhalb der FZ.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch waren bzw. sind die Rückzahlungen der Entwicklungsländer für „bilaterale Kredite und sonstige Kapitalleistungen“ im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe für den Zeitraum 1975 bis 1987 (jährliche Zahlenangaben getrennt für Zinsen und Tilgungen)?
2. Auf welche Instrumente der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit beziehen sich diese Rückflüsse im einzelnen (z. B. Förderung von Niederlassung bundesdeutscher Unternehmen sowie des Technologietransfers, Finanzkredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen der Mischfinanzierung), und wie hoch fielen bzw. fallen die Einzelbeträge für die jeweiligen Instrumente im Zeitraum 1975 bis 1987 aus (jährliche Zahlenangaben getrennt für Zinsen und Tilgungen)?
3. Wie hoch waren bzw. sind die jeweiligen Nettoleistungen der Bundesregierung für die in Frage 2 genannten entwicklungs-

politischen Instrumente im Zeitraum 1975 bis 1987 (jährliche Zahlenangaben der einzelnen Instrumente getrennt mit Angabe der jeweiligen Bruttobeträge)?

Bonn, den 19. August 1986

Eid
Volmer
Borgmann, Hönes und Fraktion

משרד החוץ-מחלקת הקשר

אל: המשרד, נד: 557, מ: בון
דח: ב, סג: ס, חא: 050687, רח: 1200

103.2
זימ
9

סודיגנהול

הציר.

שלך 28

לסעיף 3

חשובתך היתה נכונה. אי ההבנה היתה בלי ספק בצד הגרמני.
ענוג.

חפ: מנכל, ממנכל, בירן, אירא

מושרד-החוץ-מחלקת הקשר

תאריך : 05.06.87

2821

נכנס **

שמור

**
**
**
**

אין 103.1

קודם: 2821/6

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 40, תא: 050687, זח: 1300, דח: ר, טג: ש

נד: פ

שמור/רגיל

דברת ממנכל האוצר

דע אירמה 1

מהירועץ לענייני כלכלה בון

יתרת קרן ה 800. למברקן 548 מ-4/6.

זכורה לי יפה משאלתן מממנכל האוצר הגרמני באשר למקומה
ב 1987 מיתרת ה-800, בעת גישתן עמו.

זו בדיוק הסיבה שבקשתי נתונים על היתרה ל 1.1.87
לאחר קבלתם נחדש בקשתן אצל עמיתן הרמג'י.

זמרן.

==ש

תפ: ממנכל, אירא, מיונרבי, כלכליתב', דברת

UNITED STATES GOVERNMENT
WASHINGTON, D. C. 20540

TO: DIRECTOR, FEDERAL BUREAU OF INVESTIGATION
FROM: SAC, NEW YORK (100-100000)
SUBJECT: [Illegible]

RE: [Illegible]

משרד החוץ-מזלוקת הקשר

אל: בון, נר: 548, מ: המשרד
 דח: מ, סג: ב, תא: 040687, רח: 1600
 נד: וע

לג' א - 1.1.103

בלמס/מיד



אל ומרן בון

מאת דברת משה יא

הנדון יתרת קרן 800

לשלך נר 7

ברצוני להוכיחך, כדי שתוכיח לגרמנים, שבעת פגישתי עם סמנכ"ל
 האוצר
 הגרמני בינואר, דובר שתעשה בדיקה אם אין מקום להעביר אלינו
 בשנת
 1987 סכום מסוים ע"ח היתרה, עוד לפני החשבון הסופי, בשנת 1988

בדוק נא מה המצב

10-1-19

משרד החוץ-מחלקת הקשר

דברת

אס

חפ: מינדובי, כלכליתב', ממנכל, אידא, אוצר, דברת
חח: אוצר דברת

1 ביוני 1987

החוז
ל...
נכנס
1987-06-07
תיק מס'

אל: א. זמרון, בון

הנדון: ש"פ מש"ב עם גרמניה
למכתבך מה-26.5.87

ברצוני לחזור ולציין, שבשיחות בלתי פורמליות, הדגיש פון רוהר במפורש את הצורך להתחשב באינטרסים הערביים, בכל הנוגע לש"פ עם ישראל בכלל ובפרויקטים בארצות שליטות בפרט.

אין לצפות שהגרמנים יצהירו הצהרות כאלה באופן פורמלי, אולם יש להביא בחשבון גורם זה בפעולות ההסברה והרכוץ שאתם מפעילים.

103.9 זר

ב ב ר כ ה
א.א. דברת

ע"כ ר יקן

עתקים:

- השגריר, בון
 - י. מינרבי, משה"ח
 - אירופה 1, משה"ח ✓
 - י. דובק, משה"ח
 - י. פרידן, משה"ח
 - מ. קובי, משה"ח
- 10H.422

AMERICAN ...

... ..

... ..

... ..

304 A-50A



100-1-101





משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
28-05-1987

בון, 25.5.87
כו' אייר תשמ"ז

106-2
103.1

לכבוד
מר אריה זייף
סמנכ"ל לסחר חוץ
משרד החקלאות
הקריה
תל אביב

(7)

הנדון: ביקור שר החקלאות של נורדריינווסטפלן
מר Klaus Mathiesen בארץ.

א.נ.

הנ"ל הוזמן ע"י שר החקלאות לשעבר מר פסח גרופר, כמו כן צורפה להזמנה
השר הזמנה של מפלגת העבודה החומה בידי מר ישראל גה.
ההזמנה הנ"ל הועכרו אליו ע"י מר נח פלוג (קודמי בתפקיד).
אני מעביר לכם את ההתכתבות בין כל הגורמים.
בפגישות שקיימתי כאן בגרמניה הביע השר הגרמני את רצונו לבקר בארץ
בין ה- 1-6.1.1988, במידה וההזמנה עדיין תקפה.
בשיחה שקיימתי עם השגריר כאן מר בן-ארי והציר ד"ר פדון החגבשה דעה
ששוב לחדש את ההזמנה.
אודה לך באם חודיעני החלטתך בנדון.

בברכה

נחום גן (גנץ)
יועץ חקלאי

העחק: מר אברהם שנער מנהל המחלקה לקשרי חוץ, חקלאות
אירופה 1



מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111

מספר 111111
מספר 111111

103.1
111111
111111

מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111



מספר 111111
מספר 111111

מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111

מספר 111111
מספר 111111
מספר 111111

מספר 111111
מספר 111111

DER MINISTER FÜR UMWELT, RAUMORDNUNG UND LANDWIRTSCHAFT
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

DER PERSÖNLICHE REFERENT

Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft · Postfach 30652 · 4000 Düsseldorf 30

An die
Botschaft des Staates Israel
Herrn Botschaftsrat Nahum Gan
Simrockallee 2

5300 Bonn 2

Postanschrift:
Schwannstraße 3, 4000 Düsseldorf 30
Telefon (0211) 45 66 - 0
Durchwahl (0211) 45 66 - 200 & 548
Telex 858 4965 umwd
Telefax (0211) 45 66 - 388

Datum 20. Mai 1987

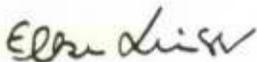
Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Sehr geehrter Herr Gan,

unter Bezugnahme auf das Telefonat in der vergangenen Woche übersende ich wie verabredet Fotokopien des Schriftverkehrs aus den Jahren 1984 und 1985.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie inoffiziell prüfen könnten, ob es möglich wäre, daß Herr Minister Matthiesen seinen wiederholt verschobenen Besuch in Israel in der Zeit vom 1. bis 6. Januar 1988 nachholt.

Mit freundlichen Grüßen



(Elke Lieser)

ISRAEL LABOUR PARTY

INTERNATIONAL DEPARTMENT

110 Hayarkon Str. - P. O. Box 3263
TEL-AVIV 69302, ISRAEL
Tel. (03) 241351 - Telex: 342687 LAPAR IL

February 8, 1984

Mr. Klaus Mathiessen
Minister of Agriculture
Nordrhein-Westfalen
Federal Republic of Germany

Der Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

22. FEB. 1984

des Landes Nordrhein-Westfalen

- Ministerbüro -

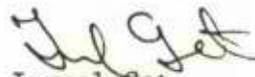
Dear Mr. Mathiessen,

In your capacity of Minister of Agriculture of Nordrhein-Westfalen, I am pleased to invite you to visit Israel as the guest of the Israel Labour Party, at your earliest convenience.

We will of course be glad to plan the programme for your visit in coordination with you.

I look forward to hearing from you soon, in the hope that you will be able to accept our invitation.

Sincerely yours,



Israel Gat
Chairman

International Department



Herrn
Klaus Matthiesen
Minister für Ernährung, Land-
wirtschaft und Forsten
Roßstr. 135

4000 Düsseldorf

RIPR
byan

Der Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
14. FEB. 1984
des Landes Nordrhein-Westfalen
Ministerbüro - 107

Bonn-Bad Godesberg, den 13. Febr. 1984

Sehr geehrter Herr Minister,

der Landwirtschaftsminister meines Landes, Herr P. Grupper, hat mich - da Sie beabsichtigen, im April dieses Jahres nach Israel zu reisen - gebeten, Ihnen eine Einladung zu übermitteln. Herr Grupper würde sich freuen, Sie als sein Gast begrüßen zu können und mit Ihnen Fachrelevantes zu besichtigen und zu erörtern.

Bitte, lassen Sie mich wissen, ob Sie die Einladung des Ministers annehmen können. Ich bin gerne bereit, Ihren Wünschen entsprechend ein Besuchsprogramm für Sie abzustimmen.

1) Antwort in. Daten
2) Jor. Arbeitspartei
Gewährt Einladung ist

Mit freundlichen Grüßen

N. Flug
N. Flug
Botschaftsrat

Entwurf

Geschrieben am 1. 5. 84/18/2
Verglichen am
Abgesandt am 1. 5. 84/18/2

1. März 1984

Israel Labour Party
International Department
z.Hd. Herrn Israel Gat
110 Hayarkon

TEL-AVIV 69 302

Sehr geehrter Herr Gat!

Für Ihr freundliches Angebot im Schreiben vom 8. Februar 1984, im April dieses Jahres als Gast der israelischen Arbeiterpartei Israel zu besuchen, danke ich Ihnen ganz herzlich.

Ich bedauere Ihnen mitteilen zu müssen, daß mir eine Reise aufgrund unvorhersehbarer parlamentarischer Verpflichtungen zu dieser Zeit nicht möglich sein wird.

Ich würde mich sehr freuen, wenn ich Israel im Herbst 85 besuchen könnte und dabei auf Ihr freundliches Angebot zurückkommen dürfte.

Mit der Bitte um Verständnis verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen


(Klaus Matthiesen)

Entwurf

Verglichen am

Abgesandt am

11.3.1984

März 1984

An die
Botschaft des Staates
Israel
z.Hd. Herrn Botschaftsrat
N. Flug
Simrockallee 2
5300 Bonn 2

Sehr geehrter Herr Flug!

Für Ihr Schreiben vom 13. Februar danke ich Ihnen
ganz herzlich.

Ich wäre gern als Gast Ihres Herrn Landwirtschaftsministers
im April dieses Jahres nach Israel gekommen.

Aufgrund unvorhergesehener parlamentarischer Verpflichtungen
ist mir die Reise in diesem Zeitraum jedoch nicht möglich.

Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie einen
neuen Termin im Herbst 85 vorsehen könnten.

Mit der Bitte um Verständnis verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Ihr



(Klaus Matthiesen)

DER PERSÖNLICHE REFERENT

An die
Botschaft des Staates Israel
z.Hd. Herrn Botschafterat N. Flug
Simrockallee 2

5300 Bonn 2

11. Juni 1985

Sehr geehrter Herr Flug,

anliegend übersende ich Ihnen den Lebenslauf von Herrn Minister Matthiesen und einen Zahlenspiegel, der Aufschluß über die nordrhein-westfälische Landwirtschaft gibt. Falls Sie darüberhinaus weitere Informationen benötigen, bitte ich um kurzen Hinweis.

Herr Minister Matthiesen läßt Sie und Herrn Lidar-Lipschitz herzlich grüßen. Er freut sich auf seinem Besuch in Ihrem Staat.

Mit freundlichen Grüßen

(Düwel)

Entwurf

Geschrieben am	14/8.85	re 1/2
Verglichen am		
Abgesandt am	15/8.85	11

An die
Israel Labour Party
International Department
z. Hd. Herrn Israel Gat
110 Hayarkon
P.O. Box 3263

TEL-AVIV 69 302

) Sehr geehrter Herr Gat,

nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wurde im Juni dieses Jahres die Landesregierung umorganisiert. Durch diese Umorganisation sind eine Reihe neuer Aufgaben auf mich zugekommen, in deren Folge auch mein Ministerium wesentlich vergrößert wurde.

Die neuen Aufgaben und das neue Haus machen es mir jetzt im Anfangsstadium leider nicht möglich, im Oktober dieses Jahres die Reise nach Israel anzutreten. Ich bitte hierfür um Ihr Verständnis und hoffe, daß sich mein Besuch in Israel im kommenden Jahr realisieren läßt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



(Klaus Matthiesen)

Entwurf

Geschrieben am	14/8.85	Bzd. d.
Verf. am		
Abg. am	15/8.85	11

An die
Botschaft des Staates Israel
z. Hd. Herrn Botschaftsrat Noach Flug
Simrockallee 2

5300 Bonn 2

Sehr geehrter Herr Flug,

durch die Umorganisation der Landesregierung Nordrhein-Westfalen im Juni dieses Jahres sind eine Reihe neuer Aufgaben, wie die Landesplanung und der Immissionsschutz, zusätzlich auf mich zugekommen.

Die neuen Aufgaben und ein Haus, das sich erst noch zusammenfinden muß, bringen gerade jetzt für das Anfangsstadium auch terminliche Verpflichtungen mit sich, mit denen in ihrer Fülle bisher nicht zu rechnen war.

Ich bedaure es daher außerordentlich, daß ich die für den 7. bis 13. Oktober 1985 geplante Reise nach Israel, auf die ich mich schon sehr gefreut hätte, nun doch nicht antreten kann. Ich bitte hierfür um Ihr Verständnis.

In der Hoffnung, im kommenden Jahr, wenn sich die Arbeit des neuen Hauses eingespielt hat, auf Ihre freundliche Einladung zurückkommen zu dürfen, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

(Klaus Mathiesen)

Uv. 15. 12.
15/8.

FcdA

12/8

משרד החוץ-מחלקת הקשר

ש"מ

4873

** י"א

**

**

**

~~106-2-11~~

אל: בון, נר: 838, מ: המשרד
דח: ר, א: 240587, רח: 1600

103.1
זכר

שמור/רגיל

5

פדון

ביקור פון רוהר

שלך נר 154 מ-19.5.87

הנני משתומם לקריאה שמדרכי 55 נשלח בגלוי. נפלה טעות חמורה.
הנובעת ונדאי מהסח הדעת בעת ההדפסה

מנהל משרד

אס

משרד החוץ, תל אביב 10764

100-5-12

משרד החוץ-מחלקת הקשר

90 : מסב, ח'דא

147 330042 05 05 000000 000000

מדינת ישראל
STATE OF ISRAEL

י. מ. ת. א. ג.

Ministry of Finance
Deputy Director General, International Affairs
Jerusalem

משרד האוצר
סמנכ"ל לקשרים בינלאומיים
ירושלים

סודי - 105.1 זמ

22 במאי 1987

אל: מר י. ענוג, מ/למנכ"ל, משה"ח

הנדון: פעולה ליצירת קרן שקלית מעודפי התשלומים
על התקבלים בגין הלואות הסיוע הגרמני

בהמשך לשיחתנו הטלפונית, אני מעביר אליך התזכיר המצורף. כידוע לך, הועלה
הנושא ע"י נשיא המדינה, בשיחתו עם השר לש"פ כלכלי קליין, ועם גורמים אחרים,
בעת בקור הנשיא בגרמניה.

בהתייעצויות שנתקיימו לאחרונה, סמכו הנשיא ושר האוצר ידיהם, עקרונית, על הצעת
הפעולה כפי שהיא מיוצגת בתזכיר.

אבוא עמך בדברים, כדי לתאם המשך הפעולה.

מצורף העתק של תזכיר שלנו בנדון.

ב ב ר כ ה
א. דברת

העתקים:
לשכת הנשיא
שר האוצר
י. ביילין, מנכ"ל מדיני, משה"ח
ד"ר מינרבי, סמנכ"ל, משה"ח
השגריר, בון
20H.410

209-1001

THE UNIVERSITY OF MICHIGAN LIBRARY
ANN ARBOR, MICHIGAN

THIS BOOK IS LOANED TO YOU BY THE UNIVERSITY OF MICHIGAN LIBRARY
ANN ARBOR, MICHIGAN

PLEASE RETURN THIS BOOK TO THE UNIVERSITY OF MICHIGAN LIBRARY
ANN ARBOR, MICHIGAN

DATE DUE

UNIVERSITY OF MICHIGAN LIBRARY

UNIVERSITY OF MICHIGAN LIBRARY
ANN ARBOR, MICHIGAN

21 במאי 1987

הצעה ליצירת קרן שקלית מעודפי התשלומים על התקבולים
בגין הלואות הסיוע הגרמני (גרסה מתוקנת)

1. הסיוע הגרמני ויתן בצורת מלווה, בסך של 140 מליון מרק לשהה, לתקופה של 20 שנה, 5 שנות המתנה לפועול הקרן וברבית של 4.5 אחוזים לשהה. הסיוע ויתן כממון חוזר לממשלת ישראל, בגין ממון מתקציב המדינה של פרויקטים של פתוח. בשנים האחרונות, היו רוב הפרויקטים (כ-100 מליון מרק) הלואות פתוח התעשייה, שהתגו ע"י הבנקים לפתוח לתעשייה. סכומים קטנים יותר ויתגו לממון השקעות של חברות החשמל ולממון באית בתי ספר. לשנת 1987 ובחוד האפשרות לכלול במסגרת זו את פרויקט הביוב המבוצע ע"י מקורות, ואת באית וכבת הפחם מגמל אשדוד לתחנות החשמל "ווטובוג".
 2. בשנים האחרונות, עולה סכום שרות החוב (קרן ורבית), במידה ויכות, על סכום התקבולים בגין הסיוע. בשנת 1986 הגיע סך שרות החוב ל-234 מליון מרק. מסתבר, שנחשבון קופתי, מזוימה ישראל כספים למאזן התשלומים ולתקציב הממשלה של גרמניה, בגין הסיוע.
 3. תשלומי קרן בלבד הסתכמו באותה שנה ב-152 מליון מרק. ב-1987 ישולמו סכומים דומים. סך שרות החוב יגיע לשיאו בשנת 1998, בה הוא יסתכם ב-279 מליון מרק, מזה 189 מליון מרק ע"ח הקרן. (זאת בהנחה שגמשיך לקבל בשנים הבאות סיוע בסכום שהתי של 140 מליון מרק, בתנאים האוכחיים).
 4. לפי האייל, יגיעו עודף התשלומים על התקבולים בעשור הבא ל-100 עד 140 מליון מרק לשהה. עודף תשלומי הקרן בלבד יהיה בין 12 ל-48 מליון מרק לשהה.
 4. להלן הצעתנו:
- אנו איזום פגיה לממשלת גרמניה, להסכים לכך שיתות שרות החוב השנתית שמעל לתקבולי הסיוע תשולם ע"י ישראל בשקלים, שיופקדו בקרן שקלית. כספי הקרן ישמשו, לממון מטוות כלכליות וחברתיות, שיוסכם עליהן בין שתי המדינות.
- דאוי לציין, שמתשללת גרמניה ערה לבעית וטל פועון הלואות הסיוע שהיא מעדיקה. ממשלת גרמניה כבו הסכימה לוותר על פועון החוב של המדינות הפחות מפותחות. היא מחפשת, כארואה פתרון לבעית וטל הפועון הובץ על מספר מדינות מתועשות למחצה.
- יתו על כן, הקוצלו הגרמני אמו בעת ואום בנוודסטאג: "את החזוי התשלומים מהסיוע הפיאזסי אוצה להפעיל, כדי לממון בשלבים פעולות חדשות". הדברים התיחסו כארואה למדינות מתפתחות. מסתבר, שהאושא מעוגן בחשיבה הפוליטית של גרמניה.

THE HISTORY OF THE UNITED STATES

The first part of the book deals with the early history of the United States, from the time of the first European settlers to the beginning of the American Revolution.

The second part of the book deals with the American Revolution, from the outbreak of the war in 1775 to the signing of the Constitution in 1787.

The third part of the book deals with the early years of the United States, from the signing of the Constitution to the beginning of the Civil War.

The fourth part of the book deals with the Civil War, from the outbreak of the war in 1861 to the end of the war in 1865.

The fifth part of the book deals with the Reconstruction period, from the end of the Civil War to the beginning of the Reconstruction era.

The sixth part of the book deals with the Reconstruction era, from the beginning of the Reconstruction era to the end of the Reconstruction era.

The seventh part of the book deals with the Gilded Age, from the end of the Reconstruction era to the beginning of the Gilded Age.

The eighth part of the book deals with the Progressive Era, from the beginning of the Progressive Era to the end of the Progressive Era.

The ninth part of the book deals with the World War I period, from the beginning of World War I to the end of World War I.

The tenth part of the book deals with the interwar period, from the end of World War I to the beginning of the interwar period.

הגשיא הוצג העלה את הוושא בפגישה שהיתה לו עם השר לשתוף פעולה קליין. השר אף שהוא חדש במשרדו, היה מודע לוושא, וציין שיש לחפש פתרון לבעיה, בשתוף עם משרד האוצר הגרמני. באותה ישיבה אף הוצעה הקמת קרן כו"ל. השר קליין הציע בדיקה משותפת של הוושא.

5. הצעתו, בתאום עם השגריר בן אוי הוא כדלהלן:

- שגרירנו בבון יעביר לשר קליין הזמנה לבקר בישראל, כדי לדון על ההיבטים השונים של שייפ כלכלי והמדעי עם ישראל, כולל הוושא הגדול. זאת לאחר פעולות הכנה בגרמניה.

- במקרה שקליין לא יוכל להגיע בקרוב לישראל, יועלה הוושא בדוג של פקידים בגרמניה.

6. להלן הצעותיו הראשוניות, לוושאים אותם יש לבחון באשר לאפשרות ממוס מכספי הקרן השקלית המוצעת:

- הבטחת המשך תשלומי תגמולים לזכי ודיפות הוואצים. (האוצר הישראלי משלם כיום כ-80 מליון מרק לשה לזכים אלה). יש לחתון להקדשת חלק גדול, ככל הניתן של כספי הקרן למטרה זו. בצוע סעיף זה יחייב פעולה מכינה עם משרד האוצר הגרמני.

- פרויקטים גדולים של פתוח כלכלי ושל קדום חברתי, תוך תשומת לב מיוחדת לפרויקטים המיועדים לקדום של ערבי ישראל בשטחי החוץ, הבריאות וכו'.

- הגדלת השתתפות הגרמנים בקרן המשותפת למחקר ולפתוח. וצוי להעמיד לרשות הקרן סכומים נוספים, כך שתוכל להחייב פעילותה לתחום שייפ במויפ תעשיתי, בין מפעלי תעשייה ישראלים וגרמנים, בנוסף לשייפ בתחום המחקר המדעי, בו עוסקת הקרן בשלב זה. ההתחייבות הווכחית של הגרמנים היא ל-75 מליון מרק תוך 3 שנים. בתנאים מסוימים ניתן להסכים, שחלק או אף כל יתרת ההתחייבות של הגרמנים לקרן המחקר (50 מליון מרק) תמומן מכספי הקרן השקלית המוצעת.

- ממון השתתפות הגרמנים בפעולות משייב בארץ ובארצות שלישיות.

- קדום פרויקטים משותפים לישראל ולארצות ערביות שכונות (בדומה לסעיף בתקציב הסיוע האמריקאי).

103.1.-N 76

חוזם: 5,11879

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 179, תא: 200587, זח: 1800, דח: ד, סג: ס

נד: @

סודי/דחוף

אפרים דברת-סמנכל האוצר

דע מנהל אירופה 1

מהשגריר-בון

ארוחת צהריים עם השר קליין.

1. נפגשנו ביוזמתו, ושוחחנו על פעילות המשב, המצב במזהה, סיכויי השלום, הויכוח המתנהל ברפג על פירוק הנשק, תוצאות הבחירות האזוריות ותכניותיו לעתיד.

2. ספרתי לו על העול המוטל על האוצר שלנו כתוצאה מהתחייבויות החלות עלינו לשלם רנטות לקרבנות הנאצים שלא יכלו להגיש תביעות לפרג והתחזית לשנים הבאות. לא התייחסתי להסכמים הקודמים. הגרמנים טרם השלימו את הבירורים בקשר להחזרי מלוות ואין עדיין מחשבות מגובשות, קליין מקווה לפגוש את שר האוצר בשבועות הקרובים ולעמוד על דעתו, בזהירות רבה-כדי לא לקבל סירוב מתיב לעתיד שאלתיו אם למשל ניתן לנצל קרן במטבע מקומי לתשלומים לנרדפי הנאצים, קליין מעריך שכל תשלום שיוכל להתפרש כביצוע או תחליף או סיוע לתקציב ממשלתי שוטף- פסול מעיקרו ולא יתקבל על דעת שר האוצר הגרמני.

3. השר בהחלט מעוניין לבקר בישראל כדי לדון עמכם בשאלה זו וגם להפגש ולהתרשם מאפשרויות משב'. מכיוון שלפניו נסיעות שנקבעו מזמן והקנצלר ביקשו להצטרף אליו לסין

משרד החוץ-מחלקת הקשר

ולנסיעות אחרות, והוא עצמו יבקר בספטמבר כנראה בירדן ובמרוקו- ויכל הביקור להתקיים החל מהסתיו. סכמנו שנחזור לנושא לאחר שיציע לי מועד או מועדים אפשריים, לא מצאתי אצלו התלהבות שאחד מסגניו או עוזריו יצא בינתיים לשיחות הכנה.

4. נמשיך להיות במגע עם משרדו ונחזור לנושא לאחר קבלת הנחיות מכס.

תפ: שהח, מנכל, ממנכל, מינרבי, כלכליתב', אירא, אירב, דברת, אוצר

1947
1948
1949

1950
1951
1952

1953
1954
1955

1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025

2026
2027
2028
2029
2030

2031
2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040

2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050

2051
2052
2053
2054
2055
2056
2057
2058
2059
2060

2061
2062
2063
2064
2065
2066
2067
2068
2069
2070

2071
2072
2073
2074
2075
2076
2077
2078
2079
2080

2081
2082
2083
2084
2085
2086
2087
2088
2089
2090

2091
2092
2093
2094
2095
2096
2097
2098
2099
2100

2101
2102
2103
2104
2105
2106
2107
2108
2109
2110

2111
2112
2113
2114
2115
2116
2117
2118
2119
2120

2121
2122
2123
2124
2125
2126
2127
2128
2129
2130

2131
2132
2133
2134
2135
2136
2137
2138
2139
2140

2141
2142
2143
2144
2145
2146
2147
2148
2149
2150

2151
2152
2153
2154
2155
2156
2157
2158
2159
2160

2161
2162
2163
2164
2165
2166
2167
2168
2169
2170

2171
2172
2173
2174
2175
2176
2177
2178
2179
2180

2181
2182
2183
2184
2185
2186
2187
2188
2189
2190

2191
2192
2193
2194
2195
2196
2197
2198
2199
2200

2201
2202
2203
2204
2205
2206
2207
2208
2209
2210

2211
2212
2213
2214
2215
2216
2217
2218
2219
2220

2221
2222
2223
2224
2225
2226
2227
2228
2229
2230

משרד החוץ-מחלקת הקשר

4162

יוצא

בלמים

~~106.2.1~~

אל: בון, נר: 255, מ: המשרד
דח: ר, סג: ב, תא: 190587, רח: 1530

תקן יחיד

103.1
ארה



גלוי/רגיל

דע: אירופה

BIKOR VON ROHR

א. הנ"ל נפגש עמי פעמיים במסגרת ביקורו האחרון בארץ
ב. כל הצעותינו להביא להגברת שיפ ניננו מעבר לקיים נתקלו
בסרוב אדיב אך תקיף בשתמצית דבריו היא שגרמניה לא רואה שום
חחס שבו לישראל יחודיות ושגרמניה מכסה כל התחומים בעצמה
של הצד הטוב ביותר. שיפ המחקרי נבע מרצונו של של התכנון
הקודם לבוא לקראת ישראל. אין כל אפשרות לקבוע מסגרת
שנתית להענקת מלגות גרמניות לקורסים בישראל או להקים
קרן משותפת למטרה זו. אחוז דין לגבי פרויקטים כארצות
שלישיות. גרמניה לא מעוניינת בהחלפת מומחים גרמניים
במומחים ישראלים. המקסימום שניתן לעשות להרחבת שיפ
ביננו הוא המשך הסדר הקיים להענקת מלגות גרמניות
באמצעות השגרירות שלהם והקצבה לכל מדינה ונדיקה מאור
זהירה של אפשרות פטולה משותפת בזאיר בפרוייקט ה אאומא
ובמלאווי בפרוייקט הפיתוח החקלאי. בנוסף לגישה
'הפתוח' של גרמניה והמגבלות הנובעות מכך לשיפ עם ישראל גם
מגבלות 'מדיניות'.

ג. מצידנו, הבהרנו לבנ-שיחנו כי אנו מצפים מגרמניה
'להגמיש' במקצת את עמדתה ולבוא לקראת ישראל כדי לאפשר לה
הגברת פעולתה המשיבית בעולם השלישי. דבר שיביא לחיזוק
מעמדה המדיני. לצורך זה היינו רוצים בהקמת קרן משותפת
להענקת מלגות בגובה של מיליון דולר לשנה וקרן שניה של 2-3
מיליון דולר לשנה לביצוע פרויקטים. בשני המקרים יכולה
מבחינתנו גרמניה להיות ACTIVE OR SLEEPING PARTNER
שיקוליה המדיניים. אנו רואים בעצם ישיבתו עמנו אות לרצון
גרמניה לסייע לנו ואנו מקווים שהדבר לא יצמצם בקרן המחקר.

ד. וון רוד אישר שאכן גרמניה מעוניינת לטוור לישראל בתחום

14764 339043 14764

10-1-10

משרד החוץ-מחלקת הקשר

המשיבי ושעצם בואו אלינו מעיד על כך. בינה הצגת הדברים ענ
ידינו גישה שונה לעומת העבר. הבטיח להעלות את הנושא ל
השר ולהודיענו תוך מספר שבועות אם אכן יש סיכום לשינוי
בעמדת גרמניה כפי שהציג אותה בפנינו.

ה. בניגוד ל-SCHURIG שגילה בישיבת הוועדה המשותפת
האחרונה עניין רב בהגברת שיפ בין ישראל לגרמניה בתחום
המשיבי גילה וון דור יחס נוקשה בעטיפה של דברי נועם
ולמעשה סגר כל אפשרות לחרוג מהמסגרת הקיימת.
ו. לדעתי, מבלי 'אוד ירוקי מהדוג המדיני לא תהיה כל
התקדמות. גם בעבר הדוג המדיני הוא אשר הוביל הדוג
הפקידותי לשיחוף פעולה עם ישראל בתחום המשיבי כפי
שהתבטא בהקמת קרו המחקר.
נתאם עם אירופה 2 את הצעדים הבאים ונשמח לקבל
הצעותיכם לפעולה.

ז. לידיעתכם אנו תולים תקוות רבות בגיוס בסף גרמני
להרחבת פעולתנו המשיבית ואין מנוס מלנסות שוב ושוב על
'שנביקע החומה'.

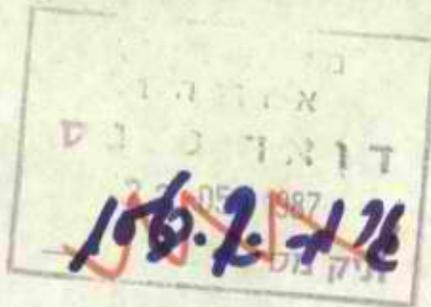
מנהל משיב

חפ: שהח, מנככ, ממנככ, אירא, מינרבי, משב

14764 33800 רול 82123



18 במאי 1987



103.1
א"ח

א"ח 11-3
א"ח 11-3
245

אל: מ. בן ארי, שגריר, בון

הסדון: פון רוהר - דעה קדומה פרו ערבית במשרד לשייפ

בשיחות שהיו לנו עם פון רוהר ומשיחותיו עם אנשי משייב ומשרד החקלאות, נתקבל הרושם, שיש לו (וכסראה, גם למשרדו) נטיה פרו ערבית מובהקת. כן הסתמנה בדבריו דעה קדומה (לדעתי בלתי מבוססת), כאילו ששייפ הכלכלי של גרמניה עם ישראל בארצות שלישיות יערער את קשריה הטובים של גרמניה עם הארצות הערביות.

הדבר מצא את בטויו, בין היתר, בתבטאויותיו של פון רוהר בנושאים הבאים:

- אין המשרד לשייפ מוכן להכנס לפרויקטים משותפים בארצות שלישיות, כי הדבר עלול לפגוע באינטרסים של גרמניה בארצות ערב.
- יש לשהל את שיתוף הפעולה עם ישראל בסתר, מפני עיסא בישה.
- פון רוהר מאשים במדידות, את ישראל ביחס מפלה כלפי הערבים בשטחים, ובעיקר בכך שאין מאפשרים יצוא ישיר של תוצרת חקלאית מהשטחים.
- פון רוהר גם טוען, שגרמניה מוכנה לפעול בשיתוף עם ישראל בארצות שלישיות, רק באותם נושאים בהם אין גרמניה פעילה ישירות.
- אף שאני מניח שאתה מודע לנושא, חשבתי לשכון להביא לידיעתך את התרשמותי.

אנו פועלים לאסוף מידע מבוסס על המותר ועל האסור בתחום היצוא מהשטחים, ומרכזים התוצרים למדיניות הגנתית, שבודאי קיימת. אנו מיחסים חשיבות לשיטוי התדמית שלנו בעיני איש כפון רוהר. שגם אם אינו יכול להחליט החלטות עקרוניות, הוא בודאי יכול לקלקל ולטפטף רעל. זאת, על אף העובדה, שיחסי האישים עם פון רוהר הם למעלה מטובים.

ב ב ר כ ה
א. זברת

העתקים:
א. דובק, משייב, משהייח
מחי אירופה ✓
א. זמרן, בון
ו. סטרומינסקי, משהייח
10H-401

1001
24

1001-1002

1001-1002

1001-1002

1001-1002

1001-1002

1001-1002

1001-1002

1001-1002

1001-1002

1001-1002

1001-1002

1001-1002

1001-1002

AMBASSADE D'ISRAEL



שגרירות ישראל

בוון, יט' באייר, התשמ"ז
18 במאי, 1987

22-05-1987

סודי

103.1

58

דף מס'	1	מהוך	1	דפים
העתק מס'	3	מהוך	8	העתקים

103-9

אל : מר י. ענוג, המשנה למנכ"ל

מאת: השגריר, בוון

(1)

הנדון: ביקור האפיפיור
לשלך 789 מ-8 במאי.

הייתי אומר שלא יתודיה אשר התנצרה - קדושה, אלא
ששה מיליון קורבנות שנרצחו על-ידי הנאצים - קדושים.

ואני אומר לבני שיחה קתולים שלא די לזכור את העבר,
החיה הכוונה גם טובה, אלא על הוטיקן להכיר במדינת
ישראל ולקיים עמה יחסים מלאים.

ב ב ח ה,

יצחק בן-ארי

העתק: השגריר, רומא
1 אירופה
כנסיות



TO: DIRECTOR, FBI (100-388610) FROM: AMEMBASSY TEL AVIV (100-100000) 100-100000

100-100000
" P-201

RE: [Illegible]

(A)

CLASSIFICATION: UNCLASSIFIED

[Illegible text]

[Illegible text]

100-100000

[Handwritten signature]

AMEMBASSY TEL AVIV
[Illegible]

מושרד החוץ-מחלקת הקשר

9561

תאריך : 17.05.87

** נכנס

שמו

**

**

**

א.נ. 103

חוזם: 5,9561

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 124, תא: 150587, זח: 1500, דח: מ, סג: ש

נד: 8

שמו/מידי

אל: סמנכ'ל דברת, האוצר

דע: אירופה 1

מאת: השגריר - בון/בן-ארי

הסיוע. שלך 698

ביום ב', 18 במאי 1987.

בן-ארי

===שך

תפ: דברת, אוצר, מנכל, ממנכל, אירא, מינרבי, כלכליחב'

UNITED STATES OF AMERICA
DEPARTMENT OF THE INTERIOR
BUREAU OF LAND MANAGEMENT
WASHINGTON, D. C.

UNITED STATES OF AMERICA
DEPARTMENT OF THE INTERIOR
BUREAU OF LAND MANAGEMENT
WASHINGTON, D. C.

UNITED STATES OF AMERICA
DEPARTMENT OF THE INTERIOR
BUREAU OF LAND MANAGEMENT
WASHINGTON, D. C.

UNITED STATES OF AMERICA

UNITED STATES OF AMERICA

UNITED STATES OF AMERICA

UNITED STATES OF AMERICA

UNITED STATES OF AMERICA
DEPARTMENT OF THE INTERIOR
BUREAU OF LAND MANAGEMENT
WASHINGTON, D. C.

נכנס **

שמור

**
**
**

108.1-1

חוזם: 5,6638

אל: המשרד

מ-: אביב, נר: 85, תא: 120587, זח: 1308, זח: ר, סג: ש

נד: 2

(9)

אל= נחום גן ממישראל - בון -- רגיל
 זע= זיף ממחלקאות, אירופה 1 -- רגיל
 מאת: חקלאות/שנער
 שמור -- 152

הזמנת טגן שר החקלאות הגרמני ג'רג' גאלוס . מכתבן
 מה-5.5.87.

מאשרים עקרונית הזמנתו לביקור בישראל כאשר משרדנו
 יבטה את כל הוצאות האירוח כאן.
 ממליצים שהביקור יערך עם החילת עונת הייצוא החקלאי
 בסתיו הקרוב (נובמבר - דצמבר).
 אם מעדיף לבוא בקיץ נוכל להראות לו דק השקייה, בקר
 לחלב, כותנה, עצי פרי בשירים למחקר חקלאי.
 אנא הציעו בשמו תאריך ביקור משוער והודיענו באם הנכם
 ממליצים שמכתב ההזמנה הרשמי יהיה בחתימת שר החקלאות
 או ע"י השגריר בשם שר החקלאות.

תפ: מנכל, ממנכל, מינרבי, נלנליתב', אירא, אביטל, מאור

ש

10/10/50

10/10/50

10/10/50

10/10/50

10/10/50

10/10/50

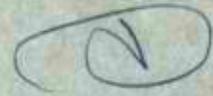
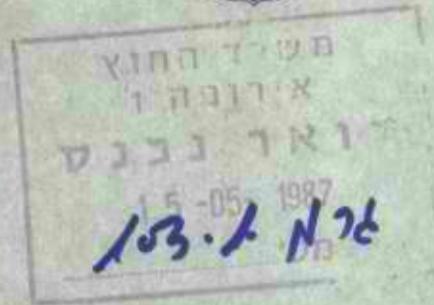
10/10/50



בון, יג' באייר, התשמ"ז
12 במאי, 1987

ס ו ד י

57



דף מס' 1 מתוך 1 דפים
העתק מס' 1 מתוך 7 העתקים

אל : מנהל אירופה 1
מאת: השגריר, בון

הנדון: החזר חובות לרפ"ג, חילופי נוער
למכתבך 730 מ-27 באפריל 1987.

א. הדברים שהוצגו לא לגמרי נכונים.

1. לפי חישובי משרד האוצר שלנו החזרנו ב-1986 - 94 מיליון מר"ג יותר מאשר קבלנו, אם כי שנת 1986 היתה שנה קשה במיוחד לאור מועדי ההחזרים השונים (כמה הלוואות נותנות תקופה חופשית של שלוש שנים ואחרות של חמש שנים). לפי חישובי הגרמנים נצטרך להחזיר השנה 64 מיליון מר"ג החזר חוב וריבית מעל ל-140 מיליון שנקבל.

2. התיחסתי לבעיה, פעם נוספת, במברקי 183 מ-29 באפריל, למשרד האוצר עם העתק לנוגעים בדבר במשרד. טרם קבלתי אישור להצעת.

ב. המדובר בחוק נרדפי הנאצים ולא קרן הנכים. הנושא סודי ביותר ואני ממליץ לנהוג בהחאם לכך. סודי, גם ביחס לעבר ולסכומים שקיבלה ישראל - ואין להתיחס לכך.

1. לאור אי-נכונותו של הנשיא, ולפניו רוח"ם, להזכיר את הנושא - הסירוב שנמסר לשר האוצר שלנו - קלושים הסיכויים להשיג ויתור גרמני בנדון.
2. הצעתי הנוכחית, כפי שצינתי במברקי 183.

ג. JUGENDWERK. קודמי ניסה להקים מפעל דומה לזה הקיים בין רפ"ג לבין צרפת, אך לא היו לכך תוצאות. חילופי הנוער בין ישראל ובין רפ"ג מתנהלים כשורה. לא היה מקרה שלא נמצא פתרון, גם בתקופת חסכון וצמצום תקציבים. לי אישית יש ספקות בצורך של מיסוד במפעל זה, כי זה משרת את האינטרסים של רפ"ג. במוסד מפעל נוער יכלו לדאוג לביקורים של בני נוער ישראלים רבים לביקור ברפ"ג ואנו מעוניינים בביקור גרמנים בישראל. אחרי הכל לא מתפקידנו להציג את גרמניה החדשה ולפעול למען הסכרתה של רפ"ג. מתוך שיקול ישראל קר לא פעלתי עד היום הזה למען המפעל. אם אתם חושבים אחרת אבצע ההנחיות.

ב ב ר כ ה,

יצחק בן-ארי

העתק: מר י. ענוג, המשנה למנכ"ל
מר ש. לשם-שטיין, לשכת המנכ"ל



№ 100

1987 г. 12.12



УРАЛ
1987 г. 12.12

1987 г. 12.12

1987 г. 12.12

1. 1987 г. 12.12

1. 1987 г. 12.12

2. 1987 г. 12.12

3. 1987 г. 12.12

4. 1987 г. 12.12

5. 1987 г. 12.12

6. 1987 г. 12.12

7. 1987 г. 12.12

8. 1987 г. 12.12

9. 1987 г. 12.12

1987 г. 12.12

1987 г. 12.12

6513

תאריך : 13.05.87 **מס' דוח-מחלקת הקשר**

נכנס

טודי

**
**
**
**

103.1.87

חוזם: 5,6513

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 90, תא: 120587, זח: 1700, דח: מ, טג: ט

נד: 6

טודי/מידוי

אל : סמנכ"ל דברת, משרד האוצר

דע : המשנה למנכ"ל, סמנכ"ל מינרבי, אירופה 1

מאת: השגריר, בון

הסיוע הגרמני

החש נא התיחסות למברקי 183 מ-29 באפריל בנוסף להערת קליין בעת הפגישה עם נשיא המדינה שהוא רוצה להפגש עמי, מנה אלו כבר פעמיים כי ברצונו להתייעץ. אינני יכול להשתמש יותר וקבעתי עמו ארוחת צהריים.

בן - ארי

===מ/ש

תפ: דברת, אוצר, ממנכל, מינרבי, כלכליתב, אירא, אירב

304-1-001

PROCEEDINGS
OF THE
COMMISSIONERS OF THE LAND OFFICE
IN THE MATTER OF THE
APPLICANTS

APPLICANTS

IN THE MATTER OF THE APPLICANTS

בכנס

בלמס

103.1.18

חוזם: 5,4650

אל: המשרד

מ-: בון, כד: 55, תא: 080587, זח: 1700, דח: ד, גט: ב

נד: 0

103.1.18

9

בלמס/זחורן

אל: אירומה 1

דע: מאו"ר

מאת: השגרירות, בון

ביקור ה- C.S.U. מברלין.

חבר הבונדסטאג קיטלמן מנה אלינו במכתב ממורט והודיע על כוונת ה- C.S.U. של ברלין לקיים נסיעה למצרים ולישראל וביקש טיוענו. ישהו בארץ 27-31.5.87. 19 איש ובהם שלושה חברי בונדסטאג, שמונה חברי בית הנבחרים של ברלין, ארבעה מנהיגי הי"ר ונגה אוניון" ברלין ועוד פעילים ורעיית אחד המשתתפים. שגרפ"ג בתל אביב מטפלת בסידור. מבקשים טיוענו להסדרת ביקור בבכנס ומגישה עם היו"ר הלל וכן שיחה עם שה"ח ואם זמנו מאפשר זאת גם עם דרה"מ.

העחק המכתב ורשימת המשתתפים בדין. על דעה השגריר ממליציץ לטייע בהסדרת הפגישות ובכל מקרה לנלוול בתכנית תידרוך מדיני. אנא עדכנו אותנו.

גד כהן

==ג

10-1-01

103.1

1542.2

מל: בון, נר: 558, מ: המשרד

דח: מ, סג: ב, תא: 060587, רח: 1500

בלמס/מיד

זמן

סיוע גרמני 1987

לקראת הריונים שיתקיימו בירושלים ב-11.5.87 אמא הודיע
 בדחיפות טלפונית למר פון דוהר את האינפורמציה הבאה:
 א. המסגרת של הפרוייקטים שיכללו בסבירות גבוהה בסיוע לשנת
 1987 כפי שמתגבשת אצלנו היא כדלקמן:-

מליוני מרק

10

1. מלוות פתוח בנק חרושת

15

2. בתי ספר

40

3. חברת חשמל

לפיכך לא יהיה מנוס מכלול במסגרת הסיוע את ההלוואות
 הנתונות על ידי הבנקים לפחות במסגרת הלוואות רפורמה בסך של
 75 מליון מרק.

40 מליון מרק של חב' החשמל בוללים את ההשקעות הבאות.

1. קו מתח (TRANSMISSION LINE) של 400 קילו-וולט מצפית
 לפיית-בסך של 10 מליון מרק.

2. תחנות מיתוג (SWITCH STATION) כפיית בסכום של 9 מליון
 מרק.

3. קו מתח של 161 קילו וולט ממושיה לתל-גיבורים בסכום של 10
 מליון מרק.

4. תחנות משנה (TRANSFORMER STATIONS) בצפת, בית זרע
 ומושיה בסכום של 12 מליון מרק.

ב. כן נבדקת אפשרות לכלול את הפרוייקטים:

1. השבת שופכי גזש דן לנגב-שימוש בשופכי גזש דן לאחר מהורם
 להשקית הנגב.

①

משרד החוץ-מחלקת הקשר

THE DAN REGION WASTEWATER RECLAMATION PROJECT
נפרו ייקט זה שהחל כבר בניצוע בשנת 1985 מחוננות בשנת 1987
הוצאה בסך של 30 מליון דולר. פרו ייקט זה הוצג כבר בפני
הגרמנים בשנה שעברה.

2. מטילת פחם-בנית מטילת ברזל מנמל אשודד לחחנת הכוח דוסנברג
לשינוע הפחם. מדובר בפרו ייקט בסכום של 7 מליון דולר.
3. פרו ייקט נתיבי אילון-מדובר בשתי עבודות במסגרת פרו ייקט זה
בסך של 4 מליון דולר.

3. פרו ייקט נתיבי אילון-מדובר בשתי עבודות במסגרת פרו ייקט זה
בסך של 4 מליון דולר.

א. העתקת חחנת רכבת ארלוזורוב.

ב. בנית 2 גשרים מעל הירקון.

ד. טאטי

פ: ממנכל, אידא, מינרבי, כלכליתבי, אוצר
ח: אוצר טאטי

14764

משרד החוץ-מחלקת הקשר
שומר

2329

** יוצא
**
**
**

183.1.1

אל: בון, נד: 559, ט: המשרד
דח: ר, סג: ש, תא: 060587, רח: 1500

שמור/רגיל

9

זמן

הנדון: ביקור פון רוהר

ידוע לנו שפון רוהר נפגש בביקוריו בארץ עם גורמים ישראלים
כולל משרד החוץ.

אנו מבקשים לדעת:

- א. באילו תכניות נבנוסף לנושא הסיוע מטפל פון רוהר בארץ?
- ב. עם אלו גורמים ישראלים הוא נפגש?
- ג. מה מעמדו של המשרד לשי"פי כלכלי בדיונים אלה, ואילו
משרדי המשלה אחרים מעורבים בגרמניה ובארץ?
- נסה נא לקבל מדיע זה בשיחת אגב בלתי פורמלי עם פון רוהר
והברק.

דברת

פ: ממנבל, אידא, מינרבי, כלכליתבי, אביטל, מאוד, דברת, אוצר
תח: אוצר דברת

בנוסף תישל לק 33000, 10764

100-1-801

1950

...

...

...

...

...

...

...

...

שמור

נכנס

**
**
**
**

הרזם: 5,1743

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 19, תא: 050587, זח: 1330, דח: מ, טג: ש

נד: @

זמן 1.1/87

שמור/מידוי

אל: א. דברת סמנכ"ל האוצר

דע: אירדמה 1

מאת: היועץ לעניני כלכלה - בון/זמרן

דיון בוועדת הפנים בעניני מיצויים

מברקן 860

1. בהצעת ההחלטה של הירוקים שהוגשה בזמנו לבורנדסטאג באשר לנכגעי הנאצים שלא פוצו אין התייחסות לאזרחותם של הנכגעים.

2. בדיון בוועדת הפנים של הבורנדסטאג האמור להתקיים החודש לא תועלה תביעתינו לחוק נכגעי נאצים ואין גם תועלת שאנו נניץ תזכיר בנדון בין חברי הוועדה טרם היתה התקדמות כלשהי במגעים עם השלטונות הגרמניים בנושא. לצערנו לא הועלה הנושא בעת בקור ראש הממשלה ובקור הנשיא באן.

3. המתרון האפשרי הנראה לתביעתנו אם בכלל בנושא השלומינר לפי חוק נכגעי הנאצים הוא במסגרת הסדר ערובי החזרי החובות של ישראל בתשלומי הסיכוע השנתי, נושא שהועלה בפגישת הנשיא עם השר קליין. ראה מברק השגריר 183 מיום 29/4.

זמרן.

משרד החוץ-מחלקת הקשר

===שן

תפ: שהח, מנכל, ממנכל, אירא, טיובל, משפט, זברה, אוצר

103.1.1

חידום: 13504/4

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 183, תא: 290487, זח: 1900, זח: מ, טג: מ
נד: מ

טודי/מידוי

אל : סמנכל א. דברת, משרד האוצר

דע : סמנכל מינרבי, אירופה 1, י. ענוג, המשנה למנכל

מאת: השגריר בון

הסיוע הגרמני.

בהמשך למברק זמון 55 מ-7.4.87 על מפגש הנשיא עם השר
קליין.

1- קרא נא מברקי ערב בואו של הנשיא.

הקנצלר קוהל, בתכנית הממשלה, כפי שהדבר מצא ביטוי
בנאומו מ-18.3.87 בבונדסטאג, אמר בין היתר: 'את החזרי
התשלומים מהסיוע הפיננסי נרצה להפעיל כדי לממן בשלבים
פעולות חזרות. ללא יוזמה (דוינמיקה) וצמיחת היצור
לא נתגבר על עוני ופיגור כלכלי בעולם השלישי. אנו
סומכים לכן גם באן על יוזמה פרטית ועל כושר הביצוע
של שווקים פתוחים והופשיים.'

2. הרגשתי עוד קודם לכן שהחזר החובות ותשלומי הרבית
מעיקים על ממו'נג, אם כי שר האוצר התנגד וממשיך להתנגד
לדיתור על 'טכומים המגיעים למשלם המסים הגרמני'
כפי שהוא קורא לזה. החלטת הקנצלר בכדון אפשרה כבר
דיתור על התשלומים למדינות העניות יותר ועתה שוקלים
ביצד להתיחס למקרים נוספים - דוגמא ישראל.

100-1-801

TO THE DIRECTOR, FEDERAL BUREAU OF INVESTIGATION
WASHINGTON, D. C.

FROM: SAC, [illegible]
SUBJECT: [illegible]

[illegible text]

[illegible text]

[illegible text]

משרד החוץ-מחלקת הקשר

3. לזון על הכושר מכוון וסביר ואין בכך כל דהיית חובות
או נגיעה במעמדו.

4. מכיוון שאנו במגע עם ממשלה שמרנית, נצליח יותר
אם נפעיל יוזמות פרטיות ונחות הסדרים ממשלתיים.

5. מעשית אני מציע: השר קליין יזם פגישה עמי, ברצוני
להציע לו לבקר בישראל ולזון עמכם על אפשרויות שונות
של ניצול הסכומים המגיעים להחזר כפי שהצעת. אני
רואה בהחלט אפשרות להציע גם הקמת קרן לביצוע תשלומים
לנפגעי הנאצים - עם כי טקטית הייתי רוצה לקבל לכך
תחילה הסכמת הקנצלר ו/או משרד האוצר הגרמני. אם אראה
שג'וני קליין לא יוכל להגיע בהקדם לישראל יש לשקול
הגעת נציג האוצר לשיחות בנדון (נראה לי שהדבר רצוי).
על כן נדכל לזון לאחר הפגישה עם קליין. נא אישורכם.

בן-ארי.

===אג.

תפ: שהח, ממנכל, ממנכל, אירא, מינרבי, כלכליתבי, אוצר, דברת

משרד החוץ - מחלקת הקשר



Faint, illegible text at the top of the page, possibly a header or title.

Second line of faint, illegible text.

Third line of faint, illegible text.

Fourth line of faint, illegible text.

Fifth line of faint, illegible text.

Sixth line of faint, illegible text.

Seventh line of faint, illegible text.

Eighth line of faint, illegible text.

Ninth line of faint, illegible text.

Tenth line of faint, illegible text.

Eleventh line of faint, illegible text.

Twelfth line of faint, illegible text.

Thirteenth line of faint, illegible text.

Fourteenth line of faint, illegible text.

Fifteenth line of faint, illegible text.

Sixteenth line of faint, illegible text.

Seventeenth line of faint, illegible text.

Eighteenth line of faint, illegible text.





בוו, ל' בניסן, התשמ"ז
29 באפריל, 1987

ס ו ד י

א י ש י

54

103.1. ארמ

דף מס' 1 מתוך 1 דפים
העתק מס' 3 מתוך 7 העתקים

אל : מר ש. פרס, מ.מ. רה"ם ושר החוץ
מאת: השגריר, בון

Handwritten notes:
1. תחת פיקוד
2. תחת פיקוד
3. תחת פיקוד

הקנצלר קוהל אמר לנשיא המדינה: "כי הוא מעריך מאד את הדרך הפוליטית של שמעון פרס בתפקידו כרה"ם וכעת כשר החוץ. זה כנראה גורלי, כפוליטיקאי שמרני, לקיים יחסי ידידות עם סוציאלידמוקרטים כגון פיטראן ושמעון פרס. אני ממשיך לראות בעין טובה את התכנית הכלכלית עבור המזרח התיכון - תכנית מארשל-פרס. אין אפשרות לבצע עתה, אלא לאחר שתתיה התקדמות בתהליך המדיני".

כאשר ישבתי ליד הקנצלר קוהל בהזדמנות אחרת התיחסתי לדבריו אלו לנשיא והמלצתי שטוב יעשה אם ידבר על יחסו הטוב לתכנית זו בכל הזדמנות עם מנהיגי ערב, כדי להלץ בקניה יעד מעשי ותקווה לקידום התכנית המדינית. הקנצלר קוהל הסכים לעשות כן והוסיף שהוא תמיד ישמח לפגוש, בעיקר מוכן לראותך לאחר השלבים הראשוניים של התהליך המדיני או ועידת השלום. אפילו תתיה עסוק מאד ישמח גם לקבל אותך בביתו הפרטי בימי סוף השבוע.

אני מניח שהנשיא דיווח לך על השיחה, אך רציתי לרשום את הדברים.

ב כ נ כ ה

יצחק בן-ארי

העתק: ד"ר י. ביילין, המנכ"ל המדיני
מר י. ענוג, המשנה למנכ"ל



1987

1987

1987

1987

1987

1987

1987

1987

1987

1987

1987

1987

1987

1987

AMBASSADE D'ISRAEL



סניירות ישראל

בוון, לי בניסן, התשמ"ז
29 באפריל, 1987

ס ו ד י

50

Handwritten notes:
103.1
מס' 103.1
מס' 103.1
מס' 103.1

Handwritten notes:
מס' 103.1
מס' 103.1
מס' 103.1

אל : מר י. ענוג, המשנה למנכ"ל
מאת: השגריר, בוון

103.1

הנדון: ביקור הקנצלר קוהל

Handwritten signature: מר י. ענוג

בשיחת נשיא המדינה עם הקנצלר קוהל העיר האחרון
שהוא דואג לכיסוי הוצאות של בנית באר בירושלים
וכי "יאמר לזכות טדי קולק שההוצאות הולכות וגדלות
מיום ליום".

בהזדמנות אחרת בעת ארוחת צהריים אמר לי קוהל שהוא
מקווה להיות נוכח בעת "פתיחת הבאר" בירושלים וביחד
עם האמן/להגיע בספטמבר השנה לישראל לביקור פרטי.
ביקשני לעמוד עמו בקשר לגבי קביעת מועד סופי.
בדעתי לעשות זאת בימים הקרובים.

ב ב ר כ ה,

Handwritten signature of Yehoshua Ben-Ari

יצחק בן-ארי

העתק: מנהל אירופה 1

SECRET



MINISTRY OF DEFENSE

SECRET

SECRET

TO: [illegible]

FROM: [illegible]

TOP SECRET

SECRET

[Handwritten signature]

[Illegible text block]

[Illegible text block]

SECRET

SECRET

SECRET



בון, כט' בניסן, החשמ"ז
28 באפריל, 1987

ש מ ו ר

49

כ.מ.א. 103

אל : אירופה 1
מר י. ענוג, המשנה למנכ"ל
המרכז
מאת: השגריר, בון

הנדון: פראנץ-יוזף שטראוס

ראו נא רצ"ב התבטאויותיו של פראנץ-יוזף שטראוס בקשר למכירת נשק
לסעודיה והויכוח שהתנהל בעת ביקור נשיא המדינה.

לתשומת לבכם: ראינו את הנ"ל ברשת הראשונה (ARD) על פרשת הנשק;
אספקת הנשק שהועבר על-ידי ארה"ב לאיראן, בסיוע ישראל.
הפרק הזה - לא שודר!

ב ב ר כ ה,

יצחק בן-ארי

לוטה.



IN SENATE

January 10, 1967

NY

Handwritten signature or initials

STATE OF NEW YORK
OFFICE OF THE ATTORNEY GENERAL
ALBANY, NEW YORK

REPORT OF THE ATTORNEY GENERAL

THE STATE OF NEW YORK HAS THE HONOR TO ANNOUNCE THAT THE

COMMISSIONERS OF THE DEPARTMENT OF SOCIAL SERVICES (DSS) ARE NOW

STATE OF NEW YORK

ALBANY, NEW YORK

1967

Interview Ministerpräsident Franz Josef Strauß

Bayerischer Rundfunk TV

Sendung: 10.4. III Programm "Rundschau" 21.20 Uhr, 2.30 Min.

10.4. I Programm "Bayernstudio" 18.00 Uhr, 1.45 Min.

12.4. I Programm "Rundschau" 18.45 Uhr, 4.10 Min.

Interviewer: Claus Mertes

Frage: Was, Herr Ministerpräsident hat Sie bewogen, während der Anwesenheit des israelischen Staatsgastes auf deutschem Boden, für eine Rüstungsexportpolitik zu plädieren, die Saudi-Arabien die Lieferung militärischer Güter ermöglicht?

FJS: Ist Ihnen klar, daß diese Frage ins Leere geht, weil Sie die Reihenfolge auf den Kopf stellt. Ich hab das Thema von mir aus nicht angeschnitten. Bundesminister Klein hat in einem Interview schon am vorletzten Wochenende zu dem Thema in einem sehr abgewogenen Stil Stellung genommen. Seine Äußerungen heißen, "ich halte es für durchaus vernünftig und erwägenswert, daß z.B. Saudi Arabien am deutschen Wehrexport partizipieren kann". Ich möchte allerdings meinem Freund Klein sagen, die Bundesregierung legt Wert darauf, daß sie an den saudischen Aufträgen partizipieren kann und soll deshalb dieses Spiel der Hin- und Her-Erklärungen endlich einstellen.

Die "Welt am Sonntag" hat dieses Interview, aber nicht zu dem Wochenende gebracht zu dem es gegeben wurde, sondern eine Woche später, ohne Schuld von Klein. Dadurch ist der Eindruck entstanden, daß es aus Anlaß des Besuches erfolgt sei. Als dann der Sprecher der Bundesregierung, Herr Friedhelm Ost, eine Erklärung abgab, die nicht der Wahrheit entspricht, daß es nämlich zur Zeit keine aktuellen Probleme dieser Art gäbe - ich darf ihn zitieren: "Waffenlieferungen sind derzeit kein aktuelles Thema" - da geriet die Bundesregierung, a) in Gefahr sich von einem Minister zu distanzieren, der genau dasselbe sagte, was der Kanzler uns bei der Koalitionsverabredung eindeutig erklärt hatte und geriet b) ferner in Gefahr, bei beiden Seiten an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Es bewirbt sich doch ein Team, eine Arbeitsgemeinschaft von fünf großen deutschen

Firmen, darunter die zwei größten deutschen Werften, um den U-Boot-Auftrag. Die Delegation ist doch in Saudi-Arabien. Sie ist doch von der Bundesregierung sozusagen offiziell auch ermächtigt worden dort sich an der Ausschreibung zu beteiligen, wie der Bundeskanzler in einem kleinen Kreise persönlich erklärte.

Und wenn die Saudis den Zuschlag geben würden, was ich allerdings jetzt bei der Vorgeschichte nicht mehr für wahrscheinlich halte, dann müßte die Bundesregierung, da sie ja eine Liefergenehmigung in Aussicht gestellt hat, Ja sagen. So kommt doch die Bundesregierung zwischen den Arabern auf der einen Seite und zwar den gemäßigten Arabern auf der einen Seite und unseren israelischen Freunden in eine Schiefelage hinein. Ich bin der Meinung, daß man gegenüber beiden Seiten ehrlich sein soll. Die Saudis sind ein Partner an dessen Stabilität wir sehr interessiert sind. Wenn es in der Golf-Region zu einem Umsturz kommt, wegen des Iran/Irakkrieges, wenn der Irak etwa zusammenbrechen würde, dann haben wir dort eine völlig veränderte weltpolitische Lage und einen neuen Krisenherd von unübersehbaren Ausmaßen.

Auch Israel muß daran ein Interesse haben. Aber das Ganze geht doch überhaupt am Thema vorbei. Die Amerikaner, Engländer, Franzosen, Italiener, vor allen Dingen die ersten drei, haben doch in Höhe von vielen Milliarden Dollar alle Rüstungsgüter geliefert, die Deutschen nicht. Wenn es darum ginge, etwa Waffenlieferungen nach Saudi Arabien zu unterbinden, dann wären die Adressaten, die drei eben genannten westlichen Großmächte. Andererseits handelt es sich hier um einen Auftrag von 6 bis 8 Milliarden Mark, die die zwei größten deutschen Werften bis 1994/95 beschäftigen würde. Die Werftindustrie ist notleidend. Die Werftindustrie verlangt Subventionen, der Finanzminister gibt einige 100 Millionen. Hier läßt man einen Auftrag 6,8, wahrscheinlich noch mehr Milliarden, einfach auf der Straße liegen. Einen Auftrag, dessen Erfüllung in keiner Weise mit den israelischen Sicherheitsinteressen in Konflikt steht und außerdem bin ich der falsche Partner.

Ich habe zu dem Zeitpunkt, wo niemand es gewagt hat, allerdings in Abstimmung mit Adenauer, den Israelis eine gewaltige Militärhilfe gegeben, in den Jahren 1958/59/60. Ich habe damals, als die Araber noch gemeinsam die Vernichtung Israels die Zerstörung des Staates wollten, mich mit meiner vollen politischen Existenz, sozusagen in die Schanze geworfen und den Israelis geholfen.

Heut ist die Lage anders, heute müssen die gemäßigten arabischen Staaten eine Politik treiben, die allmählich auch zu einem Friedensprozeß führt. Und dafür muß auch Israel gewisse Konzessionen machen. Es geht hier nicht allein um Erinnerungen an die Vergangenheit, es geht auch darum, daß die Zukunft gemeistert wird und daß die Israeli eine friedliche Zukunft in einer ihnen wohlgesonnenen arabischen Umgebung haben, soweit das möglich ist. Ich bin nicht für Waffenlieferungen an radikale arabische Staaten. Aber meine Haltung ist weltpolitisch begründet, ist im Interesse des Mittleren Ostens, ist im Interesse der Israelis, im Interesse der Saudis und nicht zuletzt der Glaubwürdigkeit auch der Bundesrepublik Deutschland. Nur ich habe das Thema nicht angefangen.

Frage: Hatten Sie denn konkrete Anzeichen, oder konkrete Sorgen, daß dieser Zusammenhang von der Bundesregierung bei diesem Staatsbesuch von Präsident Herzog nicht genügend beachtet wurde?

FJS: Ich weiß nicht, ob das die richtige Fragestellung in dem Zusammenhang ist, denn ich habe doch nicht das Thema angeschnitten, ich habe nur die Kritik des Sprechers der Regierung an einen Minister dieser Regierung zurückgewiesen. Und zwar an einem Minister der nichts anderes gesagt hat und zwar in sehr vorsichtigen Formulierungen, was der Kanzler als seine erklärte Politik uns gegenüber erläutert hat.

Frage: Nun werden diese Äußerungen von Bundesminister Klein und Ihre Äußerungen die sich darauf bezogen im politischen Zusammenhang gesehen und effektiv ist es nun so, daß z.B. die größte israelische Zeitung heute davon spricht, daß dieser historische Besuch, das Klima dieses historischen Besuchs durch diese Äuße-

rung verdorben worden sei. Was sagen Sie dazu?

FJS: Ich glaub das nicht, das glaubt weder die deutsche Regierung noch glaubt es der israelische Präsident, noch ist diese Wertung richtig. Vielleicht ist das der Wunsch der Zeitung, daß dem so sei, aber dem entspricht nicht die Wirklichkeit. Ich laß mich auch nicht von dieser Zeitung in die falsche Ecke drängen. Ich bin seit Jahrzehnten einer der aufrichtigsten und ehrlichsten Freunde Israels, der allerdings auch dann, wenn meine Meinung mit der israelischen Politik nicht übereinstimmt, wie z.B. damals beim Einmarsch der Israelis im Libanon, seine Meinung sagt.

Frage: Nun waren Sie vor zwei Jahren, fast genau zwei Jahre selbst zu Besuch in Israel, ein Besuch der in äußerst guter konstruktiver Stimmung stattgefunden hat.

Kernen seither die Israelis Ihre Haltung in diesem Punkt?

FJS: Ich hab doch in Israel damals im Februar 1985 genau dasselbe gesagt, bis auf den Wortlaut genau. Ich hab das sowohl dem Präsidenten Herzog dargelegt, ich hab das meinem alten Freunde Shimon Peres dargelegt, mit dem ich ja sozusagen in kollegialer Verbundenheit in meiner Zeit als Verteidigungsminister war. Ich hab das in einem ausführlichen mehrstündigen Gespräch mit den Abgeordneten der Knesset dargelegt. Ich hab das in einer Pressekonferenz bei Abschluß meiner Reise gesagt. Über meine Haltung und meine Meinung konnte sich niemand einem Zweifel hingeben. Die hat auch in Israel Anerkennung gefunden, weil ehrliche Freunde vielleicht zuverlässiger sind, als liebedienerische Äußerungen.

Frage: Sie haben speziell Saudi-Arabien, die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien angesprochen. Welche Rolle nimmt Ihrer Meinung nach speziell dieses Land im Nahen Osten ein?

FJS: Saudi-Arabien ist einer der Wortführer im arabischen Lager und ist gleichzeitig das gemäßigte arabische Land. Man darf solche Erklärungen wie "Heiliger Krieg" nicht auf die Goldwaage legen. Die Saudis verkünden halt den "Heiligen Krieg", das ist eine der üblichen deklamatorischen Äußerungen, aber die Saudis

bestimmen auch die Haltung der gemäßigten arabischen Staaten in der ganzen Golfregion. In der Golfregion herrscht zur Zeit große Sorge. Das Thema heißt doch nicht Sicherheit Israels, das Thema stellt sich ja überhaupt nicht. Die Saudis haben Angst davor, daß z.B. die amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran die Gleichgewichtslage dort stören könnten, daß dort der Irak zusammenbrechen könnte, daß eine fundamentalistische, strategische Expansion stattfinden könnte, in deren Strudel dann auch die gemäßigten arabischen Staaten hineingerissen werden. Dann hätten wir wahrscheinlich über Nacht ganz andere Sorgen. Ich darf bei aller Bescheidenheit, aber da ich ja dem Verein für deutliche Aussprache angehöre sagen, daß z.B. Khomeini und die Mullahs sich als die radikalen Feinde Israels öffentlich bekannt haben. Trotzdem haben die Israelis sich nicht gescheut, amerikanische Waffen und eigene Waffen zu transportieren zum Teil aus USA, zum Teil aus anderen Stützpunkten und zum Teil aus eigener Produktion. Wer immer es getan hat, wahrscheinlich unter Einschaltung von Zwischenhändlern, und dem Iran Waffenhilfe, also ausgerechnet den Feinden Israels Waffenhilfe in Höhe von ungezählten Millionen Dollar zukommen zu lassen. Man sollte doch merken, daß hier Vorwürfe wie sie etwa gegen Klein oder mich erhoben werden fast lächerlich sind, angesichts der Tatsachen, angesichts der Vorgänge, die ich eben geschildert habe.

Frage: Die Rüstungsexportpolitik ist ein wichtiger Bereich der Außenpolitik, sehr sensibler Bereich. Welche Festlegungen, welche Vereinbarungen gab es in diesem Zusammenhang. Es ist ja anzunehmen, daß es darüber Vereinbarungen gibt in den Koalitionsverhandlungen?

FJS: Ich kann nicht von Vereinbarungen sprechen, weil das Thema noch einmal behandelt werden wird. Aber das Thema U-Boote für Saudi-Arabien ist behandelt worden, so wie ich es dargestellt habe. Im übrigen geht es darum, bestehende Entwicklungen, Fertigungskapazitäten und die Arbeitsplätze bei uns zu erhalten. Die Serienpreise für die Bundeswehr nicht ins ungemessene hochsteigen zu lassen unter Umständen auch Sicherung von Rohstoffvorräten dabei zu vereinbaren, einen Anlagenbau im Ausland zu ermöglichen. Wir sind doch im arabischen Raum fast überall herausgeworfen worden.

Wir kommen doch nirgends mehr rein. Mein Bestreben ist es doch, der notleidenden Branche Werftindustrie, die ja nicht in Bayern liegt, aber auch der Anlagenbau-Industrie wieder neue Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, aber doch nicht gegen unsere Sicherheitsinteressen oder gegen die befreundeter Staaten. Man müßte ja sonst sagen, daß die Amerikaner, Engländer, Franzosen, die zusammen etwa für 20 Milliarden Dollar schon Waffen nach Saudi-Arabien geliefert haben, Feinde Israels wären. Wer will denn das behaupten? Das ist doch unsinnig so etwas. Da merkt man doch erst, wie abwegig diese Diskussion überhaupt geworden ist. Und vielleicht darf ich auch bei der Gelegenheit einmal sagen, daß die Engländer über 60 modernste Kampfflugzeuge vom Typ Tornado zur Zeit produzieren an die Saudis liefern. Aufgrund der internen Abmachungen im Tornado-Konsortium stammen 40 Prozent der Anteile von deutschen Betriebsstätten, d.h. also wir dürfen die 40 Przent gar nicht zuliefern an die Engländer, wenn die Lage so wäre, die hier fälschlicherweise dargestellt wird.

Frage: Herr Ministerpräsident, was also muß getan werden, damit diese Doppelbödigkeit der Politik und die daraus resultierenden Mißverständnisse und Aufregungen ein für allemal aufhören?

FJS: Ehrlichkeit, die Wahrheit auf den Tisch und Verfolgung legitimer deutscher Interessen, die keinem anderen weh tun. Allerdings die Definition, was deutsche Interessen sind, muß man uns überlassen.

Ende

Interview Ministerpräsident Franz Josef Strauß

"Bericht aus Bonn" (ARD)

Aufnahme: 10. 4. 87

Sendung: 10. 4. 87 22.30 Uhr

Interviewer: Claus Mertes

Frage: Herr Ministerpräsident, Ihre Äußerungen zu Gunsten von Waffenexporten nach Saudi-Arabien hat zu einer innerpolitischen Kontroverse geführt, was hat Sie zu dieser Äußerung bewogen?

FJS: Ich habe dieses Thema nicht angeschnitten. Bundesminister Klein hat am vorletzten Wochenende ein Interview gegeben, das leider erst eine Woche später abgedruckt wurde und damit in die Zeit der Reise des israelischen Präsidenten fiel. In diesem Interview hat er in wohlabgewogener Darstellung der Verhältnisse und in einer sehr vernünftigen Formulierung gesagt, daß auch die Saudis als gemäßigter arabischer Staat, an dessen Stabilität die Bundesrepublik Interesse haben müßte, am deutschen Rüstungsexport partizipieren sollte. Daraufhin hat sich der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Ost von ihm distanziert. Das ist in allen Zeitungen gekommen, die Bundesregierung distanziert sich von Klein. Nun hat aber Klein nichts anderes gesagt, als was der Bundeskanzler, mehrmals sogar auch öffentlich in großem und kleinen Kreise, gesagt hat. Diese Distanzierung hat dann mich veranlaßt, mich schützend vor den Bundesminister Klein zu stellen und nur die Wahrheit zu sagen. Die nackte Wahrheit, die schlichte Wahrheit, die reine Wahrheit.

Frage: Nun ist es aber so, daß gerade diese Wahrheit eben geäußert wurde zu einer Zeit als der Präsident Herzog als Gast auf deutschen Boden weilte. Sehen Sie nicht die Gefahr, daß dadurch das Klima dieses historischen Besuches doch nachträglich geschädigt worden ist.

FJS: Ich glaube das nicht. Nur wenn man ihn falsch wertet oder wenn man das Klima verderben will. Wahrheit ist Wahrheit. Ob der amerikanische Präsident, ob Herr Gorbatschow, ob der Papst oder ob der Präsident Herzog und das sind vier ehrenwerte Persönlichkeiten nach Bonn kommen, dann bleibt die Wahrheit immer die Gleiche. Sie ändert sich nicht wenn der eine da ist, oder ändert sich wieder, wenn der andere kommt. Wenn die Bundesregierung hier etwas mehr die Karten

auf den Tisch legen würde, wär viel besser. Wir geraten da dann nicht in Gefahr, gegenüber beiden Seiten unehrlich zu werden.

Frage: Sie betonen, das Wort Wahrheit. Was muß also endlich getan werden, um zu einem Kurs zu kommen der Doppelbödigkeit und Mißverständnisse verhindert?

FJS: Jeder der weiß, daß z.B. zur Zeit eine Arbeitsgemeinschaft von fünf großen deutschen Firmen, darunter die zwei größten deutschen Werften in Riad mit Unterstützung des Bundesverteidigungsministers verhandeln, weil sie einen U-Boot-Auftrag mit Anlagenbau in Höhe von 8 Milliarden Mark erhalten wollen. Daß sie das tun mit Zustimmung der Regierung, daß die Regierung auch die Liefergenehmigung in Aussicht gestellt hat, der kann doch nicht sagen, daß man die Wahrheit manipulieren sollte, wenn der eine da ist oder wenn der andere da ist. Dagegen habe ich mich gewandt.

Frage: Warum gibt es keine eindeutigen Koalitionsvereinbarungen zu diesem brisanten und wichtigen Gebiet der Außenpolitik?

FJS: Ich werde mir die Frage merken und sie an den richtigen Adressaten stellen.

Frage: Sie verweisen auf das Beispiel der Engländer, Franzosen, Amerikaner, die ebenfalls Waffen in diesen Raum exportieren. Nun hat das Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel auch eine moralische Seite aufgrund der historischen Belastung. Kann der deutschen Politik das erlaubt sein, was andere tun?

FJS: Wenn ich manche Stellungnahmen ernst nehmen würde, dann müßte ich sagen, daß damit die Amerikaner, Engländer und Franzosen die Feinde Israels bewaffnen. Das kann doch niemand ernsthaft behaupten, der die amerikanische, englische Politik kennt. Die Franzosen sind vielleicht hier etwas beweglicher. Die moralische Frage lag ganz woanders. Vielleicht war sie gar nicht wirklich moralisch. Damals Anfang der fünfziger Jahre, als man sagte die Deutschen dürften aus moralischen Gründen nach zwei verlorenen Kriegen und besonders wegen ihrer Schuld im Zweiten Weltkrieg sich überhaupt nicht mehr bewaffnen

in der menschlichen Geschichte. Da wir aber nunmehr einen Löwenanteil der Verteidigung in der Mitte der NATO stellen, eine eigenen Rüstungsindustrie und Rüstungstechnik aufbauen mußten, müssen wir an ein Minimum von dem tun, was nach globalen Interessen, aber sicherlich auch unter Wahrnehmung der israelischen Belange, dann gemäß unserer eigenen souveränen verantwortlichen Entscheidung, für die ich mich aus moralischen Gründen einsetze, tun können oder tun sollen.

Ich habe auch noch das Entsetzen in Erinnerung, das ich in Riad in Saudi-Arabien bei den politischen Spitzen und militärischen Spitzen vorgefunden habe, als die Nachricht kam, daß die Amerikaner Waffen in riesigen Mengen an den Iran geliefert hätten und das mit israelischer Hilfe. Zum Teil sogar aus israelischer Produktion, was ich aus Pressemeldungen entnommen habe. Das paßt ja auch nicht ins moralische Bild.

} nicht
gesendet

Ende

13.487
Jg.



כח' בניסן התשמ"ז

27 באפריל 1987

730

סודי

אל : השגריר, בון
מאת: מנהל אירופה 1.

צד 1-103

הנדון : הריבית על ההלוואות מרפ"ג

בישיבה אצל מר ענוג בהסתתפות חנן בר-און, שמעון שטיין והח"מ ושבה חנן בר-און מסר רשמים מביקור הנשיא ברפ"ג עלו בין היתר הנושאים הבאים:

- א. אנו משלמים כ-40 מיליון מרק יותר מדי שנה מסכום ההלוואה המתקבלת מרפ"ג כהחזר רבית. בפגישה עם הנס קליין באופן ממשי ובפגישה עם גנשר בשוליים עלה הנושא והנסיון למציאת פתרון. אולי בצורה הדומה במשהו לאלמנטים בתכנית מרשל לגרמניה בזמנו. הכל מודעים כמובן שאין פתרון קל שיהיה מקובל גם על שר האוצר הרפ"גי. לפני שננסה לברר בארץ עם הגורמים הנוגעים בדבר, נודה מאד אם יכולת להעלות על הנייר את הערכתך ואולי המלצותיך לפעולה בנושא הנדון.
 - ב. לא שוחחנו כאן על הנושא של קרן הנכיס. אינני בטוח אם קימות התפתחויות חדשות בנדון. גם בנושא זה נודה על הערכותיך אם עתה לאחר ביקור הנשיא באיזו דרך ניתן להתקדם בנדון, אם בכלל.
 - ג. בר-און מסר על שלמד בנעשה בא Jugendreflex שבין רפ"ג וצרפת. בשיחה הודגש המיסוד והאירגון המעולה של קשרים במסגרת זו לרבות חילופי נוער אך גם קשרי תרבות בשוחים אחרים. דווקא משום הקשרים הקיימים האמיצים בשטחים אלה גם בין רפ"ג לישראל אך החסרים את המיסוד הדומה לקיים בין צרפת לרפ"ג, נראה שחבל שלא העלינו ביוזמתנו את הנושא בעת ביקור הנשיא. בראש "מפעל הנוער" הגרמני-צרפתי עומד תמיד אישיות מדינית בעלת יוקרה ושם והמפעל מצליח לרוסת כספים ולתאם פעולות גם של סניפים וסקטורים בעלי יכולת כספית קטנה יותר.
- נשמח לשמוע דעתך, אם ניתן אולי ובאיזו דרך לפעול ברפ"ג למיסוד הנושא.

בברכה,

יואל אלון

העתיק : מר י. ענוג, המסנה למנכ"ל.

מר שמעון שטיין, לשכת מנכ"ל

נכנס

בלמט

103.10-N 26

חוזם: 8720, 4

אל: המשדד

מ-: בון, נר: 105, תא: 210487, זח: 1100, דח: מ, סג: ב

נד: 8

9

בלמט/מיד

אל : י, ענרג המשנה למנכ"ל, אירופה 1, פרן, לשכת השד
מת.

מאת: השגריר בון

תחנת כוח גרעינית מרמג.

אמצעי התקשורת דיווחו מה"א על מאמצי ישראל לרכוש ברמג
תחנת כוח גרעינית אך מבלי להתום על ההסכם הבינלאומי
הדרוש. שר המדע גדעון סת מצוטט ברדיו הישראלי כי
ההצעה הוצגה בפני שר המדע ריזנהובר, השד הוסיף שהבעיה
עלולה להיות בעייתית עבור מרמג, לקבל על עצמה הזמנה
אותה סירבו ארה"ב וצרפת. שתי המדינות הציגו תנאי
שישראל תחתום על ההסכם ותאפשר פקוח על האינסטלציות
הגרעיניות שלה. תחנת השדור הישראלית מסרה שישראל
מנסה לעקוף את ההסוטיט ע"י הכרזת האזור המתוכנן לבנית
תחנת הכוח הגרעינית - ליד הגבול עם מצרים לשטח 'מחוז
לתחום הטריטוריאלי ולאפשר באיזור פקוח בינלאומי.

בן-ארי.

תפ: שהח, מנכ"ל, ממנכ"ל, אירא, שהבט, טיביבל, משפט, אביטל, מעת, מצפא,
הטורה, פרנ, שהשרפת

100-100000

OFFICE OF THE ASSISTANT SECRETARY FOR LAND MANAGEMENT

WASHINGTON, D.C. 20250

ASST. SEC. FOR LAND MGMT. (L-100)

ADVISOR TO THE SECRETARY

GENERAL INVESTIGATIVE DIVISION

REPORT OF THE ASSISTANT SECRETARY FOR LAND MANAGEMENT
ON THE MATTER OF THE PROSECUTION OF THE CASE OF
THE UNITED STATES OF AMERICA VS. [Name Redacted]
[Detailed report text follows, including case details and findings]

DATE: [Date]

BY: [Signature]

5

יח' בניסן התשמ"ז

17 באפריל 1987

719

לכבוד: 103

אל : השגרירות בבון
טאת: ס/מנהל אירופה 1.

הנדון : שיחת ממרוח"מ ושח"ח פרס עם חשר הפדרלי למחקר
וטכנולוגיה ריזנחובר (16/4).

מלשכת חשר נמסר שחשר ריזנחובר דיבר בחום על הקרן המשותפת למחקר ופיתוח וכי הצד
הגרמני אימץ את רעיון פרס להשלים צד את רעהו בפרוייקטים המשותפים. מנסיונו ברפ"ג
ומביקורו כאן, למד ריזנחובר שלא קיים שת"פ דומה עם שום מדינה כפי שהוא קיים עם
ישראל. הכוונה הינה להגיע לטכום של טאה למליון ד.מ. בקרן בשנה הבאה.
חשר פת הציע על כך שרפ"ג היא המדינה שחשקיעה את הסכומים הגדולים ביותר מכל
מדינה אחרת במחקר בישראל, וכיום זה מסתכם בכ-250 מליון ד.מ.
לשאלת מר פרס ענה חשר ריזנחובר שהעדיפות במחקר כיום בגרמניה ניתנת לנושאים בתחום
חביו-טכנולוגיה והגנטיקה ובמחקר רפואי העדיפות הינה לאיטונולוגיה. כמו-כן מקדישים
מאמצים להמצאת חומרים חדשים לתעשייה ולשאלות אקולוגיה. המחקר במציאת מקורות אנרגיה
ירד לשליש בהיקפו, לעומת התקופה שלפני 3 עד 4 שנים.
על הנושא הסודי והכמעט מרכזי שהיה בשיחה תוכלו ללמוד מקטעי העתונות המצורפים.

בברכה,

ערים שמרת.

1952
1951
1950

1952
1951

1952

1952
1951

1952
1951
1950
1949
1948
1947
1946
1945
1944
1943
1942
1941
1940
1939
1938
1937
1936
1935
1934
1933
1932
1931
1930
1929
1928
1927
1926
1925
1924
1923
1922
1921
1920
1919
1918
1917
1916
1915
1914
1913
1912
1911
1910
1909
1908
1907
1906
1905
1904
1903
1902
1901
1900

1952

1951

בפגישת שרי המדע הישראלי והגרמני

גרמניה מתנה מכירת כור לישראל בפיקוח בינלאומי על כל כוריה

הועלו הצעות שונות לעקוף את התנאי הגרמני, ביניהן שהכור הגרעיני יהיה במעמד אקסטרטוריאלי



(ע) משאומתן לרכישת כור גרעיני ליצור חשמל מתנהל בין ישראל למערב-גרמניה. אולם הגרמנים הודיעו כי לא יאשרו את העסקה, כל עוד ישראל מסרבת לפתוח את הכורים הגרעיניים שלה לביקורת בינלאומית.

על כך נמסר אתמול לרגל תדעת שר המדע הגרמני, ד"ר היינץ רוני דובר, המנסה בארץ. ושר המדע והחייטות גרעון פת, על תחילת פעילות שרן למחקר, המשותפת לשתי המדינות.

במטרה לעקוף את התנאי הגרמני, הועלו הצעות שונות, ביניהן אפשרות שהכור יהיה במעמד אקסטרטוריאלי. השר הגרמני הביע נכונות עקרונית למכור את הכור הגרעיני לישראל, ומרמז נוסף וענייני יתנהל בקשר לכך בעתיד הקרוב. הכור אמור להיות מוקם ליד שבטה בנגב.

(ע) שר המדע המערב-גרמני, ד"ר היינץ רוני דובר, ושר המדע והחייטות גרעון פת הודיעו אתמול על תחילת פעילותה של קרן למחקר, המשותפת לישראל ולגרמניה. הקרן, שעל הקמתה החלט ביולי 1986, תקדם ותממן מחקר ופיתוח אורחי, בטרשאים בעל-עניין ותועלת לשתי המדינות. במסגרת תיעוק תשומת-לב מועדמת למיקומה הגאוגרפי של מדינת ישראל, בקודם מחקרים ספציפיים, ביניהם חקר הצומח בארץ, מחקרי המים ועבודה במחקר הביורופואי. לפי ההסכם, יבוצעו המחקרים בשיתוף-פעולה בין מדענים מגרמניה וישראל, ותוצאותיהם יהיו זמינות במידה שווה בישראל ובגרמניה. דרך הקרן, במימון שתי המדינות, יגיעו לי-150 מיליון מארק, ההכנסתה השנתית תגיע לי-5 מיליון דולר וממנה ימומנו המחקרים. לפי התיכנון, תסנה מועצת הגנרלים של הקרן למוסדות ומדענים, לקבלת הצעות לעריכת מחקרים. מועצת הקרן תחל לאשר, לקראת סוף השנה, את מימנם של מחקרים ומריווקטים מרעיים. בתמונה: שר המדע הגרמני (מימין) במסיבת עיתונאים במלון הילטון בירושלים. (צילום: זום 77)

"האקו"
17.4.87

Negev enclave proposed for German atom plant

By BENNY MORRIS

Post Diplomatic Correspondent

Israel has asked West Germany to sell it a nuclear-power reactor and has proposed setting it up in an "extra-territorial" enclave in the Negev, near Shivta, in order to bypass the major political obstacle to the transaction.

Bonn, for its part, is "essentially willing" to carry out such a sale, the visiting West German Minister of Research and Technology Dr. Heinz Riesenhuber said yesterday, after protracted talks with Foreign Minister Peres and Science and Technology Minister Gideon Patt in Jeru-

salem. Riesenhuber was speaking at a luncheon hosted by Patt, which was attended by Israeli and German officials and journalists.

Peres proposed to Riesenhuber that the plant be placed in an "extra-territorial" enclave over which there would be some sort of joint Israeli-West German, or international, jurisdiction and control. The extra-territorial idea was apparently first proposed by Israel in negotiations in the early 1980s with the U.S. for purchasing an American reactor. It is meant to overcome the problem posed by Israel not signing the nuc-

(Continued on Back Page)

ATOMIC PLANT

(Continued from Page One)

lear non-proliferation treaty.

International law circles in Jerusalem yesterday called the "extra-territorial" proposal "nonsense."

The U.S. and apparently France both raised the non-proliferation objection when Israel approached them about purchasing a nuclear plant. Being a non-signatory to the treaty means that there is no obligation on Israel to submit to, and no mechanism for, international supervision of the use of such a plant.

Signatories to the non-proliferation treaty agree to international inspection of their nuclear facilities and, ultimately, to control of their use by the UN Security Council. Israel has proposed signing a regional, Middle Eastern "nuclear free zone" treaty which would exclude international or outside inspection and controls. But such a treaty would provide for mutually-agreed inspection of nuclear sites by the signatories.

Riesenhuber and Patt said that Israeli-West German talks regarding the purchase of the reactor "would be continued."

Riesenhuber said the nuclear plant under discussion is a "high temperature gas-cooled reactor" whose prototype went into operation in Germany half a year ago.

Patt said that the West German reactor in which Israel is interested is relatively "pure" and "safe," and has the advantage that it could be used to produce 300 megawatts of electricity - as the currently operational German plant is doing - or "100, or more than 300. It can be beautifully suited to our needs," he said.

Patt said that the West German nuclear plant also had an advantage over the larger American and French models in being militarily non-vulnerable.

Copy of the

17.4.87

ישראל מוכנה להקצות שטח אקס-טריטוריאלי לכור גרעיני מגרמניה

פרס העלה את ההצעה כדי לרכך התנגדות בון למכור כור גרעיני למדינה שאינה חתומה על האמנה לאי-הפצת נשק גרעיני ≡ הכור הגרמני עולה כ-600 עד 750 מיליון דולר ≡ הוא אמור לספק את כל תצרוכת החשמל של דרום הארץ ≡ גרמניה טרם הגיבה רשמית

כדי להתגבר על ההתנגדות העקרונית למכירת כור גרעיני לישראל, שאינה חתומה על האמנה לאי-הפצת נשק גרעיני, העלה אצמול שר החוץ שמעון פרס הצעה לפיה יהפוך אתר הכור לשטח אקס-טריטוריאלי שיהיה נתון למיקוח בינלאומי.
השר הגרמני ביקש בעת ביקורו בארץ המשך בעמוד 2

מאת אריה בנדר

ישראל פתחה במגעים עם גרמניה המערבית ביות על רכישת כור כח גרעיני לייצור חשמל - נילה אתמול שר הפיתוח והמדע נדעון פת, במסיבת עיתונאים שקיים בירושלים עם שר המחקר והטכנולוגיה המערב-גרמני היינץ רייזנהובר.

ישראל מוכנה להקצות

המשך מעמוד 1

באזור שבתה. אתמול נפגש השר הגרמני עם מ"מ רה"מ ושר החוץ שמעון פרס. בפגישה הבהיר השר הגרמני, כי מכירת כור כזה לישראל היא בעייתית, שכן אין לישראל התומה על האמנה לאי-הפצת הנשק הגרעיני. בתגובה, העלה פרס את ההצעה המפתיעה לפיה יהיה אתר הכור לשטח אקס-טריטוריאלי שיהיה נתון למיקוח בינלאומי. הרעיון הוצג לשר הגרמני עלידי פרס בפתרון שיתקבל הן על דעתה של אריה בנדר והן על דעת הגרמנים, אמר השר פת.
יתכן שבק"מ מרובע אחד ניתן יהיה להבטיח מיקוח בינלאומי. עם זאת, לא הייתי מציע שבגלל פרויקט כזה נפתח את כל מערכת הפי עילות האטומיות שלנו למיקוח בינלאומי. כבי לל, איני בטוח אם נוכל לאורך זמן לא להשתתף לאמנה הבינלאומית" - ציין השר פת.
פת הסביר, כי כור מן הסוג הזה יכול לספק את כל התצרוכת החשמל של דרום הארץ מאזור באר-שבע ועד אילת. היום יש לישראל כושר יצור של למעלה מ-5000 מגוואט. בשיא הצריכה או מניעים לכ-3700 מגוואט, כך שמבחינת הצרכים או די מבוססים עד לשנת אלפיים. אם נרכוש כור כזה, צריך לזכור שבנויות ומשכת בין 7 ל-8 שנים".

לבדוק עם משרד המדע ועם הוועדה לאנרגיה אטומית כיצד יכולים חוקרים ישראלים להי שחלב בפיתוח הכור הגרמני. העלתי את הרעיון שלא יהיה רק שותפים למחקר אלא גם לקוחות פוטנציאליים, שכן הכור מתאים מאוד לצרכי ישראל" - סיפר השר פת.
הכור הגרמני מטיפוס HTR-300 הוא בהספק של 300 מגוואט ומתח עלידי קונצרן סיכנס לאחר עבודת מחקר שנמשכה 25 שנה. הכור מופעל בטמפרטורה גבוהה של כ-600 מעלות צלזיוס. הוא מקור בקיורו זו ומים המצטיין ברמה מירבית של בטיחות מפני תקלות ודליפת פת.
מחירו של כור כזה מגיע לכ-600 עד 750 מיליון דולר. בשל רמת הבטיחות המקסימלית שלו נחשבות כל הוצאות המיגון המיוחדות, המייקרות מאוד כורים דומים אחרים" - ציין השר פת.
יתרון נוסף של הכור הגרמני, לעומת הכור הצי רפתי למשל (בעל הספק של 1200 מגוואט), הוא המבנה המודולרי שלו המאפשר להקטין או להגדיל את הספקו בהתאם לצורך. במדינה קטנה כמו שלנו, שבו נושא הבטיחות חשוב ביותר, כור כזה עונה על הצרכים" - הוסיף השר. לדבריו, אם ירכש כור כזה הוא יבנה

"אריה בנדר"
17.4.87

7726

תאריך : 18.04.87 **בשעת החוץ-מחלקת הקשר**

** נכנס
**
**
**

שנור

16.1.87

חוזם: 4,7726

אל:המשרד

מ-:בון,נר:96,תא:160487,זח:1200,דח:מ,טג:ש

נד:פ

שמור/מידוי

אירופה 1

דע: מאורי

מהציר-בון

בחקור לאפונטיין .

שלכם 628 מ-10.4

עוזרו האישי של לאופנטיין מסר לי שכבר קיבל את ההודעה משגרמג'.

לבקשתי שיציע מועד חליפתי, השיב שיוכל לעשות זאת רק לקראת סוף אפריל כשיחזור לאפונטיין מחופשה.

בדון.

שי=

תפ: ממנכל,אירא,אביטל,מאור

נכנס **
**
**
**

שמו

חוזם: 4,7911

אל: המשרד

מ: בון, נר: 102, תא: 160487, זח: 1900, זח: ר, טג: ש

נד: 8

Handwritten notes in blue ink:
~~מ.א. / מ.א.~~
מ.א. / מ.א.

שמו/רגיל

אל : אירוסה 1,

דע : ממ"ד ←

מאת: הציר בון

תחזית פעילות דפגית בנושאים מזתיים .

להלן משיחה עם מנהל מח' מדינות העימות ב-16.4 :-

1. סוריה .

שגרם המיועד גואורג שלונזינן, יצא לדמשק בסוף השבוע הבא. סבורים שעיכוב מינוי שגריר חדש בדמשק בחצי שנה בעקבות פסקי הדין נגד שני הסוכנים הסוריים בגרלין עשה את שלו והגיע הזמן לאיזש התפקיד. ההגבלות האחרות נגד הסורים נמשכות בינתיים. (הגבלת הנספחות הצבאית לשני אנשים, הימנעות מביקורים הדדיים בדרג שרים ומיקוח מיוחד על דיפלומטים ואנשי חברה התעופה הסורית).

הוסיף שגם במסגרת הקהילתית נמשכות ההגבלות וטינדמאנס לא יבקר בדמשק במסגרת סידור במזה, אך הסורים לוחצים לקיום ביקור של החוץ שלהם בבריטל דאט הוא יתבצע יהיה זה במסגרת בילטרלית בשל לחץ הבריטים.

2. סעודיה - מצריים.

גנשר מתכנן ביקור בסעודיה ובמצריים לתחילת יוני, אך

משרד החוץ - מחלקת הקשר

1
1

1944

311

1944

1944

1944

משורד החוץ-מחלקת הקשר

הטענות שרש אישרו המועד. המצויות לוחצים על ביקור
בקהיר. אך הוא יתקיים רק לאחר הביקור בריאז. ייתכן
שגם כווית תיכלל בטיור. לדעתו הטענות אינם ממהרים
להשיב לגרמניה כי עונשי על עמדה גנשר לגבי ייצוא נשק
לסעודיה.

3. מפרציות.

ב-27 יקוימו שרי החוץ של הקהיליה בבריטל מכגש שתף
ראשון בדרג שרים עם המפרציות. גנשר שהינו יוזם הרעיון
יפעל לכיתוח מהיר ונמרץ של שתף קהילתי עם המפרציות.

4. צנור תימן.

שר החוץ התימני עבד אל כרים אלאיראני יבקר ברמג
מ-28 עד 30 אפריל. גנשר ילווהו למינכן לנתיחה תערוכת
י 3000 שנות תימן. מעריכים שאלאיראני יבקש הגבות
הסיוע מרמג. ב-12 נחתמו בצנעה שני הסכמי סיוע טכני
רמגיית, בגובה של כ-6 מליון מ"ג.

5. הועידה הבינלאומית.

אין בודע רמג לנקוט ביוזמה בנדון בשלב זה והיא מצפה
לתוצאות טיורי טינדמאנס במזהה.

נדון.

===אג.

תפ: שהח,רהמ,שהבט,מנכל,ממנכל,ממנכל,ממד,רם,אמן,אירא,אירב

10149
משרד החוץ, מחלקת הקשר, תל אביב

3/16 / 24

Faint, illegible text, possibly bleed-through from the reverse side of the page.

6564

תאריך : צעמט-זחוי-מחלקת הקשר

ירצא

שמור

**
**
**
**

חרזט: 4,6564

אל: רינה/114

מ-: המשרד, תא: 130487, זח: 1221, דח: מ, טג: ש

נד: 8

שמור/מיודי

השגריר - לשלן 38.

ויזנטל - קנהל.

אין כל צורך בכך.

אירופה 1.==

מ/א

9

לאה א.1 סן

תפ: ממנכל, אירא

SECRET
SECRET
SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

Israel special to Germans, Kohl says

By William Tuohy
Los Angeles Times

BONN, West Germany — Chancellor Helmut Kohl told Israeli President Chaim Herzog yesterday that the West German people have a special responsibility for the security of Israel.

In remarks delivered at a luncheon for Herzog, the West German leader said that responsibility stems from the Nazi-engendered Holocaust, in which six million Jews in Europe were killed.

The 12 years of the Nazi regime, the chancellor declared, "is the darkest period in German history."

"We Germans have to live with the horrible truth that in the years of Nazism, Germans inflicted unspeakable harm on the Jews," he said.

Kohl's remarks came at a sensitive moment in German-Israeli relations. On Sunday, his minister of development aid, Hans Klein, recommended that West Germany consider selling arms to Saudi Arabia. Israel would strongly oppose such sales.

Klein said that weapons exports to the Saudis are "on the whole reasonable and should be considered."

Herzog met Klein for a scheduled appointment yesterday morning, and the West German official reportedly apologized for the timing of his remarks, although not for their substance.

West Germany does not sell weapons to Saudi Arabia, which, like most other Arab countries, does not recognize Israel. In 1983, Kohl barred sales of a West German tank to Saudi Arabia, but suggested that his government might approve the sale of defensive weapons to the Saudis.

West German law prohibits the sale of weapons to areas of international tension, but arms manufacturers here have been pushing the government to permit exports to some Arab nations.

Kohl has said in the past that he was under "very urgent" pressure from the Israeli government not to sell any weapons to Saudi Arabia.

And Kohl's spokesman, Friedhelm Ost, said yesterday that weapons sales to the Arabs currently are "not an issue" between the two countries.

Herzog, who arrived here Monday for a five-day trip, is the first Israeli chief of state to visit West Germany.

At lunch yesterday, Herzog, 67, reminded his audience of a speech made two years ago by German President Richard von Weizsaecker. In that speech, Weizsaecker said, "We must understand that there can be no reconciliation without remembrance."

In his luncheon remarks yesterday, Kohl brought up the subject of a Middle East peace conference, a controversial subject in Israel.

Kohl said he supports such a conference and declared that his government wants peace for "all people and states of the region."

This was Kohl's diplomatic way of saying that the Palestinians must play a role in any Middle East peace settlement — another controversial matter in Israel.

The Associated Press contributed to this article.

החומר הוא
מ-1987



שמור

נכנס

**
**
**
**

551

חוזם: 4,3914

אל: המשרד

ת-: בון, נר: 55, תא: 070487, זח: 1900, דח: ר, טג: ש

נד: @

זוה | מ.א

שמור/רגיל

אל : א. זברת, סמנכל האוצר

דע : אירופה 1, דובק משב, לשכת הנשיא

מאת: היועץ לעניני כלכלה בון

9

מפגש עם השר קליין.

להלן מפיגשת הנשיא הרצוג עם השר החדש לש יפ כלכלי

קליין מן ה-

C.S.U. שנתקיימה ב-7/4 בבוקר וארכה כ-45 דקות. נוכחו

בה שגריר

דפג בישראל האס, השגריר בן-ארי, חנן בר-און והה'מ.

השר קליין פתח במילות ברכה על ביקור הנשיא, סיכר על

עברו וקשריו במדינות ערב ועל היוניות הרחבת הדו שיה

עם מדינות ערב מצד ישראל.

הנשיא ציין את מאמצייה הבלתי פוסקים של ישראל להידברות

עם שכנותיה על מנת להגיע לשלום מלא. סיכר על ביקורו

בפציפיק ועל רצונן של מדינות באזור כגון איי פיזיי

מרשל וטונגה בסיוע ישראלי בעיקר בשטח המחקר החקלאי.

השקיה, וגיידולים באזורים צחיחים, לועתו של הנשיא יש

מקום להרחיב את שיתוף המעולה בין רפג לישראל בארצות

המתפתחות גם לאיזורים אלה. השיב השר קליין שהוא זה

עתה נכנס לתפקיד. ידוע לו על שיתוף המעולה בארצות

THE
STATE OF
NEW YORK
IN SENATE
January 15, 1914.
REPORT
OF THE
COMMISSIONERS OF THE
LAND OFFICE
IN RESPONSE TO
RESOLUTION PASSED
MAY 15, 1913.
ALBANY:
J. B. LIPPINCOTT COMPANY,
PRINTERS,
1914.

נושדד החוץ-מחלקת הקשר

מתפתחות בין ארצו לישראל באמצעות משרדו שהחל בה קודמו
השר וורנקה. הוא בטוח ששיתוף זה ילך ויגבר. הוא ילמד
את הנושא, יברר עם אנשיו ועם שגרירי דמג במציפיק
וישמה לדון בנושא במועד מאוחר יותר עם השגריר בן
ארי.

כשהחל נשיא הרצוג להעלות את הנושא של הטיוע הגרמני
השנתי לישראל הנסיקו השר קליין בהומור ואמר שהוא
קיווה שהנושא לא יעלה... אולם הוא מודע בהחלט לעובדה
שהחזר השנתי של הקרן והריבית של ישראל עולה על הטיוע
השנתי הגרמני. השגריר בן-ארי העיר, שמבחינת הסכומים
המשולמים הרי שישראל למעשה מסייעת לגרמניה...

השר קליין ידע לספר שבעיה זו קיימת במספר ארצות המקבלות
טיוע גרמני כגון תורכיה והודו ויש להפיש לה פתרון
לא רק במסגרת משרדו
B.M.Z. אלא ביחז עם משרד האוצר
הגרמני.

מר בר-און הציע פתרון על ידי הקמת קרן בישראל אליה
יועברו עודמי הנספים השנתיים המושלמים על ידי ישראל
במטבע מקומית. קרן זו תסייע בתוכניות פיתוח וחינוך.
הוא הביא כדוגמה את תכנית מרשל לאירופה. הנשיא הרצוג
העלה את הצורך בהשקעות רבות בחינוך מקצועי בגדה וברצועה
וכן בקרב ערביי ישראל. קרן זו עשויה לסייע לפיתוח
החינוך המקצועי במגזר הערבי.

השר קליין השיב, שההצעות טעונות בדיקה והוא מוכן לדון
בכל פתרון אפשרי. השגריר הציע שוועדה מטעם משרד האוצר
בישראל והאוצר כאן וה-

B.M.W. הגרמני
תדון בקרוב במכלול בעיות הטיוע הגרמני והחזר התשלומים
עו ישראל העולה כאמור על סכום הטיוע ומציאת פתרון
לבעיה. השר קליין חזר וברך את הנשיא והודיע שהוא
מוכן בכל עת לדון בנושאים שהועלו.

זמרון.

===אג.

Lieselotte Berger
Parlamentarische Staatssekretärin
beim Bundeskanzler
Bevollmächtigte der Bundesregierung
in Berlin

5300 Bonn 1, den 02. April 1987
Postfach
Adenauerallee 141
Tel.: Durchwahl (02 28) 56 20 60
1000 Berlin 15, den
Bundesallee 216 - 218
Tel.: Durchwahl (030) 2 12 62 53

Seiner Exzellenz
dem Botschafter des Staates Israel
Herrn Jitzhak Ben-Ari
Simrockallee 2

5300 Bonn 2

אנג'ל פאר זי

①

103.1 218

Sehr geehrter Herr Botschafter, lieber Jitzhak Ben-Ari,
herzlichen Dank für die guten Wünsche, die Sie mir anlässlich meiner
Ernennung zur Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundeskanzler und
Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin übermittelt haben.

Die mir von Herrn Bundeskanzler übertragene neue Aufgabe ist für mich eine
Herausforderung, der ich mich gerne stelle. Dabei bin ich auch auf die
Unterstützung vieler gesellschaftlicher Gruppierungen und zuverlässiger
Partner angewiesen.

Ich werde mich mit ganzer Kraft und Konzentration dieser Aufgabe widmen.

Mit freundlichen Grüßen und in freundschaftlicher Verbundenheit

Ilse
Liesel Berger

אל: בון, נד: 956, מ: המשרד
דח: מ, סג: ש, תא: 310387, יח: 1430

לכא 103.1

שמור/מיד

הציר

הסנטורית שמאלץ יעקובסון לשלך 271.

1. מר בנקודורף שואל אם הסנטוריות אסה לאילת משדה וכו', במקרה זה ידאגו להסעתה.

2. מה עם המלון בו תתגורר באילת כדוצים לדאוג ליוך פרטים (בתורה).

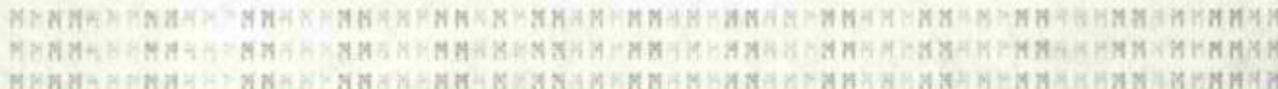
אירופה 1.

א.א.

לכא 103.1

תפ: אירא, מאור

לכא



משרד החוץ - מחלקת הקשר - יו.א. 103.1

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שמור

נכנס **

**

**

**

חודם: 3/15140

אל:המשרד

מ:בוון,נד:271,תא:270387,זח:1400,זח:ר,טג:ש

נד:8

Now

27.3

למקרה

שמור/רגיל

אל : אירונה 1

מאת: הציר - בון

ביקור הטנטורית שמאלץ-יעקובסן . שלבם 889 מ-26.3

1. האורחת תגיע לנתב'ג ב-11.4 בטיסת לופטהנזה 686 האמורה להגיע ב-14.15 ותטוס באותו יום ב-16.30 לאילת.

2. מסרו נא ליוליוס בנקנדרוף שהיא תשם לראותו בנתב'ג. באשר למפגש נוסף - שיתקשר עם שגרם'ג המתאמת את הביקור.

נדון

===מש

תפ: ממנכל,אירא,אביטל,מאור

4484
משרד החוץ, תל אביב, ישראל

TO: DIRECTOR, FBI
FROM: SAC, [illegible]

RE: [illegible]

[Faded typed text, mostly illegible]

Very truly yours,
[illegible signature]

[illegible typed name]



אל: בון, נר: 889, מ: המשרד
 דח: מ, סג: ט, תא: 260387, רח: 1500

מיידי/שמו

הציר

ביקור הסנאטורית שמאלץ יקובסון

1. התקשר הבוקר יוליוס בנקנדורף מחל אביב וסיפר שקרא עתה בעתון גרמני, ששלח אליו ידיד, שהניח מגיעה ארצה ומטרת בואה ביידי ושם יי,

2. הינו ניצול שואה בזכות משפחתה של הגברת שמאלץ - יקובסון ובישראל נמצאים לפחות כ-10 אנשים שניצלו בזכותם.
 3. ברצונם לקבלה בנמל התעופה בהגיעה, לארחה לקבלת פנים, לסייר עמה בישראל ולכבדה במטרה להביע תודתם העמוקה.
 4. מבקשים לדעת פרטי: הגעתה לנתבי'ג, ואם הדבר מקובל עליה, פרטים נוספים כדי שיוכלו לתכנן את אירוחה.
 5. מר בנקנדורף מנהס ליצור קשר עם ד"ר פלדיאל ביידי ושמי כדי שיוכלו להיות נוכחים בטקס.

6. מספר הטלפון של יוליוס בנקנדורף בביתו 846689 - 03
 למיפולך הנאמן

אירופה 1

טף

תפ: אירא, תפוצות

Cornelia Schmalz-Jacobsen

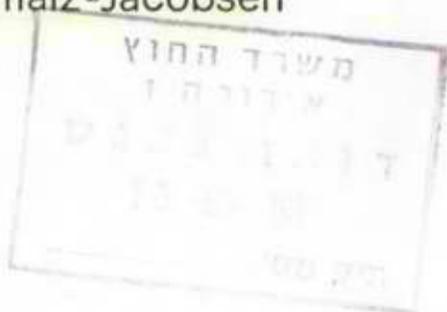
Senatorin

CORNELIA SCHMALZ-JACOBSEN

Senatorin für Jugend und Familie

Am Karlsbad 8-10
1000 Berlin 30

Telefon 26 04 - 26 92



KURZBIOGRAFIE

52 Jahre alt, geboren in Berlin
verheiratet (getrennt)
drei Söhne (28, 26 und 15)

Ausbildung:

Abitur

Studium Gesang und Sprachen
in Berlin, Perugia und Rom

Seit 1963 als Journalistin tätig

1967: Übersiedlung nach München

1967: Eintritt in die F.D.P.

1972: Wahl in den Stadtrat von München

1974: Münchener F.D.P.-Vorstand

1978: OB-Kandidatin in München der F.D.P.

1982: F.D.P.-Vorsitzende in München

1983: Mitglied des bayerischen Landesvorstandes

Delegierte zu Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag

Sachverständiges Mitglied in der Kommission für
Gleichberechtigung und Familienpolitik der F.D.P.

Seit 18.4.1985 Senatorin für Jugend und Familie in Berlin

Seit April 1986 wiederum Bundesparteitagsdelegierte

Buchveröffentlichungen:

1. "Wählen Sie doch unsere Mutter"
(Neue Reihe, Otto-Maier-Verlag)
2. "Klimawechsel" (rororo, Reihe "neue Frauen")

Sprachen: englisch fließend, italienisch und französisch

Handwritten note: Jugend für ✓

טו' באדר התשמ"ז
16 במרס 1987
652

אל : לשכת הנשיא
מאת : ס/מנחל אירופה 1.

הנדון : פגישה לנשיא עם הסנאטור קורנליה שמאלץ-יקובסון.

בהטלצת שגרירנו בבון אנו מבקשים שכבוד הנשיא יאות לפוגשה לשיחה.
במצורף קורות חייה. קרוב לודאי שהנשיא תרצוג יפגוש בה גם בביקורו בברלין,
טרם הגיעה לישראל.
מועד נח לעריכת הפגישה 21 או 22 באפריל 1987.

בברכה,

מריס שמרת.

"
מריס שמרת

1957
1958
1959

1957
1958

1957 1958 1959

1957 1958 1959
1957 1958 1959
1957 1958 1959
1957 1958 1959

1957

1957

1957

CORNELIA SCHMALZ-JACOBSEN

סנאטור לנוער ומשפחה בברלין.

נולדה בברלין, בת 52, שלשה בניס/(נפרדה מבעלה). פרסמה ספרים. דוברת אנגלית

איטלקית וצרפתית.

למדה שירה ושפות בברלין מרוג'יה דרוטא.

מאז 1963 עתונאית.

חברת המפלגה הליבראלית (F.D.P.).

1972 בתועצת העיר מינכן;

1974 בהנהלת המפלגה הליבראלית במינכן;

1978 מועמדת המפלגה הליבראלית לראשות העיר;

1982 יו"ר המפלגה הליבראלית במינכן;

1983 בהנהלת המפלגה בבואריה, מועמדת למדיניות המשפחה.

מאז 1985 סנאטור לנוער ומשפחה בברלין.

הגברה שטאלץ-יקובסון מגיעה ארצה כדי לטעת עץ ביד ושם ב-19.4.87 על שם הוריה,

מחסידי אוטות העולם. אביה הציל יהודים כקצין בצבא הגרמני ואמה פעלה בנפרד

בברלין להצלת יהודים.

CORNELIA SCHMIDT-JACOBSEN

1885-1968

1885-1968

1885-1968

1885-1968

1885-1968

1885-1968

1885-1968

1885-1968

1885-1968

1885-1968

1885-1968

1885-1968

1885-1968

1885-1968

1885-1968

מזכר

(להתכתבות מנימית במשרדי הממשלה)

מזכר

התאריך	2/3	אל: שלם שלום למנהל אחראי	מאת:
תיק מס'		קולט גליל	הנדון:

למנהל - למנהל
 בקשה על יו אגמ עמ
 של קבלה, יו אגמ
 שלם שלום

(15)

משד החוז
 אידופה ו
 דואר נכנס
 05-03-1987
 תיק מס'

2/3 אגמ
 טקסט בקשה
 מועצה ביטחון - אגמ
 יו אגמ - קולט גליל
 16.3

משרד החוץ-מחלקת הקשר

7416

תאריך 17.02.87

נכנס **
**
**
**

שמו

צמח
צמח

חוזם: 2,7416
אל: המשרד
מ-: בון, נר: 141, תא: 160287, חז: 1530, דח: ר, סג: ש
נד: 0

צמח

שמו/רגיל

אל: אירופה 1
מאת: השגריר בון

גב' שמאלץ יקובסן
CORNELIA SCHMALZ-JAKOBSEN, סנטור לנוער ומשפחה
בברלין מוזמנת ע"י יד ושם לנטוע עץ ב-19 אפריל על
שם הוריה, מחסידי אומות העולם. אביה היה קצין צבא
שהציל יהודים וכן גם אמה פעלה בנפרד בברלין. היא
תגיע לחופשה בארץ, עם בנה, בין 11-19 באפריל ולאחר
מכן מעוניינת בפגישות. ממליץ על פגישה עם הנשיא,
השר נבון, השרה ארבל-אלמוזנינו. מוכנה להרצות. ממליץ
שתאמו גם עם שארפ'ג שעשוי לטפל בביקורה.

בו ארי

ע/ש=

תפ: שהח, מנכל, ממנכל, ענוג, אירא, תפוצות, אביטל, מאור

1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960

1961

1962
1963

1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031
2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050

2051

2052

2053
2054
2055
2056
2057
2058
2059
2060
2061
2062
2063
2064
2065
2066
2067
2068
2069
2070
2071
2072
2073
2074
2075
2076
2077
2078
2079
2080
2081
2082
2083
2084
2085
2086
2087
2088
2089
2090
2091
2092
2093
2094
2095
2096
2097
2098
2099
2100

6677

תאריך : 13.03.37 **משרד החוץ-מחלקת הקשר**

טורי

נכנס **

**

**

**

חוזם: 6677/3

אל: המשורד

מ-: בורן/נר: 117, תא: 120387, זח: 1500, דח: מ, טג: ט

נד: @

שמור/מידוי

אל: אירומה 1

מאת: השגריר - בורן/בן ארי

SENATORIN CORNELIA SCHMALZ - JACOBSEN

1. נולדה בברלין, בת 52, שלושה בנים (נפרדה מבעלה).

למדה שירה ושפות בברלין פורג'יה ורומא. מאז 1963

עתונאית. חברת F.D.P.

1972 במועצה העיר מינכן.

1974 בהנהלת הליברלים במינכן.

1978 מועמדת ה-F.D.P. לראשות העיר.

1982 יו"ר F.D.P. במינכן.

1983 בהנהלת המפלגה במינכן, מומחית למדיניות המשפחה.

מאז 1985 טנאטור לנוער ומשפחה בברלין. פרסמה ספרים.

מדוברת אנגלית, איטלקית וצרפתית.

2. קבעו נא פגישות טמון לטקס ביד-ושט.

בן-ארי

תפ: ממנכל, אירא, אביטל, צאוד

1950

1951

1952

1953

1954

1955

1956

1957

1958

1959

1960

1961

1962

1963

1964

1965

1966

1967

1968

1969

1970

1971

1972

1973

1974

1975

1976

1977

1978

1979

1980

1981

1982

1983

1984

1985

1986

1987

1988

1989

1990

1991

1992

משרד החוץ-מחלקת הקשר

2922

1 צא

טמור

**
**
**
**

אל: בון, נר: 624, מ: המשרד
דח: מ, סג: ש, תא: 090387, זח: 1530

למנהל

שמור/מיידי

הטגריד

הסנטורית מברלין שמאלץ יקובסון

1. אנה תולדות חיים בחוץ נדי לתאם הפגישות המבוקשות בשלכם
141 מ-16 בפברואר

2. מה התאריכים הנוחים לעריכת הפגישות
אירופה 1

אס

תפ: אירא, מאור

2208

תאריך: 03-05-67 **החוק-נוחלקת הקשר**

שנור

נכנס

**

**

**

**

חוזם: 2208, 3

אל: המשורר

מ: - בון, נר: 39, תא: 040387, זח: 1300, דח: מ, טג: ש

נד: 2

371

שמור/מידוי

אל: אירונה 1

מאת: השגוריו - בון/בן ארי

גבי שמאלץ-יקובסון . לשלן 871

1. הטכטוריות מקבלת ההזמנה ברצון ובתודה. תדבר על הנוער הגרמני ובגורמניה.

2. האם שגוריות רמ"ג עושה דבר מה בקשר לביקור זה?

בן ארי.

==שן

תפ: ענוב, אירא, אביטל, מאור, תרבות, הסברה

REVENUE
BY
THE LAND OFFICE
ETC.

REVENUE
BY
THE LAND OFFICE
ETC.

REVENUE BY THE LAND OFFICE

REVENUE BY THE LAND OFFICE

REVENUE BY THE LAND OFFICE

REVENUE

REVENUE

REVENUE BY THE LAND OFFICE

משרד החוץ-מחלקת הקשר

765

יוצא

שמור

**
**
**
**

אל: בון, נר: 871, מ: המשרד
דח: מ, סג: ש, תא: 270287, רח: 1200

שמור/מייד

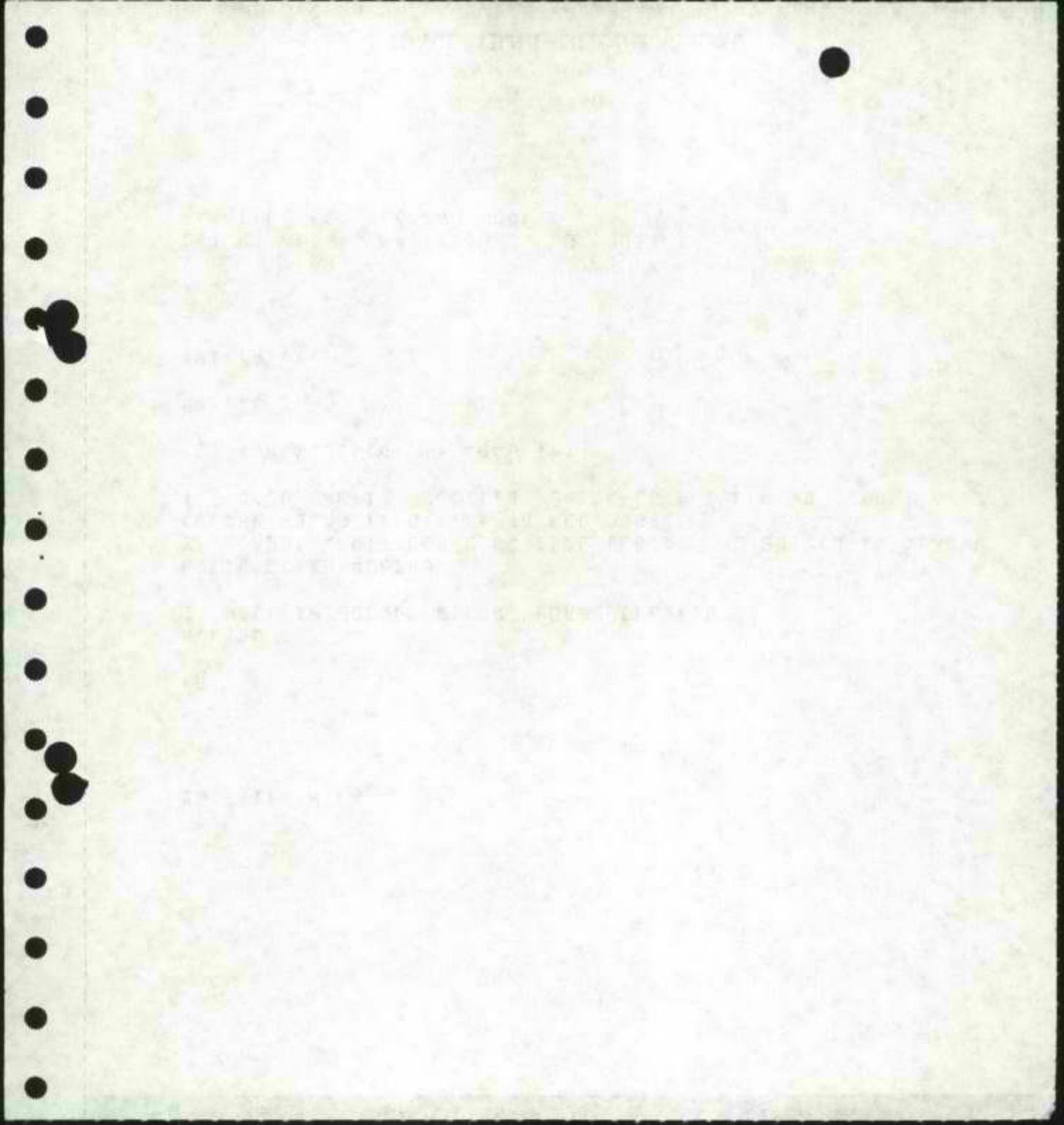
השגריר

גבי שמאלץ יקובסון - לשלך 141.

1. סניף אגודת הידידות ישראל-רפיג בירושלים ישמח לארח להרצאה שתישא ביום ג' 21/4 שעה 2000.
2. ישמחו לשמוע הרצאה על נועד ברפיג, אך פתוחים גם להצעות אחרות בנושא להרצאה.
3. אשרו נא הסכמתה שנושא ההרצאה בגרמנית.
אירופה 1

גע

תפ: טנוג, אירא



משרד החוץ-מחלקת הקשר

7416

17.02.87 תאריך

נכנס **

שמור

**

**

**

חוזם: 2,7416

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 141, תא: 160287, חז: 1530, דח: ר, סג: ש

נד: 2

מאיר רופה יקובסן
מאת: השגריר בון

שמור/רגיל

אל: מאיר רופה 1

מאת: השגריר בון

גב' שמאלץ יקובסן

CORNELIA SCHMALZ-JAKOBSEN, סנטור לנוער ומשפחה

ברלין מוזמנת ע"י יד ושם לנטוע עץ ב-19 אפריל על

שם הוריה, מחסידי אומות העולם. אביה היה קצין צבא

שהציל יהודים וכן גם אמה פעלה בנפרד בברלין. היא

תגיע לחופשה בארץ, עם בנה, בין 11-19 באפריל ולאחר

מכן מעוניינת בפגישות. ממליץ על פגישה עם הנשיא,

השר נבון, השרה ארבל-אלמוזנינו. מוכנה להרצות. ממליץ

שתתאמו גם עם שגרפ'ג שעשוי לטפל בביקורה.

בן ארי

ע/ש=

תפ: שהח, מנכל, ממנכל, ענוג, אירא, תפוצות, אביטל, מאור



בון, כ"ט אדר תשמ"ז
30 במרץ 1987
779

614

בשרד
אירן
בנימין נתנאל
3-04-1987
דניק חסי

א ל : גבי חמדה גולן, מנהלת המח' לאומנות, משפט

Ⓞ

מאת : הציר, בון
מ.א. / ז.א.

הנדון : טיוטת הסכם בין ישראל לרפ"ג וש"פ בנושא קנין רוחני

בהמשך למכתבי 754 מיום 2.3

1. מצ"ב תצלום מכתבו של די"ר קריגר אלי מיום 30.3 המבקש שינוי קטן במבוא להסכם, דהיינו משפט המתייחס להצהרת ועידת גאטע בפונטה דל אסטה בספטמבר 1986. בגוף המכתב הנוסח המוצע לפיסקה השניה במבוא (הכולל התייחסות הנ"ל) בגרמנית ובאנגלית.
2. בשיחה טלפונית אמר לי, שמש' הכלכלה, הוא שדרש את הכללת המשפט.
3. נא עמדתכם לשינוי המוצע ולהצעות שהעברתי בצמוד למכתבי שבסימוכין.

ב ב ר כ ה,
ג. מדון
170

העתק : אירופה 1

DEPARTMENT OF JUSTICE



OFFICE OF THE ATTORNEY GENERAL

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
WASHINGTON, D.C. 20530

MAJ

TO: THE ATTORNEY GENERAL, DEPARTMENT OF JUSTICE, WASHINGTON, D.C.

FROM: [Illegible]

Re: [Illegible]



DATE: [Illegible]

[Illegible]

[Illegible text block]

[Illegible text block]

[Illegible text block]

[Illegible signature]

[Illegible]

Der Bundesminister der Justiz

9262/2 I 9 - 30 194/87

5300 Bonn 2, den 30. März 1987

Heinemannstraße 6, Postfach 20 06 50

Ruf: (0228) 58-1

bei Durchwahl 58 4325

An die
Botschaft des Staates Israels
z. Hd. v. Herrn Gesandten Dr. Gabriel Padon
Simrockallee 2

5300 Bonn 2

Betr.: Deutsch-israelische Regierungsvereinbarung
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des
geistigen Eigentums

Sehr geehrter Herr Dr. Padon,

zur vorgesehenen deutsch-israelischen Regierungsvereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des geistigen Eigentums möchte ich Ihnen im Anschluß an mein Schreiben vom 27. Februar 1987 noch folgendes mitteilen:

Von den für die multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen des GATT zuständigen Stellen in der Bundesregierung ist vorgeschlagen worden, im Hinblick auf die Ministererklärung von Punta del Este vom September 1986 über die neue GATT-Runde, der unsere beiden Länder zugestimmt haben und nach der auch über die Handelsaspekte des Schutzes des geistigen Eigentums verhandelt werden soll, in die Präambel

...

der vorgesehenen deutsch-israelischen Regierungsvereinbarung noch einen Hinweis auf die Erklärung von Punta del Este aufzunehmen.

Wir möchten daher vorschlagen, den zweiten Absatz der Präambel, der bisher lautet

"in dem Wunsch, Freundschaft und Zusammenarbeit durch die Stärkung des gegenseitigen Handels zu fördern"

nach dem Wort "Zusammenarbeit" um folgende Worte zu ergänzen

"auch im Hinblick auf die Erklärung von Punta del Este vom September 1986".

Der zweite Absatz der Präambel würde danach in deutscher und englischer Fassung folgenden Wortlaut haben:

"in dem Wunsch, Freundschaft und Zusammenarbeit auch im Hinblick auf die Erklärung von Punta del Este vom September 1986 durch die Stärkung des gegenseitigen Handels zu fördern,

Wishing to promote friendship and co-operation through the strengthening of mutual trade flow with reference to the Punta del Este declaration of september 1986,"

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die zuständigen Stellen dieser Ergänzung zustimmen würden. Irgendeine materiell-rechtliche Bedeutung kommt ihr nicht zu. Sie soll lediglich den Gesamtzusammenhang mit den gegenwärtigen welt-

weiten Bemühungen um eine Verstärkung des internationalen Handels deutlich machen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Krieger
(Krieger)

שמור

531

** נכנס
**
**
**

חוזם: 3,16293

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 296, תא: 300387, חז: 2000, דח: ר/סג: ש

נד: 8

אין / מ.א.

שמור/רגיל

אל : לשכת המנכל

דע : אירופה 1, נזא'ר, מר'נ

מאת: שג' בון

ביקור המנכל המדיני בון.

1. דיון עם מנהל האגף המדיני ד"ר מרן-דינטהומן בהשתתפות טגן מהנל מח' בריהמ ד"ר ליבל, השגריר בן-ארי, לשט שטיין והח"מ (23) :

דינטהומן הציג עצמו ומבנה משרדו ולשאלת המנכל, אין רואה רמג את גורבצ'וב ותיקדניו השיב, שמקדמים בברכה נכונותו להסכם על הטילים לטווח בינוני, מניחים שדיוני גנבה ימשכו ובנוסף לטיוטת האמריקנים תונה בהקדם גם טיוטה של בריהמ. ממרפ"ג שראפת למתרון אפס לטלים ארוכי טווח באירופה, נן שיירותרו רק כמאה ראשי קרב באסיה הסובייטית ומאה בארהב. לטווח הארוך שראפים למתרון אפס גלובלי. מקווים שההסכם המקורה יכלול טעף בדבר איסור טילים לטווח 5-5000 ק"מ ומעונינים בהגבלות והפחתות כלליות שורת לכל הצדדים. הבעיה האמיתית מתקדת בשאלת האימות, כאשר האמריקנים מעלים הצעות קונקרטיות בדבר מניחים זרים ובשטח המדינה הנבדקת. על אף בעיותיה נושא זה אין הוא פסימי.

דינטהומן אינו צופה לעתיד הקרוב ניתוק בין אירופה

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE

ATTORNEY GENERAL

WASHINGTON, D. C. 20530

MEMO

TO: THE ATTORNEY GENERAL

FROM: [Illegible]

SUBJECT: [Illegible]

DATE: [Illegible]

RE: [Illegible]

[Illegible text]

[Illegible text]

[Illegible text]

משרד החוץ-מחלקת הקשר

המערבית לארהוב, שהרי מטריית ההגנה קיימת. טבור שראוי לתת אשואי לגורבצוב ולעקוב בקפידה אחר יישוב כוונותיו בכל התחומים נולד אלה של ייהסל השלישי. אפשר לראות גמישות מקריימת של הרוסים גם בתחום זה.

גורבצוב מפנה חלק ניכר מפעילותו לשאלות ההומניטריות ולעניינים הרגיונליים בתוך בריהט. סיפר שהאמריקני אברהם סופר נסע למוסקבה לדיון בשאלות משפטיות, כולל חסינות פעילות קונסולרית וכיו"ב.

על יחסי רמג-בריהט סיפר שהגרמנים נחשבו בשנים 84-86 לרביזיוניסטים ומסמלי הרע, אך ביקור גנשר ביולי האחרון שינה המגמה ואף חתמו על הסכם לחילופי מדע. התייחס קצרות לשיפור במספר היוצאים מבריהט ולהשלכות על הגרמנים המבקשים לצאת. סיפר ששאל את שגריר בריהט בבון על אפשרות כינון יחסים עם ישראל ופתיחת שערים ובענה שמוטב לא להתנות תנאים לכינוס הועידה הבינל. דיכטהופן השיב שהגדלת מספר היוצאים תשפר סיכויי קיום הועידה. המנכל הגיב, שאנו מבהירים לרוסים בכל הזדמנות שענייננו בצד האישי-אנושי של פתיחת השערים ואין לנו כל כוונה להתערב בענייני בריהט. דיכטהופן שאל על שינוי ביחס בריהט לישראל והמנכל השיב שיש שינוי, משוחחים עם נציגינו במקומות שונים, מודים בשגיאת ניתוק היחסים ומסבירים שהם מעצמה וזקוקים לזמן ולנימוקים לשנוי גישתם. יתכן שהועידה הבינל תאפשר הידושה היחסים.

המנכל הוסיף נרטים על ההתקדמות והבעייתיות בשיפור יחסינו עם מזאר. דיכטהופן סיפר שקרויזינטקי, לשעבר השגריר ברמג, שביקר כאן לאחרונה, טען שישראל אשמה בכשלון המגישה בהלסינקי.

לנושא הפנים-רוסי הביע דעת הגרמנים, שבריהט ודעה להמנע מהשקעות נרחבות בעולם ומעוניינת אף להתקבל ממספר מקדמות אירועים. טבור שתנאי הרוסים לנסיגה מאפגניסטן בלתי קבילים על יריביהט, אך שאיפת הרוסים לסגת בעינה עומדת.

ההתנגדות לשינויים בבריהט מקורה בעיקר במחלקה המדינית של המפלגה ובפעילי המחוזות הכפריים. המנכל העיר שמתרשם שמעמד גורבצוב אינו רע ודיכטהופן השיב, שהאינטליגנציה הסכנית והמנהלית תומכת ברפורמה כדי להדביק את המערב.

THESE ARE THE RESULTS OF THE RESEARCH
CONDUCTED BY THE NATIONAL BUREAU OF STANDARDS
AND THE NATIONAL INSTITUTE OF STANDARDS
AND TECHNOLOGY IN CONNECTION WITH THE
RESEARCH PROGRAM ON THE PHYSICAL PROPERTIES
OF METALS.

THESE RESULTS ARE THE PROPERTY OF THE
NATIONAL BUREAU OF STANDARDS AND THE
NATIONAL INSTITUTE OF STANDARDS AND
TECHNOLOGY AND ARE NOT TO BE REPRODUCED
WITHOUT PERMISSION FROM THE NATIONAL
BUREAU OF STANDARDS.

THESE RESULTS ARE THE PROPERTY OF THE
NATIONAL BUREAU OF STANDARDS AND THE
NATIONAL INSTITUTE OF STANDARDS AND
TECHNOLOGY AND ARE NOT TO BE REPRODUCED
WITHOUT PERMISSION FROM THE NATIONAL
BUREAU OF STANDARDS.

THESE RESULTS ARE THE PROPERTY OF THE
NATIONAL BUREAU OF STANDARDS AND THE
NATIONAL INSTITUTE OF STANDARDS AND
TECHNOLOGY AND ARE NOT TO BE REPRODUCED
WITHOUT PERMISSION FROM THE NATIONAL
BUREAU OF STANDARDS.

THESE RESULTS ARE THE PROPERTY OF THE
NATIONAL BUREAU OF STANDARDS AND THE
NATIONAL INSTITUTE OF STANDARDS AND
TECHNOLOGY AND ARE NOT TO BE REPRODUCED
WITHOUT PERMISSION FROM THE NATIONAL
BUREAU OF STANDARDS.

THESE RESULTS ARE THE PROPERTY OF THE
NATIONAL BUREAU OF STANDARDS AND THE
NATIONAL INSTITUTE OF STANDARDS AND
TECHNOLOGY AND ARE NOT TO BE REPRODUCED
WITHOUT PERMISSION FROM THE NATIONAL
BUREAU OF STANDARDS.

משרד החוץ-מחלקת הקשר

הגרמנים מוטרדים במיוחד משאלת חוסר האיזון ומעוניינים בהתקומות בפיקרוק הנשק הקונבנציונלי. לכן מעודדים קיום שיחות בווינה על היציבות קונבנציון-לית' והמעצמות מנסות עתה לנסח מנדטים לשיחות אלה. המציאות הגיאוגרפית פועלת לטובת בריהם והיא זו החייבת לשנות הדוקטרינה ויכולתה לפלוש לאירופה. לרמג דוקטרינה הגנתית. על גורבצוב לתרום להגברת היציבות וההרגשה החיובית באירופה כחלק וכתנאי מקדים

ל- 'פרסטרויקה'. הזכיר גם שקיימים חילוקי דעות באירופה המערבית באשר ליחס לבריהם ובעיקר קיום חשש הצרפתים מתוצאות פירוק נשק גרעיני באירופה. רמג מנסה לחזק את 'האיחוד המערב אירופי' כחלק האירופאי של נאטו, אם גם אין כאן כל כוונה ליצור תהליך לנטו. הבהירו לאמריקנים עמדתם בענין שיחות ה- ABM שבהן אין לרמג צד. מנסים להתמיד בגישתם המעודדת החיובית ומבקרת השלילי בכל נושא הדיטאנט. מנסים לקדם נושאי הסל הכלכלי והאנושי ומנסים להביא לקיום ועידת מזרח-מערב כלכלית ברמג.

דיון עם שר המדינה במשרד החוץ, הלמוט שפר, עוזרו האישי ודסקאית של ישראל מול ארבעתנו בנל : (23)

שפר, שנתמנה זה עתה לתפקידו, ציין שזה מגשר הראשון עם מנכל מחול. תחום עיסוקו מדינות העולם השלישי ויתרכז באפריקה, אך היה תמיד מעוניין במזת וימשין בכך. שמה שקבענו זכרים ברורים באשר לשתף צבאי עם דראפ, שכן היתה לו ביקורת רבה עלינו בנושא זה. קבע שה- ANC אינו על טהרת הקומוניסטים ונענה מי המנכל שגם אנו איננו טבורים שכן. שפר הביע דעתו שדווקא המשטר הלבן יביא את הקומוניזם לדראפ. המנכל התייחס לצביעה מדינות המערב בנושא החרם על דראפ. שפר הדגיש שמתנגד לסנקציות נרחבות ומעדיף גישעה ברגשות המשטר וראשיו על גישה בכלכלה ובעובדים. ביקש לשמוע על הוועדה הבינל והמצב בשטחים.

המנכל פירט השינויים בשטחים בחזשים האחרונים ומספר ההתנחלויות שהוקמו בתקופת הקואליציה הנוכחית. השווה מספר הערבים והיהודים ביוש'ע והביע הערכתו ששום ממשלה ישראלית לא תוכל לשוב למשרה טריטוריאלית מסוג תבנית אלון. סיבר על המגעים וההסכמות עם חוסיין ועל חילוקי הדעות שנותרו והסביר שאם תושג התקדמות במאמצי שה' לקידום ועידה בינל, יבואו הדברים להכרעת הממשלה.

THESE ARE THE FIRST TWO PAGES OF THE
REPORT OF THE COMMISSIONER OF THE
REVENUE DEPARTMENT FOR THE YEAR
1900. THE REPORT IS A COMPREHENSIVE
STATEMENT OF THE REVENUE OF THE
STATE FOR THE YEAR ENDING 31ST
MARCH 1900. THE REPORT IS
DIVIDED INTO SEVERAL PARTS
AND IS ACCOMPANIED BY A
STATEMENT OF THE REVENUE OF THE
INDIAN TERRITORIES FOR THE
SAME YEAR.

THE REPORT IS A COMPREHENSIVE
STATEMENT OF THE REVENUE OF THE
STATE FOR THE YEAR ENDING 31ST
MARCH 1900. THE REPORT IS
DIVIDED INTO SEVERAL PARTS
AND IS ACCOMPANIED BY A
STATEMENT OF THE REVENUE OF THE
INDIAN TERRITORIES FOR THE
SAME YEAR.

THE REPORT IS A COMPREHENSIVE
STATEMENT OF THE REVENUE OF THE
STATE FOR THE YEAR ENDING 31ST
MARCH 1900.

THE REPORT IS A COMPREHENSIVE
STATEMENT OF THE REVENUE OF THE
STATE FOR THE YEAR ENDING 31ST
MARCH 1900. THE REPORT IS
DIVIDED INTO SEVERAL PARTS
AND IS ACCOMPANIED BY A
STATEMENT OF THE REVENUE OF THE
INDIAN TERRITORIES FOR THE
SAME YEAR.

THE REPORT IS A COMPREHENSIVE
STATEMENT OF THE REVENUE OF THE
STATE FOR THE YEAR ENDING 31ST
MARCH 1900. THE REPORT IS
DIVIDED INTO SEVERAL PARTS
AND IS ACCOMPANIED BY A
STATEMENT OF THE REVENUE OF THE
INDIAN TERRITORIES FOR THE
SAME YEAR.

משרד החוץ-מחלקת הקשר

בהמשך התקיימה ארוחת צהריים הגיגית בהשתתפות כמה מראשי
משה"ח, ראש המכון למחקר מדיני, סגן יו"ר הבונדסטאג
וערך ראשי של שירות הרדיו, ומנכל ארגון התעשיינים.

גד כהן.

====אג.

תפ: שהח, רהמ, שהבט, מנכל, ממנכל, טמנכל, ממד, רוס, אמן, אירב, מזאר,
כרנ, אירא

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
DIVISION OF THE PHYSICAL SCIENCES
DEPARTMENT OF CHEMISTRY

1954

1954

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
DIVISION OF THE PHYSICAL SCIENCES
DEPARTMENT OF CHEMISTRY

16334

מושרד הדיוץ-מחלקת הקשר

תאריך : 31.03.87

נכנס **

שמו

**

**
570

הדזם: 3,16334

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 285, תא: 300387, זח: 1900, דח: ר, טג: ש

נד: &

איתן מ

שמו/רגיל

אל : גד אלרון, האוצר

דע : זברת, סמנכל האוצר

מאת: היועץ לעניני כלכלה בון

ביטוח סוציאלי.

ד"ר מישר מוועדות התביעות ממרנקפורט מוסר שהגב' ד"ר בר עו"ד ממרנקפורט מגיעה לישראל בענין שינוי אמרי בתחיקה הגרמנית לגבי זכויות ישראלים בביטוח הסוציאלי הגרמני.

מבקש שתקבלו לשיחה את הגב' בר ואת הגב' לכמן נציגת וועדות התביעות בישראל. הגב' בר היא עו"ד פרטי המייצגת מבוטחים ישראלים, אך הידיעות שבידה בדבר תיקון החוק עשויות להקל על כרוכים בזכאותם לביטוח סוציאלי גרמני לזברי הד"ר מישר. פרטי שינוי החוק בדים.

זמרן.

===אג.

תפ: ממנכל, אידא, מינדבי, נלנליתב', אוצר, דברת

RECEIVED
DATE: 1954
BY: [illegible]

341N

NO. 1
14
1954

[illegible text]

[illegible text]

TOTAL

[illegible]

[illegible text]

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

בון, כ"ח אדר תשמ"ז
29.3.1987

468 - 23



שגרירות ישראל

5

א ל : הגב' מרים שמרת, ס/ מנהל אירופה 1

מאת : היועץ לענייני כלכלה, בון

הנידון : תאומי מנגלה מכתבך מיום 18.3.87

שלום רב,

בענין תאומי מנגלה אנו פועלים בהתאם להוראות
משרד האוצר, שהינו האחראי לנושא.

קיימת התכתבות רבה בנושא עם משרד האוצר ומחלקת
תפוצות במשרד החוץ בשנה האחרונה.

דווקא בימים אלה מסתמן אולי פתרון כלשהוא מצד
הגרמנים במסגרת חוק הפיצויים הקיים לפצות את תאומי מנגלה.

פרטים נוספים על השתלשלות הטיפול בענין התאומים
ניתן לקבל במחלקה ליחסים בינלאומיים במשרד האוצר.

ב ב כ ה,
א. זמרן

Handwritten notes in blue ink: 'א. זמרן' (A. Zimran), 'פג.' (Pg.), and '31.1.87' (31.1.87).



STATE SECURITY ADMINISTRATION
U.S. DEPARTMENT OF JUSTICE
WASHINGTON, D.C. 20535
488 - 884

1. Name of person or organization to be investigated:
2. Address of person or organization:
3. Date of investigation:
4. Name of investigator:

Handwritten notes in the right margin, including a circled '1' and illegible scribbles.

5. Name of person or organization to be interviewed:
6. Address of person or organization:

7. Name of person or organization to be contacted:
8. Address of person or organization:

9. Name of person or organization to be interviewed:
10. Address of person or organization:

11. Name of person or organization to be interviewed:
12. Address of person or organization:

~~SECRET~~

Handwritten initials and numbers: "M", "3/14/75", "M".

U.S. DEPARTMENT OF JUSTICE
STATE SECURITY ADMINISTRATION
WASHINGTON, D.C. 20535

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שומר

נכנס **

**

**

**

553

הודעת: 3/15141

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 272, תא: 270387, זח: 1400, דח: ר, טג: ש

נד: 8

א. א. א. א.

שומר/רגיל

אל : לשכת המכתב'ל

דע : אגף אירופה , אירופה 1 , מזא"ר , מרי"נ , בינלי
1 ממ"ד

מאת : הציר - בון

טיכום פגישת המכתב'ל המדיני עם מזכיר המדינה במשה'ח
הרפ"גו מאיור-לנדרוט.

1. בפגישה שנערכה ב-23.3 נכחו גם השגריר, מר לשם
שטיין , גבות קמפה ט/מכהל מח' מדינות העימות והחמ"א.

2. לבקשת ד"ר ביילין מתח המארח בהערכת ההתפתחויות
בבריהמ"א. אין לראות ביוזמת גורבצ'ב כרוכה לרפורמה
הבריתית מרחיקת לכת ולשינוי באופי המשטר הקומוניסטי
אלא כמדיניות שמטרתה להגביר את הקידום הכלכלי והטכנולוגי
להאדיר את יוקרה בריהמ"א בעולם ואת מעמדה ומעורבותה
של המפלגה בלני כנים . ההנהגה הסובייטית נוכחה שלמות
הישגי ביתוח בשטחים מטריימים כגון כיבוש ההלל החיצון
כמציאת בריהמ"א בפיגור מדאיג שאיננו מאפשר לה להתמודד
כלכלית וטכנולוגית עם המערב. במיוחד עמדה נגד עיניהם
דוגמת טין שהפכה הון 25-30 שנים מארץ מפגרת לארץ
מפותחת יחסית בעוד שפיתוחה של בריהמ"א ועלית רמת
החיים של תושביה נעצרה לפני ב-15-10 שנים ומתחייבת
רפורמה רצינית לתיקון המצב. גורבצ'ב נתקל בקשיים
גדולים במפלגה הקומוניסטית שהפונקציונרים שלה מפחדים
לאבד את הפריבילגיות שלהם והוא זקוק לאור זאת לתמיכה

משרד החוץ - מחלקת הקשר

341A

משרד החוץ-מחלקת הקשר

ציבורית רחבה כחברות הרפורמה שלו. כדי לזכות בתמיכת הציבור הוא חייב להבטיח לו עליה ברמת החיים, בחוק התערבות בירוקרטיה בחיי המדע ושלום. אי לדאת נוקטת ברית' בירוזמות להמגת המתחות בנושאי חוץ ופירוק נשק. לדעתו, יש לצבור שבריהמ' תגיש הצעה אחר הצעה בנושא פירוק הנשק, מה גם שהמודרניזציה של החימוש הטוביטי אינה מתקדמת כל כך טוב כפי שטבורים מומחים צבאיים מערביים. צומה שתהיה תזוזה רבה בתחום הארגון הממשלתי המנימי ועליה משמעותית בהיתרי הגירה ליהודים ולגרמנים, לצורך שיפור תדמית בריהמ'.

3. מערין שגורוצ'ב חוזר לצמצום מעורבות היתר (OVER ENGAGEMENT) של בריהמ' בעולם השלישי. הוא חוזר לתודון באנגניסטן שיבטיח האינטרסים הטוביטים ללא נוכחות צבאית. רואה המשמעותית את ההגדרה הטוביטית הנוכחית של החושב דו-קיום בשלום. שהיא מאז הקונגרס ה-27: "מאבק על השלום" בעוד שעד אז היתה "מאבק מעמדות עם המערב".

באשר למזה'ת, טבור שבריהמ' לא תנהל מאבק פעיל על כניסת ועידה בינל', אך לא תסכים להיעזר מועידה אם תכונס. שאימתה לחזור בעידת האפשר להסכם ואנט-גרומיקו מ-1979 לשמור על נוכחות בנושאי מזה'ת אך לא לגלות מעורבות פעילה. אין לבריהמ' עניין במעורבות כלבנון ובטוריה רק במעורבות מוגבלת. אינה רוצה להיות מעורבת במלחמת עירק-אירן, אך מנהלת משחק עם שני הצדדים ומסויימת לשניהם בצורה מוגבלת אך מאוזנת. טיכס שיש לו אות היום את מדיניות החוץ הטוביטית נידתר דפנסיבית מאשר אופנסיבית.

4. לשאלת דיר ביילין על מעמד והשפעת הצבא וה-ק.ג.ב. במכלגה היום, השיב המארח שבעשרים השנים האחרונות ירדו מעמד והשפעת הצבא משמעותית וכיום אין מורגשת השפעת יתר שלו. בטאון הצבא מבטא בנאמנות את מדיניות הנהגת המכלגה ויוצוג הצבא בהנהגה ירד ברמה. במוליטובירד הוא מיוצג ע"י שר ההגנה שהעמדו קנדיזאט ולא חבר מלא. להערכתו אין להנהגה צורך במאמץ מיוחד בצבא כרט להקפדה שהפוליטורקים יהיו נאמנים לקו החזש. גם במעמד ה-ק.ג.ב. הל פיתוח גדול מאז ימי אנדרופוב וכיום אין לו מדיניות משלו ולא נראה שיש נסיון מצד להשפיע נגד הקו החזש. האופוזיציה הרצינית למדיניות גרובצ'ב מתקדמת בממד המכלגה.

4444 22 תרומות בערך 20 כספים

משורר החוץ-מחלקת הקשר

5. ד"ר ביילין מסר על נסיונות המגע עם בריהם' בהלסינקי ובמפגשים אחרים וציין שהרוסים הודו בשיחות פרטיות ששגר כשניתקו היחסים, אך מעשית התרשמנו שאין הם עומדים בפני שינוי המצב. המארה השיב שבטיכנול עם הרוסים יש להתאזר בסבלנות והנל אורך זמן. הצביע בדוגמא על איטיות בריהם' בצמצום מעורבותה באפגניסטן שהיא הקונבליקט האזרחי החשוב ביותר עבורה. המנכ"ל המדיני אמר שיש מקום לנצל את רגישותה של בריהם' לתזמיתה ולרצונה להזקק הקשרים עם המערב וללחוץ בנושא הגירת יהודים והידוש היחסים. הוסיף שלפי התרשמותנו הרוסים מרטיבים להחזיק בעמדתם לגבי ועידה בינל' לני גירסתם וקיום הועידה המכינה למרות שאיש באיזור אינו רוצה בכך. מזכיר המדינה חזר על הצורך בסבלנות לאור אמונתו שבריהם' תנקוט בקרוב בגישה חדשה. כולל בשאלת חידוש היחסים עם ישראל. היא רוצה שיכירו בה כמעצמה עולמית שיש להקשיב לדבריה, אך אינה רוצה להכשל ולכן תלך בזהירות צעד צעד ולנשתראה שיוזמתה אינה בת יישום היא תחזור בה. בנושא הגירת יהודים או גרמנים היא לעולם לא תתחייב למטפריים אלא רק לנוסחאות כלליות. ד"ר ביילין העיר שבינהיים הרוסים לא אומרים דבר בנוון ושיציאת יהודים חשובה לנו יותר מיחסים דיפלומטיים.

6. מר לשם שטיין התייחס לפניו הרשמית של בריהם' אל הקהיליה האירופית ערב נינוט שרי החוץ האחרון בנושא הועידה הבינל' וביקש לדעת כיצד המארה מסביר בניה ראשונה מסוג זה. מזכיר המדינה השיב שבריהם' מעלת כלפי המערב בשני צינורות, האחד ישירות לארה"ב והשני כלפי מערב-אירופה, כשהכוונה להביא להפעלת מערב אירופה נגד ארה"ב. הטקטיקה הרוסית מוכרת ומובנת לאירופים והם מגיבים בהתאם.

7. מזכיר המדינה ציין שלאחרונה הומשר הקמאון ביחסי בריהם' עם רפ"ג ומורגש רצון טוביטי להרחיב הקשרים ביחוד בתחום הכלכלי. רפ"ג מצידה רואה זאת בחיוב ותיענה לפניו מבלי לתת לבריהם' לתקוע תריד בינה לבין ארה"ב. ציין שעבור רפ"ג נושא פירוק הנשק בעל קדימות גבוהה בהיותה על קו העימות בין הגושים וצפויה לפגיעה ראשונה במקרה של מלחמה. הזכיר שבהחלטת נאט"ו להצבת הטילים נקבע שאט הרוסים יוציאו את טילי ה-ס.ס. 20 מהמערך האירופי, תוציא ברית נאט"ו גם את טילי המרטינג והקרוד מאירופה. אופציה האנס בנושא הטילים

ארכיון משרד החוץ - תמונת צילום



משרד החוץ-מחלקת הקשר

הבנקרוביים הביאה לויכוח ציבורי בארצות נאטו כי משמעות
יישומה היא החלשת המערך במערב אירופה. יש לצורך
להמיד לתרוך אפס בטילים בינורוביים גם הטכט על צמצום
הטילים הקצרים ונשק קרבובצירובאלי התקפי. להערכתו
יש סיכוי להגיע בעתיד הלא-רחוק להטכט בענין הטילים
הבינורוביים ולהצמיד לו התחייבות טוביטית להגיע להטכט
גם בנושאים האחרים הנ"ל. הנטייה שטכט הגיעה לתרוכה
היא שאלת ה- VERIFICATION.
לשאלה על הטורוביים להטכט בזכר הנשק הכימי הטביר את
הקושי הרב של פיקוח, מאחר שהתעשיות הכימיות מייצרות
מוצרים רב-שינושיים שניתן להשתמש בהם ללהימה אך גם
לצרכים אזרחיים. הזכיר שהנטייה נוכרת לנו בהקשר לעירוק.
הרסין שההצעה האמריקנית בנושא זה (פיקוח על תעשייה
כימית בבעלות ממשלתית) הצהיקה את הרוסיס ושמתכשית
נוטחאות אחרות. הדגיש שמציאת פתרון למירוק נשק כימי
חשובה במיוחד לרפ"ג שהיא היהידה ממדינות נאטו האירופיות
שעל אדמתה מוצב נשק כימי.

גדרן

===נש

תפ: שהח, רהמ, שהבט, מנכל, ממנכל, ממד, רט, אמנ, אירא, אירב,
מזאר, כרב

1. The purpose of this document is to provide a comprehensive overview of the current state of the project and to identify the key challenges that must be addressed in order to ensure its successful completion. This document is intended for the use of senior management and is not to be distributed outside of the project team.

2. The project has made significant progress since its inception, and it is anticipated that the remaining tasks will be completed within the specified timeline. However, there are several critical areas that require immediate attention and resources. These include the need for additional personnel, the procurement of necessary equipment, and the establishment of a robust communication protocol.

3. It is recommended that a meeting be held with all stakeholders to discuss the findings of this document and to develop a detailed action plan. This plan should outline the specific steps that will be taken to address the identified challenges and to ensure that the project remains on track. Regular updates should be provided to senior management to keep them informed of the project's progress.

4. The project team is committed to delivering high-quality results and to maintaining the highest standards of professionalism and integrity. We believe that with the support and guidance of senior management, we can overcome the challenges ahead and achieve our goals. Thank you for your attention and support.

5. This document is classified as "Confidential - Security Information" and is intended for the use of senior management only. It is not to be distributed outside of the project team. If you have any questions or concerns, please contact the project manager.

6. The project manager is responsible for ensuring that this document is kept up-to-date and that it accurately reflects the current state of the project. Any changes to the document should be approved by the project manager and documented accordingly.

5/5 km

Faint, illegible text, possibly bleed-through from the reverse side of the page. The text is arranged in several paragraphs across the page.

מושרד החוץ-מחלקת הקשר

לדעת גנשר יש למעול במהירות כי אם לא יפתח תהליך של
אדברות השנה , עלול המצב ללכת ולהחמיר. לגנשר היה
צמק אם הערבים יכלו לקבל הכתיב ישראל לגבי בחירת
נציגים מלשתינאים , אך קיבל בהכנה את ההסבר של המנכ"ל
המדיני, כי תושבי יהודה , שומרון וחבל עזה שאינם
טוריסטים מקובלים עלינו ורק מלשתינאים החיים מחוץ
לשטחים לגביהם נדכל לבחור באלו שאינם אנשי אשכ"ז .

6. היועץ המדיני של הקנצלר , טלצ'יק , סיפר על ביקור
המלך חוסיין (כפי שדווח כבר) , על טיור דפ"ג ונכונות
קוהל לתמוך בחכנית מארשל וליווי לתהליך המדיני. טלצ'יק
היוצא השבוע לבריהמ' , ינסה להציג תנאי ישראל-עליהם
חזר ביילין כדי להזק הרגשת הטוביטים שיש לתת תמיכה
להשתתפות בתהליך .

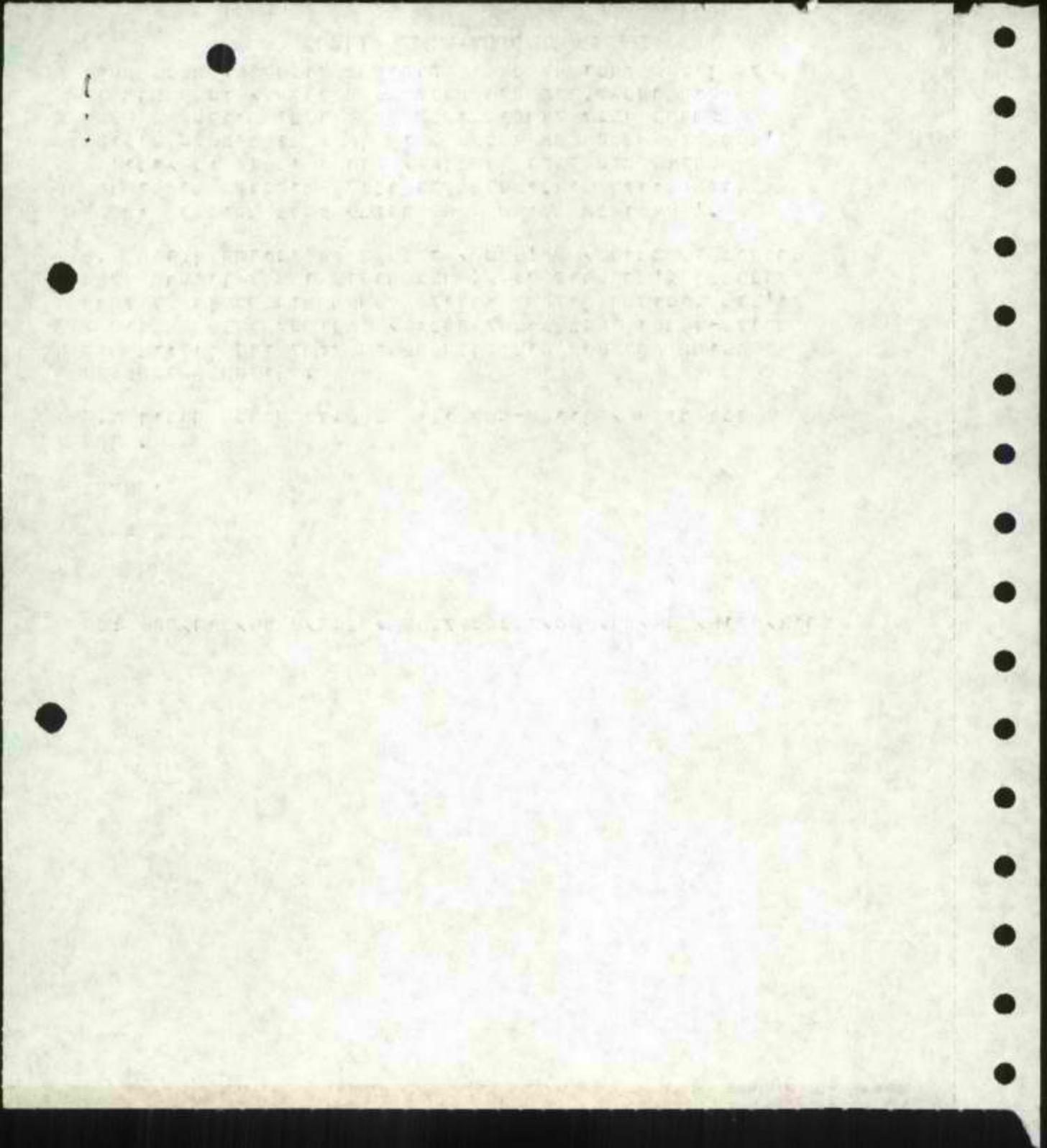
7. דיווח מפורט יוגש על ידי לשט-שטיין , הציר רגד
בהן .

בן-ארי

===נש

תפ: שהח, רהמ, שהבט, מנכל, ממנכל, ממנכל, המד, רט, אמן, אירא, אירב

משרד החוץ - מחלקת הקשר



נכנס

בלמט

629

קודם: 3,14160

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 251, תא: 260387, זח: 1700, דח: ר, טג: 1

נד: 8

בלמט/רגיל

אירומה 1, הסברה, מעת, לעט,

דע: לשמנכל המדיני

משגרירות-בון

ביקור המנכל המדיני בתקשורת 25.3

א. קונרד רייט, עורך "נויה ריין צייטונג" מותח דיווחו על ביקור המנכל המדיני בצטטו (ביחס לביקור הנשיא) כי אנו הישראלים רואים בגומנים יותר ויותר חברים טובים מאוד. ביקור ראשון זה מהווה "ציון דרכי" בתולדות שני העמים. המנכל הזכיר דבריו של הנשיא הרצוג כשנפרד מבון רייצקר: "עד כה כבדנו אותך, עתה אנו אוהבים אותך", והוסיף ש"זה סימן לקשר מיוחד במינו". קשר זה עומד במקום שני אחרי ארה"ב. הודגש הצורך להעמיק חילופי הנוער והמגעים בין ערים תאומות. המנכל העריך כסימן בריא התגובות על הביקור. לא רק מצד הדור שטבל אך גם מפי הדור הצעיר. בישראל על פי רוב מחייבים הביקור ויעקבו מקרוב אחר מהלכו.

ב. BELL אחד הכתבים הבכירים של גנרל אנצייגר (בונ) מציין כי המנכל המדיני קרא בשיחותיו עם אנשי ממשל וראשי המפלגות למאמצים נמרצים להכנת ועידה בינלאומית לשלום במזרח. לעתונאים אמר ש-1987 נוחה כי בשנה הבאה תחטמנה ההתפתחויות ע"י הבחירות בארה"ב ובישראל. המנכל המדיני כינה הצהרת ה-12 צעד חשוב שיש להמשיך בו. עם זאת, ועידה בין"לי לא תקום אם ישתתף בה אשף. קיימות אפשרויות

משרד החוץ, תל אביב, 61008

SECRET
NO. 10
1954

STATEMENT
OF

THE
SECRETARY

OF THE
UNITED STATES
DEPARTMENT OF
STATE

IN
TESTIMONY
WHEREOF

משרד החוץ-מחלקת הקשר

רבות לשיתוף פעולה של הפלשטינאים. הזעידה תהווה רק
מסגרת למומ' ישיר בין ישראל וירדן. השתתפות טובי יטיח
מקובלת על ישראל רק לאחר הידוש היחסים הדיפלומטיים
והסרת המכשולים הנערמים בפני מבקשי היתרי עליה.

ג. BANNAS כתב מדינאי אלגמינה לשנינים מדיניים
בבון, הוזר על הנל סעיף ב' ומצוין גם שהמנכ"ל המדיני
קבע שיש תפקיד לאירופאים בתהליך השלום.

ד. סודדויטשה צייטונג מביא דיווחו של כתב SPA בבון.
בנוסף לאמור תוביל כל ההכנה למבוי סתום. הפלשטינאים
צריכים להבין שמתרון של שלום חשוב יותר משאלת ארגונם.

תפ: שהה, דהמ, שהבט, מנכ"ל, ממנכ"ל, ממד, דס, אמן, אירא, אירב,
הסברה, מעת, לעמ

13880

משרד החוץ-מחלקת הקשר

תאריך 26.03.87

נכנס **
**
**
**
Handwritten notes and a diagonal line with arrows.

ש.מ.ר

532

חוזם: 13880/3

אל: המשרד

מ-: לרשם אנג'לט, נר: 133, תא: 230387, זח: 1200, דח: מ, טג: ש

נד: פ

מיידי/שמור

אל: תמוצות

דע: מצמאי

דע: אירופה

אזה א.ב.א

מאת: יצחק אלדן, לאי

הנדון: פגישת ראשי מכון ויזנטל עם קוהל

מברקם 575

1. ראשי המכון אינם חוזר אינם מתכוונים להעביר לאדגר ברוכמן דברי קוהל. בקרוב נקבל מהם מכתב המפרט עמדתם בנושא זה.

2. באשר לבקרות שהדטחה נגדם הם מודעים לה ופועלים בהתאם.

3. נעבירכם מנתכם לנשיגי עני.

אלדן.

תפ: ממנכ"ל, אירא, מצמא, תמוצות

MEMORANDUM FOR THE ATTORNEY GENERAL
SUBJECT: [Illegible]

DATE: [Illegible]

TO: [Illegible]

FROM: [Illegible]

RE: [Illegible]

Handwritten notes in blue ink:
3/4 | [Illegible]

1. [Illegible]

2. [Illegible]

3. [Illegible]

4. [Illegible]

5. [Illegible]

6. [Illegible]

7. [Illegible]

8. [Illegible]

9. [Illegible]

10. [Illegible]

* 11374

מושרד החוץ-מחלקת הקשר

* תאריך : 21.05.87 *

** נכנס

טודי ביותר

* דף 1 מתוך 1 *

* עותק 7 מתוך 10 *

625

* חוזם: 3,11374 *

* אל: המשרד *

* מ-: רוש, נר: 598, תא: 200387, חז: 1130, דח: ר, סג: טב *

* נד: 8 *

א. א. א.

* טודי ביותר/רגיל *

* אל: הורם *

* פיצויים ממזרח גרמניה *

* שלן נר 1004, שלי 23 *

* מטרתי הזברים לרב מילר שייצא לשטן וק ביוני. בינתיים *

* יהיה בארץ וניתן יהיה לתדרכו גם בבית. *

* מ.רוזן *

* תפ: שהח, מנכל, ממנכל, מזאר *

11305

תאריך: כמעבצט נספוק-מחלקת הקשר

נכנס **

טורי

**

371

חודש: 3,11305

אל: המשרד

מ-: בון, נו: 203, תא: 200387, חז: 1400, דח: ד, טג: ט

נד: 8

טורי/דחון

מזאר

לוי אב.1

דע המשנה למנבל

מהשגרייר-בון

על פי התרשמות פוליטיקאים שביקרו בבהט מכיא דוברינין
'ידודיו' גם משגריירות ברהמ' בודשינגטון לפעילות למלגה
זה חל גם על מחלקת המזה. לרונטיס ברור שעבוד השתתפות
בועידה בינלאומית-יצטרבו לשלם זה שוקלים עתה רעיונות
חדשים.

שי=

תפ: שהח, מנבל, ממנבל, מזאר, אירא, ר/זרבז, ממז

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
DEPARTMENT OF POLITICAL SCIENCE
CHICAGO, ILLINOIS 60607

LECTURE NOTES

THE

FRANCIS STONE

CONSTITUTION

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS
54 EAST LAKE STREET, CHICAGO, ILLINOIS 60601
TEL. 312-937-1234
FIRST PUBLISHED IN 1968

© 1968 THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

נכנס **
**
**
**

טודי

410

חוזם: 9198/3

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 153, תא: 170387, זח: 1930, זח: ב, טג: ט

נד: 6

זרי 103.9

9

טודי/בהול

בהול לבוקר

אל: שמעון לשט-שטיין, לשכת המנכ"ל

מאת: השגריר - בון/בן ארי

ביקור המנכ"ל המדיני, התכנית לשעה זו.

מתגוררים במלון קינגסהוף - טלפון 10 60 2.

22.3.87

11.30 הגעה לכון ממינכן - LH 870

13.00 ארוחת צהריים בלון שטייגבנרגר והצגת התכנית.

15.30 כנס ערבדי משרד החוץ וטגל השגרירות. אחר הצהריים

פגישות אישיות. 20.00 ארוחת ערב עם הנס-יורגן וישנבסקי

טגן יר"ר ועדת החוץ.

23.3.87

09.00 פגישה עם די"ר הנס-יוכן פוגל, ראש סיעת הס.פ.ד.

11.00 די"ר פרויהר כון ריכטהופן (אירופה, ברית אטלנטית

פרוק נשק, שאלת המזה"ת, ארה"ב, חבר העמים הבריטי).

12.00 שר המדינה הלנוט שמו.

12.30 ארוחת צהריים מטעם שר המדינה בהשתתפות צוות

נומתיס. 15.00 מזכיר המדינה די"ר אנדראס מאייר-לנדרוט.

20.30 ארוחת ערב עם ראש הממשלה יוהנס דאו, חברי כונדסטאג

דולפגאנג דוה, נורברט גאנזל, קארסטן פוגט.

מסמך 103.9 זרי

Dear Sir,
I have the pleasure to acknowledge the receipt of your letter of the 15th inst. in relation to the above matter.

The same has been referred to the appropriate authorities for their consideration and they will be glad to advise you of the result of their deliberations.

I am, Sir, very respectfully,
Yours faithfully,
[Signature]

Enclosed for you are the documents referred to in your letter of the 15th inst. and also a copy of the report of the committee appointed to inquire into the matter.

I am, Sir, very respectfully,
Yours faithfully,
[Signature]

1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025

1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025

1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025

5309

חארין גולטנשטיין-מחלקת הקשר

שמור

נכנס

**
**
**
**

חוזט: 2,5309

אל: המשרד

מ-: בון, כר: 108, תא: 110287, זח: 1545, זח: ר, טג: ש

נד: 2

שמור/רגיל

מכירה

אל: לשט, לשכח המנכ"ל

מאת: השגריר - בון/בן ארי

ביקור המנכ"ל המדיני. בהמשך לשלי 75

בהתאם לנוכחה האנשים בון בועתי לקבוע מגישות עט:
שר החוץ, שר המדינה, מזכיר המדינה, עובדי האגף המדיני
יועץ מדיני או מזכיר מדינה בלשנת הקנצלר, כמה עורכים
ראשיים, מטיבה עתונאים, ראש מוסד מחקר מדיני, פוליטיקאים
, סגל השגרירות.

בן-ארי.

==שן

תפ: מנכל, ענר, אירא

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE

1000

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE

3410

תאריך : 02.87 משרד החוץ-נוחלקת הקשר

שומר

נכנס **

**

**

**

חוזט: 3410/2

אל: המשרד

מ-: בון, כר: 75, תא: 070287, חז: 1400, דח: מ, טג: ש

נד: @

Handwritten signature and scribble

שומר/מידוי

אל : לשכת המנכל

מאת : השגריר בון

ביקור המנכל המדיני.

בהמשך לשיחתנו.

1. המועד המדוע 23/24 מרץ מקובל על מזכיר המדינה. מבקש אבל לציון שעלויות להיות התפתחויות בלתי תלויות בו, אשר יחייבו אותו להעזר מברן. הערה שלי : - הוא חרי מינוי פוליטי וחייב לקבל אשרד מחדש. זאת ועוד מאיר-לנדרוט מצפה לקבל מינוי לשגריר בפריס.

2. שינויים אמשיים לא צריכים לשנות תכנונו בני ימונה מזכיר מדינה אחר ו/או אוכל לתאם את הבקור עם שר החוץ או עם לשכת הקנצלר.

בן-ארי.

===אג.

תפ: מנכל, ענוג, אירא

משרד החוץ - תל אביב

014
014
014
014

014

014

014

014

014

014
014
014
014
014
014
014
014
014
014

014
014
014
014

014

014

014

משרד החוץ-מחלקת הקשר

7962

י' צ"א

שמו"ר

**
**
**
**

אל: בון, נר: 25, מ: המשרד
דח: ר, סג: ש, תא: 170287, רח: 1300

שמור/רגיל

השגריר.

ביקור המנכ"ל המדיני.
לשך 75 מ-7.2 108-1 מ-11.2 ובהמשך לשיחתנו.

1. מועדי הביקור יהיו: הגעה ב-22.3 ועזיבה (לפריס) הצהרי ה-26.3.

2. לצורך הכנת הביקור נודה:-
א. על קבלת סקירות בנושאים הבאים: דפיג פנים, מזהית, מדיניות חוץ כללי ונושאים בילטרליים. רצוי שהסקירות יגיעו לא יאוחר מה-10.3.

ב. רשימת הנושאים נסדה"י עליהם יבקשו מארחיו לדון.
ג. נקודות לשיחה בתחום המדיני והכלכלי. ד. פרופילים של בני שיחו.

3. בהקשר לתכנית הביקור:-
א. בדוקנא האפשרות לקיים את שיחת התדרוך לסגל השגרירות (נושחות אישיות במידת הצורך) ביום הגיעו. ב. במידה וחובל להסדיר באבנהאורן מפגש עם חוקרי צוות מזהית, בריה"ם (נודרא"פ) בראשות פרופ' דיטר בנקר יום רביעי ה-25.3 תבורך. כמובן, בדוקנא האפשרות למפגש (דומה לזה שקיים קמחי בזמנו) עם הפורום של האגודה למדיניות חוץ בון. ג. נסהנא להסדיר מפגש עם חברי ועדת החוץ של הוונדסטאג וסגני יו"ר הסיעות המופקדים על מדיניות חוץ. ד. בדוקנא האפשרות להסדיר למנכ"ל המדיני פגישות עם: יוהנס ראו וחברי ה-9.ס.ד (במשותף) קרסטן פוגט, וולפגאנג

משרד החוץ-מחלקת הקשר

רוס, גבי ויצ'ורק-זויל ונודבט גאנול.

לטכת המנכ"ל - אירופה 1
מס' 28

רז

תפ: טהח, מנכל, ממנכל, ענוג, אירא

1951 APR 10 10 10 AM

TO: SAC, NEW YORK (100-100000)

FROM: SAC, NEW YORK (100-100000)

RE:

RE: [Illegible]

שמו

נכנס

**

**

**

**

חוזט: 3339, 2

אל: המשד

מ-: בון, נר: 69, תא: 060287, זח: 1900, דח: מ, טג: ש

נד: 8

שמו/מידי

אל : לשכת המנכל

מאת: השגריר בון

ביקור המנכל המדיני .

שלך 525

1. שטאודנהאגן אינו יודע אם ימשיך בתפקידו כל עוד לא הסתיימו שירות הקואליציה ואינו רשאי לקבוע דבר לפני הרכבת הממשלה החדשה.

2. מזכיר המדינה מאייר-לאנדרוט שהיננו המנכל למעשה ישמח מאד ומטונין בביקור המנכל המדיני. ב-15-17 במרץ אינו נמצא בון. הוא מציע לכן לקיים את הביקור ב-11-12 במרץ או ב-18-19 במרץ - תוכניות שיש לו במועדים אלו יכול לבטל.

אנא הודיעוני בחוזר איזה מועד רצוי לכם.

בן-ארי.

===אג.

תפ: מנכל, ענדו, אירא

1970

0000

02.05.70
1970
02.05.70
02.05.70

1970

1970

1970

1970

1970

1. 1970

2. 1970

1970

1970

1970

1970

משרד החוץ-מחלקת הקשר

אל: בון, נר: 525, מ: המשד
 רח: ר, סג: ש, חא: 030287, רח: 0800

שמור/רגיל

השגריר

ביקור המנכ"ל המדיני

1. בכוננת המנכ"ל המדיני לבקר בבון באורחו של מקבילו נשר
 המדינה STAVENHAGEN שיהיה אורחו של המנכ"ל באפריל אצטק.

2. התאריכים המוצעים לביקור הם:

א. הגעה ב-11/3 (נערב משארסבורג)

טריבה ב-13.3 (שעות אחצי המאוחרות)

ג. הגעה ב-15.3 (מפאריס)

טריבה ב-18.3

3. מדין העתיים עדיפה אפשרות ב.

4. לאחר קביעת המועד, נודה על קבלת הצעות לתכנית הביקור
 לשבח המובל

חפ: שח, מנבל, טנוג, אירא

משרד החוץ-מחלקת הקשר

13265

תאריך : 28.02.87

נכנס **

שמו

חוזם: 2,13265

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 262, תא: 270287, חז: 1600, דח: ר, ט: א, ש
נד: 8

שמו/רגיל

אל : לשכת המנכל , אירופה 1

מאת: השגריר בון

ביקור המנכל המדיני ,

שלכמ 725

1. נושאים המעניינים את משרד החוץ ומוסדות המחקר :

א. סכויי שלום בסכסוך הישראלי-ערבי . המצב במזההת.

ב. יחסי מערב-מזרח , התפתחויות אחרונות בברהם, השפעת המעצמות על המזההת.

ג. פרוק נשק - אם לדר ביילין ענין בכך.

2. באותו פרק זמן ימצא שר החוץ הסיני בגון ויופיע ב-24 מפני האגודה למדיניות חוץ בגון.

3. הבונדסטאג בחופשה בשבוע זה. דברתי עם יור ועדת החוץ ובודקים האפשרות לקיים מפגש עם חברי נבחרים.

4. הפגישה עם ראו נקבעה ל-26 במרץ (המועד היחידי האפשרי מבחינתו). הוא יבוא לבון.

בן-ארי.

משרד החוץ-מחלקת הקשר

====אג.

תפ: שהח, מנכל, ממנכל, ענוג, אירא

THE STATE OF TEXAS
COUNTY OF DALLAS

BEFORE ME, the undersigned authority, on this day personally appeared _____, known to me to be the person whose name is subscribed to the foregoing instrument, and acknowledged to me that he executed the same for the purposes and consideration therein expressed.

Given under my hand and seal of office this _____ day of _____, 1957.

Notary Public in and for the State of Texas
My commission expires _____

WITNESSED my hand and seal this _____ day of _____, 1957.



4MM

ח' באדר תשמ"ז
9 במרס 1987

548

אל : מר מ. גבאי, מנכ"ל משרד המשפטים

זרמ 103.1

מאת: מנהלת המחלקה לאמנות

הנדון: טיוטת הסכם בין ישראל לרפ"ג לש"פ בנושא קניין רוחני

1. הנני מתייחסת למכתב מיום 2.3.87 של הציר שלנו בבון עם העתק אליך ומעבירה אליך בזה עותק ממכתבו של ד"ר קריגר ממשרד המשפטים של רפ"ג מיום 27.2.87 יחד עם הערותיו לנוסח האנגלי אשר העברנו אליו, וכן עותק מהנוסח הגרמני הכוללים כבר התיקונים המוצעים על ידו.
2. נודה לכם אם תואילו להודיענו עמדתכם/הערותיכם לתיקונים במוצעים ובמידה והם יהיו מקובלים עליכם - מוצע כי חכללו אותם בנוסח שעל המחשב שלכם ותעבירו אלינו נוסח חדש באנגלית ובעברית.
3. נודה לכם גם על אישורכם/הערותיכם לנוסח ההסכם בגרמנית.
4. לנו אין הערות לתיקונים המוצעים באנגלית ואין באפשרותנו לבדוק הנוסח הגרמני.

ב ב ר כ ה ,

חמדה גולן

העתק: ד"ר ח. גולדווטר, הממונה על היעוץ במשפט פרטי,
משרד המשפטים
מר ג. פדון, יועץ, השגרירות, בון
אירופה 1 ✓

-סודי-

אורי מ.א

אל: מ. בן ארי, שגריד, בון

הפדון: שכי רדיפות הפאצים

אפי מפצל את ההזדמסות, שידידפו וולדימיר סוסע לבון, כדי להעביר עמו טיוטה שלישית של התזכיר בעשין הפדון. פוסח תזכיר זה תואס עם חסן בר-און ועס ישעיהו עפוג. הטיוטה השלישית סבדלת מהטיוטה הקודמת רק בססוח הקטע האחרון, וכן תקון בסעיף 7 (השמטת אזכור שמו של שטולטסברג).

היות וזמרו אמר לי, שהאסטרטגיה המוצעת על ידינו אינה ברורה, ברצוני להבהיר, בהמשך להתיעצויות עם בר-און ועם עפוג את כוונתנו כדלהלן:

- מוצע שאתה תגיש בהקדם את המסמך, יחד עם הסספח שלו, לאיש בכיר מתאים בממשל הגרמני, כפי שתחליט.

בעת ההגשה, תשלים ותהביר בעל פה (בסגסון הדפלומטי שלך), שאנו מקוים שיקבל הטכמת ממשלת גרמניה, להכנס עמנו לשיחות - (מויימ-דיוסיס?) בשושא זה, במגמה לפתור את הבעיה. והיה ולא יקבל תשובה משביעת רצון או שלא תסתן תשובה כלל, תוך זמן סביד, לא תהיה לנו ברירה, אלא לכלול את השושא בסדר היום של הפגישה בין הששיאים.

כמובן ששמשח לקבל הצעותיך לפוסח התזכיר ולדרך הפעולה.

ב ב ר כ ה
א. זברת

העתקים:

ח. בר-און, משהיח

י. עפוג, משהיח ✓

י. מיסרבי, משהיח

11 M

NOV 11 1954

NOV 11 1954

THE STATE OF TEXAS, COUNTY OF DALLAS, BEFORE ME, the undersigned authority, on this day personally appeared _____, known to me to be the person whose name is subscribed to the foregoing instrument, and acknowledged to me that he executed the same for the purposes and consideration therein expressed.

GIVEN UNDER MY HAND AND SEAL OF OFFICE this _____ day of _____, 1954.

Notary Public in and for the State of Texas, My Commission Expires _____

My Comm. Expires _____

NOV 11 1954

פרזם: 3662/3
אל: המשרד
מ-: ברוך, נר: 66, תא: 060387, זח: 1300, דח: זד, טג: ט
נד: 8

243

זיוג 1/83

טרוי/דחון

אל: סמנכ"ל ענוג, אירופה 1

מאת: השגריר / בון

ביקור רוטיין-

ביוזמתם של נשיא רפ"ג, קיומנו שיחה על המצב במזה"ג
ועמדות ישראל, ושל גנשר, שה"ח, עמו ישבתי כשעה וחצי
לשיחה נכ"ל- כן הדרכתי את היועץ המדיני של הקנצלר.

הרבטחו לי פרטים על השיחות.

בן ארי.

==רם

תפ: שהח, מנכ"ל, ממנכ"ל, אירא, אירג, ר/מרכז, ממד

RESUBMITTED
REVISION
REVISIONS TO THE REPORT OF THE INVESTIGATION
OF THE

ATTACHED

REVISIONS TO THE REPORT OF THE

REVISIONS TO THE

REVISIONS TO THE

REVISIONS TO THE REPORT OF THE INVESTIGATION OF THE
REVISIONS TO THE REPORT OF THE INVESTIGATION OF THE
REVISIONS TO THE REPORT OF THE INVESTIGATION OF THE

REVISIONS TO THE REPORT OF THE

REVISIONS TO THE

REVISIONS TO THE

REVISIONS TO THE REPORT OF THE INVESTIGATION OF THE



בון - ב' באדר תשמ"ז
3.3.1987

ש מ נ י א ר ה ה ח ו צ
א י ר ו נ ה ו
י ו א י ר נ כ נ ס
05-03-1987
ח י ק מ ס

755

Handwritten initials

אל : גבי מ. שמרת, ס/מנהל אירופה ו

מאת : הציר - בון

Handwritten notes and signatures in blue ink, including '103.1' and 'זכרון'.

הנדון : ביקור הנהגת ה-D.G.B בישראל

1. במסגרת הביקורים ההדדיים בין הנהגות ה-ד.ג.ב. וההסתדרות, תבקר משלחת צמרת ה-ד.ג.ב. בישראל בתאריכים 31.3.87 - 3.4.87. הרכבה: ארנסט ברייט - יו"ר ה-ד.ג.ב., גוסטב פרנבאך, סגן יו"ר, איש ה-צ.ד.או ואחראי למחלקות פקידים ושירות ציבורי, חינוך כללי ^{הכשרה} _{התעסוקה} מקצועית של ה-ד.ג.ב., ויתכן שתבוא גם חברת הנשיאות, הגבי אלזה ברוסיס, שהיא אחראית למחלקות נוער והכשרה בנושא האיגוד המקצועי. כן יצטרף ארוין קריסטופרסן, מנהל המח' הבינלאומית של ה-ד.ג.ב.
2. חכנית הביקור סוכמה בין מר אלון, מנהל המח' לקשרים בינייל של ההסתדרות ובין מר קריסטופרסן הנייל. נאמר לי שמתוכנן יום בירושלים לפגישות מדיניות שכוללות כמובן גם פגישה עם ממרוהיימ ושהייח ושמר אלון דואג לתיאום פגישות אלה. הנושאים שידונו בין המשלחת להנהגת ההסתדרות הם כדלקמן :
א. עתיד משק הפועלים ברפ"ג ובישראל.
ב. הקשרים הביטורליים בין ה-ד.ג.ב. וההסתדרות.
ג. כיצד להפיח רוח חיים בתאומיות שבין האיגודים המקצועיים ומועצות הפועלים.
ד. חילופי מידע על ההתפתחויות המדיניות, כלכליות וסוציאליות בשתי המדינות.
ה. התפתחויות בנושא הסכסוך הערבי-ישראלי.
3. כל חברי המשלחת כבר ביקרו מספר פעמים בארץ והם ידידי ישראל. גוסטב פרנבאך השתתף בפמליית הקנצלר בביקורו בישראל (בהזמנת הקנצלר קוהל).
4. לידיעתכם - אין צורך בטיפול.

Handwritten signature and initials, including 'ג. פדון' and '103.1'.

העתק : מר י. ענוג, סמנכ"ל

נ.ב. חברי ה-ד.ג.ב. יעלו בודאי בשיחותיהם בארץ את שאלת מינוי יועץ עבודה בשגרירות. הם מעלים ענין זה עמנו בכל הזדמנות. לאחרונה אמר השגריר לברייט ולפרנבאך שמעו שהענין הולך לקראת פתרון חיובי.



0 8 - 03 - 1987
 1 11 11 11
 1 11 11 11
 1 11 11 11

1987-03-08

1987-03-08

1987-03-08

1987-03-08
 1987-03-08
 1987-03-08

1. ...
2. ...
3. ...
4. ...
5. ...
6. ...

1987-03-08
 1987-03-08

1987-03-08

1987-03-08

נכנס **

טו"ז

**

**

**

הודעה: 3664/3

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 68, תא: 060387, זח: 1300, זח: ד, טג: ט

נד: @

אל: טמנכ"ל א. דברת משרד האוצר

דע: לשכת הנשיא, טמנכל ענוג, אירופה 1

מאת: השגריר, בון

התזכיר בנושא פיצוליים.

1. התזכיר שהביאו עמם אז לימור ומנהל אירופה 1 אינו מחדש למעשה ואנו טבור שלא יקדם הנושא. בתקופה של הרכבת הממשלה נערב מינוי המקיידות הפוליטית אין טעם בהגשת התזכיר, מה עוד שאתה הרי הגשת התזכיר למשרד האוצר. זאת ועוד, אנו ממליץ להמנע מקבלת טרובים וכל הגשת תזכיר, בשלב זה, תביא עמה חזרה על הגובתו של שר האוצר הנרמני, כפי שנדחתה בקשתנו בכתב ובע"פ.

2. הטעין האחרון מיותר לגמרי, אין כדו להבהיל ולא יובן כראוי.

3. השאלה כרגע היא האם נשיא המדינה מוכן להעלות הנושא דאם כן עם מי מבני שיחור. אם התשובה חיובית ואנו מאמין שאפשר לדון בנושא בצורה מכובדת עם וייצסקר, היה רצוי להכין את בן שיחור כדי להמנע ממצב שאיש לא יבין את דעהו. טוב היה לו יכולתי במגישתי ב-3 מרץ, כאשר ביליתי כשעתיים בחברת נשיא רפ"ג, להכין השיחה אך החומר הגיעני רק לאחר המגישה וגם כיום אינני יודע מה החלטת הנשיא.

4. בטיכום. באם נשיא המדינה מוכן עקרונית לטפל בדבר יש להכין את בן-שיחור ולעזכרו. למרות העדרו של נשיא

א. דברת

משרד החוץ - מחלקת הקשר

CHAPTER I
GENERAL PRINCIPLES
SECTION 1. THE BUREAU OF THE CENSUS
SECTION 2. THE HISTORY OF THE BUREAU

SECTION 3. THE ORGANIZATION OF THE BUREAU
SECTION 4. THE METHODS OF THE BUREAU
SECTION 5. THE RESULTS OF THE BUREAU

SECTION 6. THE BUREAU OF THE CENSUS
SECTION 7. THE BUREAU OF THE CENSUS
SECTION 8. THE BUREAU OF THE CENSUS

SECTION 9. THE BUREAU OF THE CENSUS
SECTION 10. THE BUREAU OF THE CENSUS

SECTION 11. THE BUREAU OF THE CENSUS
SECTION 12. THE BUREAU OF THE CENSUS
SECTION 13. THE BUREAU OF THE CENSUS

SECTION 14. THE BUREAU OF THE CENSUS
SECTION 15. THE BUREAU OF THE CENSUS

משרד החוץ-מחלקת הקשר

דפ"ג במח"בית מרץ, אני יכול לנסות ולעשות זאת ורצוי
סמוך בואו של הנשיא.

בן-ארי.

===רם

תפ: דברת, אדצר, לשנת הנשיא, שהה, מנכל, ממנכל, אירא, בראון, מינרבי

משרד החוץ, תל אביב, ישראל

1944

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
DEPARTMENT OF CHEMISTRY

RESEARCH REPORT
NO. 100

BY
J. H. GOLDSTEIN

1954

CHICAGO, ILLINOIS

סודי

** נכנס

**

**

**

**

חודש: 3/1636

אל: המשדד

מ-: בון, נו: 32, תא: 030387, זח: 1700, רח: ד, טג: ט

נד: ט

זון א.א.

סודי/זחון

אל: אירונה 1

דע: ממכ"ל ענוג, לשכת נשיא המדינה

מאת: העגור - בון/בן ארי

שיחה עם נשיא רנ"ג

1. בון וייצסקי יוצא גם לברלין וישתתף בביקור בפלטצנה בארונות הצהריים מטעם ראש העיר ובהנחת זר בקהיליה היהודית. אם הנשיא ירצה בכך יוכל להשאר בכראה גם להופעתו בא"ע.

2. מכין מתנה מיוחדת, ספר של הרצל עם כתב ידו.

3. נשיא רנ"ג דוגמתו ביקשו להעביר בזכותם לנשיא ישראל ולרעייתו. יעמוד לרשותם להצלחת הביקור.

4. שמעו ממני על בואם מארה"ב של ניצולי כוגן-בלזן. אנה שלהו פרטים בהקדם האפשרי, כדי לאפשר לנציג אחד או שניים להשתתף באירונת הערב הרשמית.

בן-ארי.

===שן

MEMORANDUM FOR THE DIRECTOR
SUBJECT: [Illegible]

1. [Illegible]

2. [Illegible]

3. [Illegible]

4. [Illegible]

5. [Illegible]

6. [Illegible]

7. [Illegible]



בוך, ב' אדר תשמ"ז

.3.3.1987

452 - 4

05-03-1987

דניק תנ"י

M. Horowitz

א ל : משפט, משרד החוץ

מאת : היועץ לעניני כלכלה, בוך

הנדון: תיקון האמנה לבטוח סוציאלי

רצ"ב העחק פרסום ב"רשומות" רפ"ג בדבר

תקון האמנה לבטוח סוציאלי ישראל - רפ"ג

הנכנס לחוקף ביום ראשון לינואר 1987

ב ב ר כ ה,

[Signature]
א. זמרן

העחק: א. דברח, סמנכ"ל האוצר

אירופה 1

המוסד לבטוח לאומי



SECRET



GOVERNMENT OF ISRAEL

1957

1957

1957

1957

Handwritten signature in red ink.

1957

1957

1957

1957

1957

1957

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens
zur Änderung des deutsch-israelischen Abkommens über Soziale Sicherheit**

Vom 1. Dezember 1986

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 1. September 1986 zu dem Abkommen vom 7. Januar 1986 zur Änderung des Abkommens vom 17. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über Soziale Sicherheit (BGBl. 1986 II S. 862) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel VIII Abs. 2

am 1. Januar 1987

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind am 13. November 1986 in Bonn ausgetauscht worden.

Bonn, den 1. Dezember 1986

**Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt**

Handwritten signature and initials in blue ink.

מדינת ישראל
STATE OF ISRAEL

Ministry of Finance
Deputy Director General, International Affairs
Jerusalem

משרד האוצר
סמנכ"ל לקשרים בינלאומיים
ירושלים

2 במרץ 1987

אל: ח. בר-און, מ/למנכ"ל, משה"ח
י. ענוג, סמנכ"ל, משה"ח

הנדון: הרצ"ב

Handwritten signature and a crossed-out box containing the number 10.

מצורפת טיוטה ראשונה של תרגום המסמך שיוגש לגרמנים.

אנא העבירו אלינו הערותיכם (אם יש) באופן מידי, כך שאיש
שלנו, היוצא בסוף השבוע לבון, יוכל לקחת החומר עמו.

הכינו נא גם מכתב לואי למיקי.

ב ב ר כ ה

Handwritten signature and the text "א. דברח".

לוטה:

2.3.1987

Draft Translation into German of Memo to be presented in Bonn

M E M O R A N D U M

ENTSCHAEDIGUNGSZAHLUNGEN FUER KOERPER-UND GESUNDHEITSCHAEDEN
AN VERFOLGTE DES NATIONALSOZIALISTISCHEN REGIMES

1. Im Rahmen des Luxemburger Reparationsabkommens vom 10.9.1952 stimmte die israelische Regierung dem deutschen Ersuchen zu, die Verantwortung fuer EntschaeDIGUNGSZAHLUNGEN an Neueinwanderer zu ueberehmen, die Koerper- und Gesundheitsschaeden durch NS-Verfolgung erlitten haben. Diese Neueinwanderer kamen hauptsaechlich aus Osteuropa und hatten infolge der Bestimmungen des Luxemburger Abkommens, wenn sie nicht dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehorteN, keinen Anspruch auf Renten oder Rueckerstattung von Heilverfahrenskosten im Rahmen der EntschaeDIGUNGSZAHLUNGEN (gemaess dem Bundesentschaedigungsgesetz).
2. Um diese Opfer der NS-Verfolgung fuer ihre durch die Verfolgung entstandenen Gesundheitsschaeden zu entschaeDIGEN, beschloss die Knesset - Israels Parlament - das "Invalids (Nazi Persecution) Law 5717 - 1957". Im israelischen Finanzministerium wurde eine Abteilung fuer die Durchfuehrung dieses Gesetzes eingerichtet. Die Knesset bewilligt jaehrlich Haushaltsmittel fuer die EntschaeDIGUNGSLEISTUNGEN gemaess dem Gesetz.

Dieser Anstieg der finanziellen Buerde fand trotz der Tatsache statt, dass die vom israelischen Finanzministerium gezahlten Invaliditaetsrenten im Durchschnitt weniger als die Haelfte von Renten betragen, die die Bundesrepublik Deutschland an die betreffenden Verfolgten im Rahmen des Bundesentschaedigungsgesetzes zu zahlen haette, haette Israel nicht die Last der Entschaedigungszahlungen an diese Gruppe auf sich genommen.

6. Am 2.1.1986 schrieb der damalige israelische Finanzminister Moday diesbeueglich an den Bundesminister der Finanzen, Dr. Stoltenberg. Bedauerlicherweise erhielt er am 13.3.1986 eine negative Antwort. Am 12.5.1986 hielt Finanzminister Nissim in einem Schreiben an Bundesminister Stoltenberg fest, dass die israelische Auslegung der Vereinbarung zwischen den beiden Ministerien sich von derjenigen des Bundesfinanzministeriums unterscheide und dass Israel sich das Recht vorbehalte, auf die Angelegenheit spaeter zurueckzukommen.
7. Der stellvertretende Generaldirektor des israelischen Finanzministeriums machte bei seinem Besuch in Bonn im November 1986 im Bundesfinanzministerium weitere Ausfuehrungen zu diesem Thema und ueberreichte seinen Gespraechspartnern das beiliegende Memorandum.
8. Ungeachtet der unterschiedlichen Interpretation der Vereinbarung vom 6.2.1970 strebt die israelische Regierung weitere Gespraechе zur Loesung des Problems in Kuerze an und sieht der Antwort der Bundesregierung mit Zuversicht entgegen.

Wenngleich es auch angemessen waere, das Thema auf hoechster Ebene ~~an~~ anzusprechen, waere es dennoch vorzuziehen, dass Vertreter beider ~~Reg-~~ Regierungen nach Abschluss des Besuches des israelischen Staatspraesidenten in der Bundesrepublik Deutschland Verhandlungen ueber dieses Thema aufnehmen.

Adm. Schulte

3. Im Laufe der Jahre erwiesen sich die Annahmen der israelischen Regierung ueber die Zahl der zu entschaeidigenden Verfolgten als zu niedrig. Folglich ist heute klar, dass die Gesamtsumme der bereits geleisteten und kuenftig noch zu leistenden Entschaeidigungszahlungen alle frueheren Voraussagen bei weitem uebersteigt. Die Zahlungen an die vom israelischen Gesetz erfassten Opfer der NS-Verfolgung werden nach abgeschlossener Durchfuehrung dieses Gesetzes fast den gesamten Betrag, den Israel gemaess dem Reparationsabkommen erhalten hat - drei Milliarden DM - in Anspruch genommen haben. Laut den Bestimmungen des Abkommens sollte durch diese Zahlung der Staat Israel fuer die Kosten der Integration der nach Israel eingewanderten Fluechtlinge der NS-Verfolgung entschaeidigt werden.
4. Ende 1969 wandte sich das israelische Finanzministerium in der genannten Angelegenheit an das Bundesfinanzministerium. Am 6.2.1970 wurde eine Vereinbarung zwischen den beiden Ministerien unterzeichnet, in der das Bundesfinanzministerium unter Anerkennung des israelischen Anliegens zugestimmt hat, dem israelischen Finanzministerium dessen Entschaeidigungszahlungen an Verfolgte zurueckzuerstatten.
5. Spaeter stellte sich heraus, dass auch die der Vereinbarung von 1970 zugrunde liegenden Schaetzungen der kuenftigen Entschaeidigungsleistungen durch Israel zu niedrig angesetzt waren und dass das israelische Finanzministerium eine weit schwerere finanzielle Last als vorausgesehen zu tragen haben wuerde. In den achtziger Jahren haben die entsprechenden Zahlungen einen Umfang von rund 80 Millionen DM im Jahresdurchschnitt anstelle der 1970 geschaeetzten 30 Millionen DM, wie sie auch in der Vereinbarung zwischen den beiden Finanzministerien genannt wurden, erreicht.

סגרמני 23,6

מינהל סחר חוץ
מח' אירופה

אורן א.מ.

מרץ 1987

סקירת יחסי הסחר ישראל-גרמניה

גרמניה מהווה כיעד לגבינו את השוק השני בגודלו ובחשיבותו באירופה והשלישי בעולם אחרי ארה"ב ובריטניה.

לאחרונה ניכרת עליה ביבוא וביצוא בין גרמניה לישראל ב-1986 הגיע היבוא מגרמניה ל-1213 מיליון \$ (לעומת 900 מיליון \$ בשנה הקודמת) - עליה של 35%. בעוד היצוא הגיע ל-373 מיליון \$ גידול של 13% מ-85 (330 מ' \$).

חתך היצוא לגרמניה - 1986

הענף המוביל ביצוא התעשייתי הישראלי לגרמניה הינו ענף הטקסטיל המהווה כ-21% מטך היצוא (79 מיליון \$) גידול של 14% בהשוואה ל-85.

ירקות מהווים כ-22% (83 מיליון \$); מכונות וחלקי מכונות מהווים כ-9%, יש ירידה במוצרים טכנולוגיים שהינם הפוטנציאל העיקרי ליצוא הישראלי כגון מוצרי מתכת, אלקטרוניקה ומכונות, כימיקלים ומוצרי פלסטיק והפוטנציאל הישראלי מצדיק יצוא גדול יותר. מזון מעובד מהווה כ-5,6%.

סה"כ היצוא הישראלי לגרמניה מהווה כ-0,02% מכלל היבוא הגרמני.

חתך היבוא מגרמניה - 1986

הענף המוביל ביבוא מגרמניה הוא ענף המכונות וחלקי מכונות העומד על 381 \$ (כ-31% מטך היבוא) גידול של 32% מ-85.

גרמניה הינה הספק השני בגודלו של ישראל בעיקר מכונות, כימיקלים, ציוד, מתכת ואלקטרוניקה וכלי רכב.

ענף הכימיקלים מהווה כ-15% שהם 180 מיליון \$. (גידול של 30% מ-85).

ענף כלי רכב וחלקי החילוף מהווה כ-16% שהם 190 מיליון \$.

מתכת ומוצרי מתכת מהווים כ-10% שהם 123 מיליון \$.

ענף הטקסטיל מהווה כ-5% שהם 62 מיליון \$.

סה"כ היבוא של ישראל מגרמניה מהווה פחות מאחוז אחד מכלל היצוא הגרמני.

הוועדה המעורבת ישראל גרמניה קיימה את פגישתה האחרונה ביולי 1983. בשיחות הוועדה הוסכם על עודד שתוף הפעולה התעשייתי באמצעות שיגור משלחות תעשיינים, ייזום אירועים, תוכניות הדרכה והפצת אינפורמציה.

סוכם גם על עידוד ההשקעות והרחבת ש"פ בין הגופים הרלוונטיים בשתי המדינות. בנושא החרם הצהירו הגרמנים על התנגדותם לפעולות הנוגדות את הסחר החופשי אך לא הצלחנו להניעם להביא הנושא לחקיקה.

ישראל מנהלת מאמץ מיוחד להטביר את האפשרויות הרבות של שתוף פעולה בתחומים הטכנולוגיים, שתוף פעולה כזה מאפשר, כמובן, עסקים בשני הכיוונים.

אנו עורכים סמינרים טכנולוגיים בערים שונות בגרמניה, האחרון שבהם נערך בבון במרץ 86, ובו נטלו חלק כ-35 נציגים של תעשיות, חברות סחר ומכוני מחקר מישראל ומהצד הגרמני - מעל 100. בראש המשלחת הישראלית עמדו נשיא התאחדות התעשיינים, המדען הראשי של תמ"ס ותעשיינים בכירים.

אנו פעילים במספר רב של תערוכות מובילות בגרמניה.

לאחרונה היתה פריצת דרך עם המכירה של מכשירי כפל דיבור של חברה ישראלית, לדואר הגרמני, דבר המוכיח על הרמה הטכנולוגית במוצרים רבים. הענפים העיקריים בתחום הטכנולוגיה אלקטרוניקה וקומוניקציה CNC, CAD-CAM, רובוטיקה, טלקומוניקציה, ציוד רפואי גרעיני, תכנה למחשבים, השקיה, טכנולוגיה אווירית ולייזרים, אנרגיה חלפית וביוטכנולוגיה.

ישראל וגרמניה משתפות פעולה במסגרת השוק המשותף כאשר יש בין הצדדים באיזור סחר חופשי (פטור ממכס על מוצרי תעשייה ישראלים ופטור על מוצרים מגרמניה ב-1989).

בספטמבר האחרון אורגן סמינר יצואנים בתחום תעשיית אמצעי אבטחה. עלות הסמינר, בו יטלו חלק 10 תעשיינים, ואשר יכלול דרכים לקידום השוק של מוצרי אבטחה לגרמניה, כוסה על-ידי משרד התעשייה הגרמני.

מו"פ תעשייתי - פרויקטים של מו"פ משותפים - מקובל על הגרמנים לממן פרויקטים משותפים בין תעשייה גרמנית לבין תעשייה זרה. גרמניה תהיה מוכנה לממן פרויקטים משותפים ישראלים - גרמניים על אותו הבסיס שממנים פרויקטים גרמניים בלעדיים שזוכים להשתתפות של 50% מה-BMFT.

תכנית להעברת טכנולוגיה - הממשלה הגרמנית מעונינת בהעברת ידע ממכוני מחקר ואוניברסיטאות אל התעשייה. למטרה זו קיימת תוכנית המכונת במיוחד לתעשיות בינוניות וקטנות, מחזור של עד 500 מיליון מרקים גרמניים לשנה. תוכנית זו מופעלת ע"י ה-AIF - איגוד ארגוני המחקר התעשייתיים, עבור ה-BMFT.

הכספים העומדים לפעילות זו הם עד 120 אלף מרקים גרמניים למפעל לשנה. בתוכנית זו יוכלו להשתתף מוסדות מחקר ישראלים באמצעות תעשיין גרמני המעוניין בכך, ושהכסף יועבר על ידיו.

בחודש אפריל מתוכננת להגיע לישראל משלחת מטעם "AIF".

המשלחת מורכבת ממנכ"ל ה-AIF, ומ-3 מנהלים של תחומים (ריתוך לטכנולוגיות והלחמות) לביוטכנולוגיה חומרים פלסטיים מתקדמים לרבות בקרות ייצור ותיכנון מומחשבות. המשלחת תפגש עם גורמים מתאימים בישראל - צעד נוסף לקראת חתימת הסכם פורמלית מו"פ מדעי-תעשייתי.

נושאים מוצעים לשיחה :

1. הפער העצום במאזן המסחרי :

<u>1983</u>	<u>1984</u>	<u>1985</u>	<u>1986</u>
684	584	570	840

- יש לעשות יותר להגברת המודעות לאפשרויות הפתוחות בפני אנשי עסקים מגרמניה לקנות מישראל, ובפני תעשיינים גרמנים לשתף פעולה עם תעשיינים מישראל. יש לעשות זאת באמצעות פרסומים יזומים, משלחות מאורגנות לישראל, ש"פ תעשייתי, מימון השתלמויות יצואנים שלנו בשיווק לשוק הגרמני ימי עיון.

2. כניעה לחרם :

אמנם הגרמנים הצהירו על התנגדותם לפעולות הנוגדות את הסחר החופשי אך עד כה לא הצלחנו להניעם להביא הנושא לחקיקה בפועל. חברות גרמניות לא מעטות מסרבות לשתף פעולה עם חברות ישראליות.

ISRAEL TRADE WITH THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
 (\$ million)

	Exports from Israel					Imports to Israel				
	1982	1983	1984	1985	1986	1982	1983	1984	1985	1986
Total	366	356	360	330	373	895	1040	944	900	1213
1. Live animals, animals pro	4	3	4	2	3	3	4	6	6	9
2. Vegetable products	78	68	59	62	83	6	11	11	10	15
3. Animal & vegetable fats and oils	0	0	0	0	0	4	4	5	5	6
4. Prepared foodstuffs	34	38	41	34	21	10	16	15	9	25
5. Mineral products	5	7	6	9	11	3	4	3	3	2
6. Chemicals	27	23	20	21	21	114	129	136	142	186
7. Plastics & rubber products	18	23	22	23	27	42	46	48	53	74
8. Hides, leather, furskins and articles	6	5	5	2	2	3	2	3	1	2
9. Wood & wood products	0	0	0	0	0	2	3	2	4	4
10. Paper & paper board, books	3	2	1	1	1	14	18	18	20	25
11. Textiles & textile articl.	82	77	86	69	79	55	54	53	47	62
12. Footwear, headgear	0	0	0	0	1	4	3	1	1	2
13. Articles of ceramics etc.	1	1	1	1	3	10	11	11	11	18
14. Precious stones, metals and articles	29	28	26	22	30	15	13	13	10	10
15. Base metals and articles thereof	17	16	17	17	24	100	100	111	102	123
16. Machinery & mechanical appliances	35	33	47	45	34	278	337	305	289	381
17. Vehicles & transport equip	2	1	2	3	2	177	220	151	131	190
18. Medical & precision equip.	19	26	19	15	22	41	49	39	42	61
19. Misc. manufactured articl.	5	4	3	3	5	9	11	8	9	13
20. Unclassified goods	1	1	1	1	4	5	4	5	5	5
Total, excluding diamonds	341	332	342	314	351	895	1040	944	900	1213

מדינת ישראל

משרד התעשייה והמסחר

תאריך :

מספר :

רשימת חברות מובילות ביצוא לגרמניה (לפי דו"ח 6)

ינואר עד דצמבר 1986

גומי, פלסטיקה
 סולית - תעשיות גומי
 אליאנס - מפעלי צמיגים

סקסטיל
 קיסריה גלנויט
 גלנויט כרמל בע"מ
 בגיר בע"מ
 גבור סברינה
 תשובת כיתן בע"מ

אחרים
 דומכס בע"מ (תכשיטי זהב)
 פיברוניקס בע"מ (עדשות אופטיקה)
 נתנאל (יהלומים)
 בביוב (יהלומים)

מתכת אלקטרוניקה
 מיפרומאל תעשיות
 קליל בע"מ
 סולגל דגניה
 ישקר בע"מ
 ה.ל.ס. בע"מ
 אלסינש
 אורביט מערכות בע"מ
 אי.סי.אי. סלקו

מזון

המועצה ליצור ולשיווק
 אגרסקו
 המועצה לשיווק פרי הדר
 רימון בע"מ
 מעוף - משחטה לעופות

כימיקלים

פוספטים בנגב בע"מ
 פריקלס ים-המלח בע"מ
 מכתשים מפעלים כימיים
 אגן יצרני כימיקלים
 תעשיות אלקטרוכימיות
 שלאון - מפעלים כימיים

קבלת קהל:
 בימים א-ה בין 9.00-14.30
 יום ו' בין 9.00-12.00

המשרד הראשי					
ירושלים	94190	רח' אנרון 30	ת"ד 299	91002	טל' 02-210111
משרדים מחוזיים					
ירושלים	92149	רח' קרן היסוד 38	ת"ד 884	91008	טל' 02-638431
תל-אביב	65789	רח' מוא"ה 76	ת"ד 14021	61140	טל' 03-614611
חיפה	33034	דרך העצמאות 82	ת"ד 33079	31330	טל' 04-640921
באר שבע	84220	רח' הרצל 118	ת"ד 5138	84151	טל' 057-35771-4

EMBASSY OF ISRAEL
CANBERRA, A.C.T. 2600
TELEPHONE (062) 73 1309
73 1300



Handwritten signature

סגרירות ישראל

קנברה, א' אדר תשמ"ז
2 במרץ 1987

91/916.1

382

9

זונה א.ס.ל

א ל : מנהל אירופה 1 ✓
מ א ת : השגריר, קנברה

העתק : השגריר, בון (רפ"ג)
ראש אגף אפאסו"ק,
אוקיאניה

שגריר רפ"ג בקנברה דר. הנס שאואר ורעיתו ערכו ארוחת-פרידה לח"מ ורעיתו, בה נוכחו גם-כן סנטור מ. ריד, פקידיים בכירים של משה"ח ושגרירים, ביניהם שגרירי מצרים תורכיה, צרפת, השוק המשותף. המארחים השתדלו במיוחד לשות אופי חגיגי לאירוע. כנאמו שחרג מן המקובל בארוחה מסוג זה, השגריר נשא בין היתר דברים נרגשים על מערכת יחסי ישראל-רפ"ג.

בברכה,

Handwritten signature

יששכר בן-יעקב

יב/בא



ס ו ד י

בוו, א' באדר, התשמ"ז
1987, 2 במרץ

30

דף מס' 1 מתוך 1 דפים
העתק מס' 2 מתוך 8 העתקים

אל : מר נתן מירון, מנהל מאסו"ק
מאת: השגריר, בון

א"ש

שורה / מס. 1

סין: הנדון:

שגריר רפ"ג בסין דיבר עם סגן שר החוץ, צ'ו נאן,
ונתן לו להבין שרפ"ג היתה רואה בעין יפה לו סין
היתה מכירה הכרה דיפלומטית בישראל ושאל אותו מתי
זה יתבצע.

צ'ו נאן השיב - בנימוס ובצורה מתונה (בה ראה השגריר
גישה חיובית) - כי "טרם הגיעה שעה כשרה".

שר החוץ של סין מגיע לבון במחצית השניה של מרץ
(20-25 במרץ) ואשמע פרטים נוספים.

ב ב ר כ ה,

יצחק בן-ארי

סגן ו. צ. 1
העתק: המרכז
אירופה 1

בון - א' באדר תשמ"ז
2.3.1987

754



ס נ ר י ר ו ת י ש ר א ל

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכנס
05-03-1987
י ק מס

איתר 103.1
①

אל : גבי חמדה גולן, מנהלת המח' לאמנות - משפט
מאת : הציר - בון

הנדון : עיוטח הסכס רפ"ג-ישראלי על שתייפ בנושא קניין רוחני

1. מצ"ב מכתבו של די"ר קריגר ממשרד המשפטים הרפ"ג מ-27.2, עם שני נספחים :
 - א. הערות לנוסח האנגלי המתוקן על ידכם שהעברתי אליו בינואר ;
 - ב. עיוטח נוסח גרמני המבוסס על הנוסח האנגלי המתוקן על ידכם, בתוספת השינויים המוצעים על ידו.
2. במכתב הלוואי שלו הוא מצייין שהאגף המשפטי של משרד החוץ טרם השלים את בדיקת הנוסח האנגלי הנ"ל ואת הנוסח העברי שהעברתי לו. במכתב הלוואי הוסיף הערות נוספות לאלה שבנספח א' כדלקמן :
 - א. השינוי המוצע על ידינו במבוא נראה לו, אך טרם קיבל הסכמת משרד החוץ.
 - ב. השינויים המוצעים על ידם לנוסח המתוקן על ידכם מהיחסיים לסעיפים 2 ו-3 בהם מוסיפים "בהתאם לחוק הקיים בישראל" וכנ"ל ברפ"ג ונוסח חדש לסעיף 4.
3. אנא הודיעונו בהקדם אם התיקונים המוצעים ע"י הגרמנים מקובלים עליכם ובמידה והתשובה חיובית, תקנו נא בהתאם את הנוסח העברי והמציאו לי אותו להעברה לדי"ר קריגר.
4. די"ר קריגר, שהיה בביתו לארוחך ערב ב-27.2, ביקש למסור ד"ש למר גבאי ושאל במה יעסוק לאחר פרישתו מתפקידו כמנכ"ל משרד המשפטים.

ב ב ר כ ה ,

ג. פדון

העתק : אירופה 1 ✓

מנכ"ל משרד המשפטים



משרד המשפטים

בג"כ - 112

1987

משרד המשפטים
 תל אביב-יפו
 1987-08-20
 1000

103.1.30

מס' 103.1.30

הודעה על פיקוח על מכירת סמים

1. המטרה של פיקוח זה היא להגביל את מכירת הסמים למקרים בהם יש צורך רפואי או טיפולי, ולמנוע את המכירה למטרות אחרות.
2. פיקוח זה יחול על כל מי שיש לו אישור מכירה של סמים, ויש להגביל את המכירה למקרים בהם יש צורך רפואי או טיפולי.
3. המטרה של פיקוח זה היא להגביל את מכירת הסמים למקרים בהם יש צורך רפואי או טיפולי, ולמנוע את המכירה למטרות אחרות.
4. פיקוח זה יחול על כל מי שיש לו אישור מכירה של סמים, ויש להגביל את המכירה למקרים בהם יש צורך רפואי או טיפולי.
5. המטרה של פיקוח זה היא להגביל את מכירת הסמים למקרים בהם יש צורך רפואי או טיפולי, ולמנוע את המכירה למטרות אחרות.
6. פיקוח זה יחול על כל מי שיש לו אישור מכירה של סמים, ויש להגביל את המכירה למקרים בהם יש צורך רפואי או טיפולי.

103.1.30

103.1.30

משרד המשפטים



בוון, כו' טבת תשמ"ז
27 ינואר 1987
043

זרע
105-1

see -> רכ"ר

אל : אירופה 1
מאת : השגרירות בוון

הנדון: יצוא נשק גרמני בעת כהונת ממשלות SPD

על רקע דיוני הועדה הפרלמנטרית החוקרת אספקת תכניות לבניית צוללות לדרי"פ ומדינות אחרות, עסקו כלי התקשורת בשבועות האחרונים באופן כללי במדיניות יצוא נשק גרמני.

מספר רב של מאמרים ביקשו להדגיש שלא רק עתה, בעת כהונת ממשלה בראשות ה-CDU קיימת תופעה זו, אלא שגם בעת כהונת ממשלות בראשות ה-SPD בוצעו עסקות נשק רחבות עם מספר רב של ארצות.

במאמר המצ"ב יש פירוט מעניין של עסקות נשק שבוצעו בשנות ה-70 עם ארצות רבות ובין השאר כותבים כי ב-1971 סופקו לישראל ארבע צוללות באמצעות בריטניה. זאת ע"י העברת התכניות הגרמניות לבניית הצוללות לבריטניה כדי שזו תבנה הצוללות עבור ישראל.

לעיונכם.

בברכה,
יואל ברנע

משרד החוץ
אירופה 1
דואר נכב
28-01-1987
תיק מס'

העתק: ממ"ד / ערב
ממ"ד / בינ"ל 2
מזת"ים

7. J. Münch. Arbeiter

U-Boote: Auch Schmidt ließ liefern

1971 lief ein Geschäft mit Israel über Großbritannien – Minenräumer an die Saudis

Von Heinzgünter Klein

Bonn – Mit dem Beschluß der Beweisanträge wird heute im parlamentarischen Untersuchungsausschuß über das U-Boot-Geschäft zwischen einer deutschen Werft und Südafrika ein Nebenschauplatz des Bundestagswahlkampfes eröffnet. Die Strategie der SPD-Opposition ist darauf angelegt, Bundeskanzler Kohl, den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß und andere prominente Koalitionssponsoren in den Zeugenstand zu rufen, um den Verdacht heimlicher Rüstungs-Zusammenarbeit mit Südafrika schüren zu können. Möglicherweise wird die CDU/CSU-Mehrheit sich dem nicht in den Weg stellen, um einerseits zu zeigen, daß alles mit rechten Dingen zugegangen ist und andererseits klarzumachen, wie großzügig die SPD-FDP-Koalition unter den Sozialdemokraten Brandt und Schmidt die Ausfuhr von Rüstungsgütern, insbesondere von Schiffen an Staaten in der Golf-Region und Südamerika gehandhabt hat.

Die Bonner Aktenschränke

enthalten folgende Exporte dieser Art, die vom Bundesminister für Wirtschaft nach Zustimmung des Bundessicherheitsrates genehmigt worden sind (in Klammern das Datum):

○ Iran: Lizenz für 105/120-mm-Panzerkanone mit Munition (24. 5. 1973), 58 000 Granatzünder über Israel (3. 4. 1974), 8 bis 9 Küsten-U-Boote von 500–600 t und 3 bis 4 U-Boote bis 1750 t (2. 5. 1977), 4 Fregatten (8. 3. 1978).

○ Abudhabi: 6 Patrouillenboote (20. 8. 1976), 4 Patrouillenboote (17. 11. 1978).

○ Saudi-Arabien: Minenräumsystem „Troika“ (17. 11. 1978).

○ Kuwait: 3 Patrouillenboote (17. 11. 1978).

○ Katar: 3 Patrouillenboote (17. 11. 1978), 6 Patrouillenboote (13. 2. 1980).

○ Bahrain: 4 S-Boote (17. 11. 1978).

○ Argentinien: U-Boot-Teile (6. 3. 1979), Ausrüstung für 6 U-Boote, 1400 oder 1700 t (2. 5. 1977), 2 Fregatten und Nachbau von 4 Fregatten (17. 11. 1978).

○ Peru: U-Boot-Teile (6., 3. 1979), 4 U-Boote (2. 5. 1977), 4 U-Boote (4. 2. 1981).

○ Chile: 2 U-Boote und Torpedos Sut (19. 6. 1980).

Außerdem sollen 1971 vier U-Boote über Großbritannien an Israel geliefert worden sein, und zwar in der Weise, daß die Deutsche Werft die Konstruktionsunterlagen für die Produktion in England zur Verfügung stellte. Damals soll das zuständige Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn auf die Unzulässigkeit derartiger Geschäfte hingewiesen und vor Wiederholung gewarnt haben.

Jedenfalls besteht Anlaß zu der Vermutung, daß die Howaldtswerke – Deutsche Werft (NDW) und das Ingenieurkontor Luebeck (IKL) mit einer gewissen Großzügigkeit Bonns rechnen konnten. Als sie dort wegen des beabsichtigten U-Boot-Geschäfts mit Südafrika sondierten. Bundeskanzler Kohl hatte sowohl gegenüber Strauß als gegenüber dem südafrikanischen Staatspräsidenten Botha die Prüfung des Projekts zugesagt.

Um so erstaunter waren sie offenbar, vom Bundeswirtschaftsministerium eine Absage zu erhalten.

Es soll ein recht mysteriöser Vermerk des Bundeswirtschaftsministeriums existieren, wonach Kohl an einem Gespräch über das beabsichtigte U-Boot-Geschäft teilgenommen habe. Vom Bundesfinanzminister Stoltenberg hiernach gefragt, soll der Staatssekretär des Kanzleramtes, Schreckenberger, richtig gestellt haben, daß dieser Vermerk nicht zutreffe.

Inzwischen hatten HDW und IKL bereits im Vorgriff auf die erwartete Genehmigung Know-how für die U-Boote in Südafrika geliefert: zwei Aktenordner mit Konstruktionsunterlagen und ein Koffer mit Mikro-Filmen, zum Preis von 46 Millionen DM. Nach den bisherigen Untersuchungen des Bundesverteidigungsministeriums handelt es sich indessen nicht um den Verrat militärischer Geheimnisse. Es scheint um den älteren Bootstyp U 209 und nicht den neuesten U 206 zu gehen.